

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft

Sitzung vom 25. September 1947.

Es fehlten entschuldigt: Curdt, Ida Fromme, Heitmann, van Heukelum, Paulmann, Spindler, Wehner, Wenke.

Unentschuldigt fehlten: Ewert, Fehrmann, Harmssen, Hoffmann, Lütken, Dr. Neumann.

Gegenstände der Tagesordnung:

Verhandelt	Seite	Verhandelt	Seite
I. Mitteilung des Senats vom 2. September 1947: Haushaltspläne des Landes Bremen und der Hansestadt Bremen 1947	329	2. Aufhebung des Gesetzes zur Verhütung miß- bräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungs- möglichkeiten	364
II. Mitteilung des Senats vom 5. September 1947: Kühlhausneubau am Holz- und Fabrikenhafen 357		IV. Mitteilung des Senats vom 25. August 1947: Zulassungsverfahren für Prüflingenieur der Baustatik	364
III. Mitteilung des Senats vom 22. August 1947: 1. Aufhebung des Gesetzes über die Mit- wirkung des Staatsanwalts in bürgerlichen Rechtssachen	364	V. Mitteilung des Senats vom 5. September 1947: Gründung eines Deichverbandes am linken Weserufer	364

Außerhalb der Tagesordnung: Seite

Mitteilung des Senats vom 19. September 1947: Übertragung von Zuständigkeiten der Bürger- schaft auf die Finanzdeputation	357
Mündlicher Bericht betr. Gerüchte über Herrn Senator Wolters	357
Dringlichkeitsantrag betr. Bremer Freimarkt	364

Präsident: A. Hagedorn.

Eröffnung der Sitzung 9 Uhr.

Präsident: Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung sind nicht erhoben.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 19. September 1947: Übertragung von Zuständigkeiten der Bürgerschaft auf die Finanzdeputation. Für diese Vorlage hat der Senat die dringliche Behandlung beantragt. Im Einvernehmen mit den Herren Fraktionsführern werde ich die Vorlage nach Punkt II unserer Tagesordnung zur Verhandlung stellen. Die Druckvorlage ist bereits verteilt worden. Anschließend werde ich, ebenfalls im Einvernehmen mit den Herren Fraktionsführern, den Bericht betreffend die Gerüchte über Herrn Senator Wolters zur Verhandlung stellen. Im Untersuchungsausschuß über diese Angelegenheit ist ein Mehrheitsbericht und ein Minderheitsbericht fertiggestellt worden. Herr Hollmann wird den Mehrheitsbericht und Herr Bote den Minderheitsbericht erstatten.

Folgender interfraktioneller Antrag betreffend die Abgabenverordnung vom 19. März 1946 ist eingegangen, den ich bei der Haushaltsberatung mit zur Verhandlung stellen werde:

Die Bürgerschaft ersucht die Finanzdeputation alsbald zu prüfen, zu welchem frühesten Zeitpunkt die als Zuschlag zum Wassergeld erhobene Gemeindeabgabe in Fortfall kommen kann und der Bürgerschaft darüber zu berichten.

Folgender Dringlichkeitsantrag des Herrn Stockhinger ist eingegangen:

In Abänderung der bremischen Marktordnung beschließt die Bürgerschaft folgendes Gesetz:

Der alljährlich im Oktober abzuhaltende Bremer Freimarkt beginnt jeweils am 21. Oktober und hat eine Dauer von 14 Tagen. Diese Regelung hat erstmalig für den Freimarkt 1947 Gültigkeit.

Meine Damen und Herren! Es ist beabsichtigt, zwischen 13 und 14 Uhr eine Mittagspause einzulegen. Die Abgeordneten haben Gelegenheit, in dieser Zeit ein einfaches Mittagessen einzunehmen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

I. Mitteilung des Senats vom 2. September 1947:

Haushaltspläne des Landes Bremen und der Hansestadt Bremen 1947.

Senatskommissare Bürgermeister Kaisen und Senator Dr. Nolting-Hauff, ihnen beigeordnet Oberfinanzpräsident Heinemann, Dr. Noltenius, Amtmann Lindert und Heuer.

Präsident: Meine Damen und Herren! Es werden zunächst Herr Bürgermeister Kaisen und Herr Senator Dr. Nolting-Hauff über die Vorlagen des Senats sprechen. Alsdann wird als Vertreter der Finanzdeputation Herr Balcke das Wort nehmen. Anschließend werden die Fraktionsredner zur Mitteilung des Senats sprechen, wofür eine Redezeit von zwanzig Minuten vereinbart ist. Vor der Gesamtstimmung über den Ordentlichen und den Außerordentlichen Haushalt werden abschließend die Fraktionsredner in der umgekehrten Reihen-

folge zu Worte kommen, und zwar mit einer Redezeit von zehn Minuten. Bei der Einzelberatung werden die eingegangenen Wortmeldungen Berücksichtigung finden mit einer Redezeit von je fünf Minuten; dabei kann nur einmal gesprochen werden, eine Debatte wird also nicht stattfinden.

Im Anschluß an die Ausführungen des Vertreters der Finanzdeputation, Herrn Balcke, werde ich eine Unterbrechung der Sitzung von dreißig Minuten stattfinden lassen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den vorhergegangenen Ausführungen Stellung zu nehmen. Ich darf annehmen, daß die Bürgerschaft einverstanden ist, daß wir über beide Gesetze in einmaliger Lesung abstimmen; ich höre keinen Widerspruch, das ist also beschlossen.

Die Finanzdeputation hatte zur Beschleunigung der Prüfung der Haushaltspläne einen Unterausschuß eingesetzt; der Unterausschuß hat über seine Arbeiten einen Bericht erstattet, und die Finanzdeputation ist diesem Bericht beigetreten. Der Senat übermittelt der Bürgerschaft den Bericht des Unterausschusses. Die Verhandlung ist eröffnet.

Herr **Rafoth** (KPD.) zur Geschäftsordnung: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktionsführer hätten gestern morgen verabredet, daß eine Aussprache nicht nur nach den eingegangenen Wortmeldungen erfolgen solle, sondern daß den Mitgliedern des Hauses auch Gelegenheit gegeben werden sollte, bei besonders interessierenden Fällen zu einzelnen Kapiteln des Haushaltes ohne vorherige Wortmeldung Stellung zu nehmen. Ich bitte daher so zu verfahren.

Präsident: Ich habe das dem Protokoll nicht entnommen. Wenn das aber so beschlossen worden ist, dann werde ich entsprechend verfahren. Es hat dann also jeder das Recht, zu den einzelnen Kapiteln sich zum Wort zu melden. Ich bitte jetzt Herrn Bürgermeister Kaisen, das Wort zu nehmen.

Herr Bürgermeister **Kaisen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einbringung der Haushaltspläne für das Land Bremen und die Hansestadt Bremen macht es erforderlich, daß zu Beginn der Haushaltsberatung der Senat eine Erklärung zu seiner allgemeinen Politik abgibt. Aus diesem Grunde möchte ich, ehe der Herr Finanzsenator auf die Positionen des Haushaltsplanes eingeht, einen kurzen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Senats in dieser Legislaturperiode, die jetzt bald abläuft, abgeben und mir einige Hinweise gestatten über die Aufgaben, die die kommende Bürgerschaft und der Senat lösen müssen.

Wenn der Senat zu dem Entschluß gekommen ist, noch von dieser Bürgerschaft die Verabschiedung des Haushaltsplanes vornehmen zu lassen, so leitete ihn dabei die Absicht, der kommenden Bürgerschaft nicht nur die Verfassung, sondern auch die Grundlage für ihre parlamentarische Arbeit zu geben. Der Haushalt ist das A und O der parlamentarischen Tätigkeit; er steht an deren Anfang oder sollte es wenigstens tun. Auch die jetzige Wahlbewegung sollte uns nicht verleiten, die Verabschiedung des Haushalts hinauszuschieben, weil sich eventuell diese oder jene Partei, die bisher an dem Zustandekommen des schwierigen Werkes mitbeteiligt war, sich im letzten Augenblick abwendet und gegen ihr eigenes Werk stimmt.

Wenn diese Bürgerschaft auch den Haushaltsplan verabschiedet, dann hat sie neben der Verfassung, die dem Land Bremen seine staatsrechtliche Struktur gibt,

nun auch für das Land Bremen die erste, wenn auch noch sehr gegriffene finanzielle Grundlage geschaffen. Für die einjährige Legislaturperiode dieses Parlaments ist das ein guter Auftakt für die Wiederaufnahme der alten traditionellen Bürgerschaftsarbeit in Bremen, und es ist verständlich, wenn ich damit den Wunsch verbinde, daß auch die künftige Bürgerschaft mit der gleichen verantwortlichen Arbeit fortfahren möge, wie sie diese Bürgerschaft bewiesen hat.

Blicken wir nun zurück auf das letzte Jahr der Entwicklung Bremens, so ist zunächst festzustellen, daß auch in diesem zweiten Jahr seit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte noch keineswegs abzusehen ist, wann ein Friedensschluß mit Deutschland gefunden wird, und wann wir wieder mit einer deutschen Reichsverfassung und mit einer deutschen Zentralregierung rechnen können. Auch der in der Potsdamer Erklärung vorgesehene Aufbau von einigen Zentralverwaltungen auf den Gebieten des Finanzwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels, der Industrie und der Ernährung, die unter der Leitung des Kontrollrats tätig sein sollten, kam bisher nicht über die bizonale Ebene hinaus zum Zuge, weil das Funktionieren dieser Zentralverwaltungen für alle vier Zonen auf das engste an das Funktionieren des Kontrollrats der Besatzungsmächte gebunden ist. Unter diesen Umständen sind viele übergebiethliche Fragen, die auch von Bremen aus immer wieder zu lösen versucht wurden, noch nicht gelöst. Ich erinnere an den notwendigen Finanzausgleich zwischen den Ländern, an das Fehlen normaler Beziehungen aller deutschen Länder der vier Zonen untereinander, an das Fehlen eines Produktions-Gesamtprogramms für die Errichtung einer Friedensindustrie, an das Fehlen einer Konzeption zur steigenden Deckung des Bedarfs und zur Erzielung von Erzeugnissen für die Ausfuhr, um lebenswichtige Rohstoffe und Lebensmittel wieder einzuführen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß auch das Fehlen der Währungsreform, das Fehlen einer einheitlichen Finanzpolitik und einer einheitlichen Verkehrspolitik vor allem mit darauf zurückzuführen ist, daß die Grundlinien des Potsdamer Abkommens in bezug auf die Errichtung wichtiger deutscher Zentralverwaltungen für alle vier Zonen bis jetzt nicht eingehalten worden sind und die deutsche Wirtschaft immer noch in streng voneinander geschiedene Teile gespalten ist.

Als Ersatz hat dafür in dem abgelaufenen Zeitraum, über den ich berichten soll, jede einzelne Besatzungsmacht für sich ihre Zone organisiert. Lediglich die englische und die amerikanische Militärregierung haben durch das Zweizonenabkommen den Versuch unternommen, einen Schritt vorwärts zu kommen zu einer Gesamtlösung. Ob dieser Schritt Erfolg hat, wird davon abhängen, in welchem Tempo und in welchem Geist er durchgeführt und fortgesetzt wird. Jedenfalls ist es aus sozialen und politischen Gründen unmöglich, noch lange den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftsschrumpfung beizubehalten. Von Vertretern des Senats ist daher immer wieder in Besprechungen mit den übergebiethlichen deutschen Stellen und mit der Militärregierung mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen worden, daß die Beendigung der Demontage und die Wiederingangsetzung der Wirtschaft zu den vordringlichsten Aufgaben gehören. Die Lösung dieser Probleme steht im engen Zusammenhang mit der bis jetzt unterlassenen Errichtung der Zentralverwaltung. Ich kann daher nicht umhin, bei der Haushalts-

beratung darauf hinzuweisen, daß aus diesem Grunde der Haushaltsvoranschlag noch ein Zielplan bleiben mußte, dessen Abwicklung beeinflusst wird von immer wieder neu auftretenden allgemeinen Kriegsauswirkungen, denen nur von zentraler Stelle aus planmäßig begegnet werden kann, und die auf alle Teile umgelegt und tragbar gestaltet werden müßten.

Von Bremen aus gesehen benötigen wir recht bald eine Entscheidung über einen Finanzausgleich in Hinsicht der hohen Besatzungskosten. Der Herr Finanzsenator wird gewiß noch darauf zu sprechen kommen. Ich will hier nur betonen, daß wir nicht nur eine Millionenlast für die übrigen Teile der beiden Westzonen mittragen, sondern daß auch die Militärregierung darum besorgt sein muß, daß dieser Lastenausgleich praktische Gestalt annimmt. Nach dem Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung müssen die Geldanlagen der Besatzungsmacht im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen. Wenn auch mit dem allmählichen Verschwinden der tatsächlichen Kriegsverhältnisse sich die finanziellen Anforderungen sowie die Anforderungen an Sachleistungen, Wohnraum und dergleichen um mindestens ein Drittel gegenüber dem Vorjahr vermindert haben, so ist, im ganzen gesehen, die Last für Bremen doch noch so erdrückend hoch, daß es auch im kommenden Etatsjahr das wichtigste Ziel bleiben muß, durch einen Finanzausgleich eine Erleichterung für die Finanzen Bremens zu schaffen.

Bei der Erörterung dieses Problems gestatten Sie mir einige Hinweise auf die Finanzlage. Dieser Etat ist im Gegensatz zu den früheren bremischen Etats, wo die Aufwendungen der Gemeinden und des Staates zusammengefaßt wurden, geteilt in den Etat für das Land Bremen und den für die Stadt Bremen. Für das Land Bremen sind unter den Gesamtausgaben von 325 Millionen RM 168 Millionen RM vorgesehen für Besatzungskosten, Reparationskosten und Nebenkosten; gegenüber 217½ Millionen RM im Rechnungsjahr 1946 sind es ca. 45 Millionen RM weniger an Besatzungskosten. Dieser Posten ist trotzdem unverhältnismäßig höher als in den süddeutschen Ländern. Bremen verhandelt nun schon seit Monaten über den notwendigen Finanzausgleich; er wurde auch grundsätzlich von den süddeutschen Ländern zugestanden, kommt aber nicht zum Abschluß. Dieser Abschluß muß aber bald erfolgen, da verschiedene Gründe dafür sprechen, die ich hier jetzt nicht erörtern will. Es sind insgesamt 120 Millionen RM, die Bremen aus dem Finanzausgleich der Länder der amerikanischen Zone erwartet.

Ein Wort noch über die Ausgaben der Stadt Bremen. Im Vergleich zu 1932 ist die Gesamtausgabe von 95 Millionen RM auf 97 Millionen RM, also um 2 Millionen RM, gestiegen. Ich bemerke das, weil vielfach die Ansicht vertreten wird, daß unser Haushalt in seinen Ausgaben für Wohlfahrt, Gesundheit, Schulen, Finanzen usw. weit über die Ziffern vor 1933 gestiegen sei. Auch die Ausgabe für die allgemeine Verwaltung ist seit Kriegsschluß hier in Bremen nicht gestiegen, sondern an Gehältern, Vergütungen usw. ist eine Verminderung eingetreten von rund 1 Millionen RM. Es wurden beispielsweise im März 1945 an Gehältern für die bei der bremischen Verwaltung beschäftigten Beamten und Angestellten 3,6 Millionen RM bezahlt, während im August 1947 2,6 Millionen RM bezahlt wurden. Auch an Versorgungs-

bezügen sind im März 1945 588 000 RM bezahlt und im August 552 000 RM, also ebenfalls eine Verminderung und zwar in Höhe von 36 000 RM. Die Zahl der Beamten hat sich seit April 1945 um 39 vermehrt, die Zahl der Angestellten allerdings um 1492, darin sind aber 8800 Lehrkräfte enthalten, die neu eingestellt werden mußten wegen der Denazifizierung. Die Minderausgabe erklärt sich aus den Anfangsstufen der Gehälter, die für neu Eingestellte in Frage kommen. Im Gegensatz zu den Ausgaben bei den bremischen Verwaltungen, die sich also durchaus in vertretbaren Grenzen bewegen, stehen die nicht in unserm Etat vorgesehenen Ausgaben der Militärregierung für den deutschen Beamtenapparat, der bei ihr aufgezogen worden ist und aus Besatzungskosten bezahlt wird. Hören Sie einmal folgende Ziffern:

Am 31. Dezember 1945 wurden im Lande Bremen insgesamt 19 280 Arbeiter und Angestellte bei den Besatzungsdienststellen beschäftigt, und zwar 11 900 in Bremen und 7300 in Bremerhaven. Am 31. Dezember 1946 war die Gesamtziffer auf 30 000 gestiegen. Mit dem 31. August 1947 ist sie wieder gefallen auf 20 000, also nicht ganz zur Ausgangsziffer zurück, und zwar werden 11 000 in der Stadt Bremen und 8900 in Bremerhaven beschäftigt. Die Ausgabe dafür betrug im Rechnungsjahr 1945 rund 21 Millionen RM, sie stieg 1946 auf 70 Millionen RM und betrug für die Zeit vom 1. April bis 31. August 1947 34 Millionen RM, also für fünf Monate. Man sieht, daß die Ziffer von 70 Millionen trotz des verminderten Personals auch in diesem Jahr nicht nur erreicht, sondern überschritten wird.

Gegenüber 3854 Beamten und 4800 Angestellten bei der bremischen Verwaltung, insgesamt 8654 Beschäftigten, einer Zahl, in der 3000 Polizei- und Feuerwehrbeamte und Lehrkräfte enthalten sind, stehen also rund 12 000 Mann deutsches Personal bei den Besatzungsbehörden in der Stadt Bremen. Es ist daher nicht die deutsche Verwaltung seit Kriegsende aufgebläht worden, sondern vor allem die Verwaltungen, die bei den Besatzungsstellen aufgezogen sind. Es kommt deshalb darauf an, nicht nur den inneren Finanzausgleich zu suchen, sondern es ist auch dringend erforderlich, einen Sparkommissar einzusetzen, der die Besatzungskosten von innen her herabzumindern versucht. Natürlich gibt es noch viel zu viel Bürokratie dabei zu verzeichnen. Auch ist oftmals noch ein großer Abstand zwischen den guten Absichten und der rauhen Wirklichkeit. Selbstredend handelt es sich bei diesen Besprechungen nur um begrenzte Ziele und dementsprechend auch nur um begrenzte Ergebnisse. Aber der Fonds von latentem guten Willen, den ich vorfand, hat Bremen schon oft sichtliche Erleichterungen in seiner Lage gebracht.

Da ich gerade auf die Besatzungsmacht zu sprechen gekommen bin, gestatten Sie mir gleich eine Randbemerkung über die Militärregierung. Es sind den deutschen Verwaltungsstellen im letzten Jahr erheblich mehr Vollmachten zuerkannt worden als im Vorjahre. Auch die Polizei ist jetzt der deutschen Verwaltung unterstellt. Die Zusammenarbeit mit der Militärregierung geht reibungslos vor sich. Ich muß betonen, daß ich bei der Militärregierung bei vielen Verhandlungen, die ich mit ihr hatte, Verständnis fand für die Sorgen und Nöte, die uns bedrücken.

Von den politischen Ereignissen im Berichtsjahre ist zunächst die Konstituierung Bremens als viertes

Land der USA-Zone hervorzuheben. Als am 5. Oktober 1946 von Bremen aus die Ministerpräsidenten der Länder in den vier Zonen zu einer Tagung eingeladen wurden, um über das politische Maximum der Zusammenarbeit und über den gemeinsamen Nenner für ihre Politik zu beraten, teilte der Gouverneur Col. Browning mit, daß auf Antrag des Senats Bremens Wunsch erfüllt und seine alte Reichsunmittelbarkeit in Kürze wieder erhalten würde. Es wurden sodann die Verhandlungen mit der Militärregierung über die Konstituierung des Landes Bremen zum Abschluß gebracht. Gleichzeitig fand eine Aussprache statt zwischen dem General Robertson und mir über die künftigen Beziehungen Bremens zur englischen Zone. Am 25. Januar 1947 wurden die sich sehr schwierig gestaltenden Verhandlungen abgeschlossen, und General Clay verkündete offiziell auf einer Tagung des Länderrates die wiederhergestellte Selbständigkeit des Landes Bremen. Gleichzeitig wurde Wesermünde in das Land Bremen aufgenommen und mit dem kleinen Rest Bremerhavens zu einer neuen Stadt Bremerhaven vereinigt. Damit wurde für die Unterweserorte nach jahrzehntelangem Hin und Her endlich die Lösung gefunden, die eine gedeihliche Zusammenarbeit verspricht.

Aus dieser neuen Lage für Bremen ergaben sich eine Reihe von Umorganisationen der Verwaltungen auf der Stufe der Reichsmittelbehörden und der Gerichte. Bremen löste sich aus der Verwaltungshoheit Niedersachsens und Hamburgs. Es wird auch hier selbständig und tritt in direkte Verbindung mit den zentralen Verwaltungsstellen in Frankfurt. Es übernahm die Entnazifizierung nach amerikanischem Muster, es beteiligte sich an der Materialbeschaffung für die Friedensverhandlungen, und Senator Harmsen übernahm die Bearbeitung der Reparationsfrage. Bremen schloß einen Handelsvertrag mit Thüringen und einen Staatsvertrag mit Niedersachsen über die Versorgung Bremens aus dem niedersächsischen Raum mit Lebensmitteln. Mit der Bildung des parlamentarischen Beirats beim Länderrat und dem Vertreter im Wirtschaftsrat ist die Bürgerschaft auch mit den zonalen Einrichtungen verbunden worden.

Die innere Politik in Bremen wurde im abgelaufenen Jahr ebenfalls stark von den Notwendigkeiten berührt, die aus der neuen staatsrechtlichen Gestaltung Bremens erwachsen. Es wurden wieder die alten Verwaltungsdeputationen geschaffen, und die Verfassungsdeputation begann ihre Beratungen über den Verfassungsentwurf. Bremens Konstituierung gilt erst dann — nach der Verordnung der Militärregierung — als abgeschlossen, wenn eine von der Bürgerschaft und der Militärregierung genehmigte Verfassung im Volksentscheid angenommen ist und gleichzeitig eine erste Landesbürgerschaft gewählt wird. Heute morgen ist die Genehmigung des Oberbefehlshabers Generals Clay für die in der zweiten Lesung der Bürgerschaft beschlossene Verfassung eingetroffen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Herrn August Hagedorn, Präsident der Bürgerschaft, Bremen. Die Abänderungen des Textes der Artikel 29, 32, 47 und 104 des bremischen Verfassungsentwurfes, die nach meinem Billigungsschreiben vom 5. September vorgenommen worden sind, sowie die Abänderung der Artikel 3a und 3b des Wahlgesetzes werden hiermit gebilligt. (OMGUS gezeichnet HAYS). Mit Rücksicht auf das Kontroll-

ratsgesetz Nr. 22 Artikel 7 darf die Entfernung der Worte „im Benehmen mit den Gewerkschaften“ aus Artikel 47 nicht dahingehend gedeutet werden, daß für den Fall, daß die Volksabstimmung über die Betriebsräte ablehnend entschieden wird, die Gewerkschaften bei der Erledigung ihrer Obliegenheiten von der Zusammenarbeit mit den Betriebsräten ausgeschlossen werden. — Gezeichnet Lucius D. Clay, US-Armee-General und Militärgouverneur.“

Eine weitere wichtige innerpolitische Entscheidung traf diese Bürgerschaft am 28. November bei der Neuwahl des Senats. Es erschien wünschenswert, einen Senat zu bilden aus Vertretern aller Parteien. Wenn dieser Wunsch sich nicht voll erfüllen ließe, so kann doch keiner behaupten, daß es an gutem Willen dabei gefehlt habe. Die SPD. hätte auf Grund der Mehrheitsverhältnisse allein den Senat bilden können, und es ist heute festzustellen, daß in manchen Ländern die parlamentarische Entwicklung dahin geht, die alte Spielregel zwischen Regierungspartei und Opposition wieder herzustellen. Es sprechen gewiß manche parteipolitischen Erwägungen dafür, es sprechen aber auch gewichtige staatspolitische Gründe dagegen. Es sind noch einige Herren unter uns, die mit mir die parlamentarische Tätigkeit in Bremen vor 1933 kennengelernt haben. Sie werden mir bestätigen, daß die fruchtbarsten Jahre für Bremens Entwicklung die Jahre der Zusammenarbeit der Parteien in der großen Koalition gewesen sind. Sie haben zwar die große Weltwirtschaftskrise auch von Bremen nicht abwenden können, aber sie haben erheblich mildern und vor allem für den Ausbau der Häfen und für den Wohnungsbau Erhebliches leisten können. Heute ist die Situation angesichts der Besetzung noch viel prekärer, und ich kann nicht anerkennen, daß uns gemeinsame Anstrengungen und echter Wettstreit nicht weiter bringen sollen in unserm kleinen Stadtstaat, als die Anstrengungen nur des einen Teiles, der sich dazu des anderen in der Oppositionsstellung erwehren muß, und alle Teile sich dazu parlamentarischer Methoden bedienen, wie sie in einem Reichsparlament üblich sind, aber nicht für ein Parlament, wie es die Bürgerschaft ist, geeignet sind.

An wichtigen wirtschaftlichen Arbeiten ist vor allem der Wiederaufbau in unsern Häfen zu verzeichnen. Sie wissen wie ich, daß das Schicksal Bremens in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch an einem seidenen Faden hing. Die Kriegsschäden in den Häfen und die von den Nazis verursachten zusätzlichen Sprengungen und Verstopfungen der Häfen und des Stromes mit versenkten Wracks und Minen waren derart umfangreich, daß die Militärregierung ernsthaft erwog, Bremens Stadthäfen aufzugeben. Es hat langer dringender Vorstellungen des Senats bedurft, um endlich im Juli 1945 zu erreichen, daß die Entscheidung zugunsten Bremens fiel. Was seitdem angesichts der ganzen Lage von unsern Arbeitern und Firmen in den Häfen geleistet wurde, ist hoch anzuerkennen. Der Güterumschlag von 4 Millionen t 1946 wäre ohne diese Vorarbeit und ohne die Rückgewinnung der technischen Leistungsfähigkeit nicht möglich gewesen.

Es wird der Bürgerschaft gewiß daran liegen, bei der Einzelberatung noch auf die Lebensfähigkeit der Häfen zurückzukommen. Ich will nur noch betonen, daß der günstige Start uns nicht darüber täuschen darf, daß die wirtschaftliche und verkehrspolitische Situation der bremischen Häfen weitaus schwieriger

ist als nach dem ersten Weltkriege. Wir müssen daher unsere Bemühungen um die volle Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der bremischen Häfen fortsetzen unter sorgfältiger Beobachtung der sich neu anbahnenden Handelsbeziehungen.

Mit den Häfen eng verbunden ist die Schifffahrt. Wiederum haben die Bremer Reedereien fast ihre gesamte Handelsflotte verloren. Sie verfügen heute nur noch über 24 Dampfer und Motorschiffe mit 15 000 t, dazu über 47 Segler, Schlepper und Leichter. Der Gesamtverlust der bremischen Flotte während des zweiten Weltkrieges beträgt 1 150 000 t. Von fast 400 Schiffen 1939 sind nur noch 24 vorhanden. Zu diesem tatsächlichen Verlust kommt hinzu, daß Deutschland künftig lediglich eine Handelsflotte zugestanden wird von 500 Schiffen und 200 000 t Tragfähigkeit. Es dürfen nur noch Küstenfahrten ausgeführt werden, der Überseeverkehr ist verboten. Es ist klar, daß damit auf der Seefahrt Nöte und Schwierigkeiten lasten, die kaum zu mildern sind. Auf die Dauer kann dieser Zustand nicht aufrechterhalten bleiben, denn soll der deutsche Wirtschaftsorganismus wiedererstehen, so muß das Produktions- und Außenhandelsvolumen in einem bestimmten Verhältnis zur eigenen Verkehrskapazität stehen. Wird diesem Grundsatz nicht Rechnung getragen, dann wird der Wirtschaftsorganismus von ständigen Störungen bedroht sein. Will man also jetzt nach dem neuen Industrieplan die Ein- und Ausfuhr auf deutscher Seite heben, so muß alles daran gesetzt werden, um die Bestimmungen über den künftigen Aufbau der deutschen Handelsflotte zu revidieren.

Aus dieser Situation ist von Bremen aus der Vorschlag gekommen, der deutschen Seefahrt 75 Liberty-Schiffe zur Verfügung zu stellen. Im Augenblick ist es noch ungewiß, ob dieser Plan Wirklichkeit wird. Immerhin würden die Schiffe für Bremen eine willkommene Hilfe sein, denn wir könnten bei sechs Reisen jährlich etwa 4 Millionen t Getreide befördern. Die Besatzung der Liberty-Schiffe würde eine etwa 3500 Mann umfassende seemännisch ausgebildete Mannschaft beanspruchen, die ohne Schwierigkeit gefunden werden könnte. Es muß hier mit aller Deutlichkeit in der Bürgerschaft ausgesprochen werden, daß bei der Beratung der geplanten deutschen Wirtschaftskapazität nicht übersehen werden darf, welche Bedeutung die deutsche Handelsflotte in wirtschaftlicher Hinsicht hat. Heute ist der Rest dieser Handelsflotte eine Belastung sowohl für Deutschland als auch für die Siegermächte. Sie kann aber im Rahmen der vorgesehenen Wiedergutmachung wie vor allem auch im Rahmen des geplanten deutschen Wirtschaftspotentials eine große aktive Mitarbeit leisten und Millionen von Devisen ersparen.

Wie schwierig der Neubau von Schiffen ist, beweist der Kampf um die ersten 10 Fischdampfer, die auf deutschen Werften aufgelegt wurden. Heute haben die Werften, die sich seit November vorigen Jahres um die Aufträge bemühen, auf deren Durchführung alle beteiligten Stellen den allergrößten Wert legen, noch keine Baulizenz. Inzwischen wird nun die Frage der Fischdampferbauten in Verbindung gebracht mit der Verteilung der bislang genehmigten 10 Fischdampfer. Ein Unterausschuß will bis Ende Oktober mit seinen Beratungen fertig sein. Morgen nachmittag findet in Hannover eine Besprechung statt, die sich ebenfalls mit der Verteilung der Fischdampfer be-

schäftigt, die noch gar nicht gebaut sind. Angesichts der angespannten Ernährungslage, die noch durch eine schlechte Ernte verschlimmert wird, kommt m. E. alles darauf an, so schnell wie möglich geeignete Fischdampfer zu bauen und die langen fruchtlosen Debatten über die Verteilung schnellstens zum Abschluß zu bringen. Darüber hinaus haben wir von Bremen aus mit der OMGUS verhandelt über die Freigabe ehemaliger Minensuchboote zum Umbau für den Fischfang. Zur Verwaltung dieser Fahrzeuge wurde die Fischdampfer-Treuhand-G. m. b. H. gegründet, die die zur Verfügung stehenden Fahrzeuge an die Reedereien weitergegeben hat.

Weiter mit den Häfen eng verbunden ist die Lage der Industrie. Leider konnte infolge der fortgesetzten Demontagen das endgültige Schicksal der A. G. Weser und der Norddeutschen Hütte noch nicht völlig geklärt werden. In der nächsten Woche finden in Essen entscheidende Verhandlungen statt über den Erwerb der verbleibenden Reste der A. G. Weser und über den Erwerb der Aktienmehrheit der Norddeutschen Hütte mit dem Krupp-Konzern. Die zuständigen Stellen werden sich damit beschäftigen müssen, in welchem wirtschaftlichen Rahmen künftig diese Betriebe wieder aufgerichtet werden sollen. Ehe die Frage der Demontage nicht ganz entschieden ist, kann auch über das Schicksal der andern Großbetriebe nichts endgültiges gesagt werden. In ihrer alten Form werden sie nicht wieder erstehen, sie werden stark gemeinwirtschaftliche Züge aufweisen, aber auch keine reinen Staatsbetriebe werden. Vorerst haben Mittel- und Kleinbetriebe wiederum eine Chance erhalten, bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau erhebliche Dienste zu leisten. Damit sie diese Dienstleistungen vollbringen können, müssen gewisse wirtschaftliche Voraussetzungen erfüllt sein, die heute noch nicht gegeben sind.

Eine andere wichtige Aufgabe der Wirtschaftsverwaltung ist die möglichst restlose Erfassung und ordnungsmäßige Verteilung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse. Wir haben nun bald ein Jahrzehnt der Zwangswirtschaft, und die Behörden haben mit steigenden Schwierigkeiten zu kämpfen, um eine ordnungsgemäße Verteilung eines Minimums der elementarsten Bedarfsartikel sicherzustellen. Es wird augenblicklich sehr viel Kritik an dieser öffentlichen Bewirtschaftung geübt. Ich muß hier aber betonen, daß die Behörden nicht daran schuld sind, wenn ihnen eine möglichst gerechte Verteilung einer unzureichenden Gütermenge nicht mehr gelingt, sondern die bekannten störenden und hemmenden Elemente in der Politik, die unzureichenden Vollmachten, sind schuld daran, die die schon längst fällige Eindämmung der Geldüberspannung verhinderten und durch die Teilung Deutschlands eine Produktionssteigerung verbaute. Ich hoffe, daß nach der Konferenz der Alliierten im November Klarheit darüber geschaffen sein wird, welcher Weg eingeschlagen werden muß, um zu einer Gesundung der Verhältnisse zu kommen. Wir leben heute in einem doppelseitigen Wirtschaftssystem. In ihm steht auf der einen Seite die offizielle Rationierungswirtschaft, auf der andern Seite breitet sich jenes vage Gebiet des schwarzen und des grauen Marktes immer mehr aus. Die Umsätze entziehen sich der Erfassung durch die Statistik und auch durch die Steuer, man kann nicht sagen, wo der offizielle Teil der Wirtschaft aufhört

und der inoffizielle beginnt. Wir haben daher auch keine zuverlässigen Ziffern über die tatsächliche Produktion und über den Ausnutzungsgrad der heute noch vorhandenen bremischen Industrie, wir haben auch keine zuverlässige Rechtsgrundlage mehr.

Das wirkt sich besonders hemmend aus auf die Bauwirtschaft, weil diese vor allem die wichtigsten, begehrtesten inländischen Rohstoffe benötigt, die bei dem ungeheuren Bedarf eine straffe Bewirtschaftung nötig machen, um große Fehldispositionen zu vermeiden. Die künftige Bürgerschaft wird noch Gelegenheit genug haben, sich mit dem Bauprogramm zu befassen. Bisher handelte es sich im wesentlichen um das Vorstadium des Bauprogramms, das der Enttrümmerung. Sie wird mit der Zeit zurücktreten müssen hinter dem eigentlichen Wiederaufbau. Der Senator für das Bauwesen hat in einem Zwischenbericht auf die Leistungen im Bauwesen hingewiesen, aus dem alles Erforderliche zur Beurteilung der Lage hervorgeht.

Es muß eine der dringendsten Aufgaben werden, alles daran zu setzen, um zunächst einmal die Bauinstandsetzungstätigkeit zu beschleunigen. In zweiter Linie kommt erst der eigentliche Wiederaufbau, für den ein rentabler Maschinenapparat einzusetzen ist. Die Generalbebauungspläne liegen jetzt in großen Umrissen vor, sie sind augenblicklich Gegenstand der Besprechungen mit leitenden Herren der Militärregierung. Es ist zu hoffen, daß diese Pläne und die damit verbundenen Probleme um die Jahreswende einem größeren Kreis zur Kenntnis gebracht werden können. Ich will mich daher heute nur auf diese Bemerkungen beschränken. Ich hoffe ebenfalls, daß recht bald die Brücken wieder in Ordnung gebracht sein werden; damit wäre dann endlich auch diese schwere Kalamität überstanden.

Bei einer Übersicht über die geleistete Arbeit dürfen auch die Gesundheitsverwaltung und die sozialen Behörden nicht vergessen werden. Wenn wir bis jetzt zum Glück von einer verheerenden Epidemie verschont wurden, so bleibt die Gesundheitslage der Bevölkerung angesichts der Unterernährung außerordentlich ernst. Unsere Mitbürger haben keine Reserven mehr, um Krankheiten zu widerstehen. Der Mangel an Bekleidung und Schuhzeug macht sich immer empfindlicher fühlbar. Mit besonderem Dank gedenke ich deshalb der Kleidergaben der Blumenthalsspende des Auslandes, die hoffentlich bald eine Ergänzung erfährt. Aber all diese freundliche Hilfe kann nur einen Teil des Bedarfs decken. Es ist unbedingt erforderlich, daß die deutsche Textilproduktion in größerem Umfang wieder für den deutschen Bedarf arbeitet, um vor allem zunächst Arbeitskleidung zu beschaffen.

Die sozialen Behörden klagen ebenfalls, daß es mit der Beschaffung von Bekleidung und Schuhzeug für Kinder, Schwerbeschädigte, Obdachlose, Rückkehrer und Flüchtlinge trostlos aussieht. Sie verzeichnen dankbar manche Hilfe des Auslandes, besonders durch die Fürsorge für die Kinder und deren Speisung. Ebenfalls sei hier der Bremer Volkshilfe gedacht, die in ständiger Bereitschaft auch in diesem Jahre wieder über 2 Millionen RM sammelte und den Wohlfahrtsverbänden zur Verfügung stellte.

Außer den sozialen Problemen sind es besonders die Nöte des Winters und die Engpässe in der Ernäh-

rungslage, die das ganze Jahr über den Senat ständig beschäftigten. Jetzt sind es wieder die nächsten Monate, die im Augenblick eine Reihe vordringlicher Probleme aufgeworfen haben, die gelöst werden müssen. Auf dem Gebiet der Hausbrandversorgung ist es gelungen, eine gewisse Bevorratung der Bevölkerung zu erreichen. Wenn auch die Versorgungslage gegenüber dem vorigen Winter sich gebessert hat, so ist die Gesamtlage in keiner Weise befriedigend. Die Ernährungslage hat erneut einen Rückschlag erfahren durch den Ernteausfall, der in weiten Gebieten infolge der lang anhaltenden Dürre zu verzeichnen ist. Schlecht ist besonders die Kartoffelversorgung. Bremen wird von Niedersachsen aus versorgt, das obendrein für Notstandsgebiete in Süddeutschland aufzukommen hat. In den Gebieten Nordwestdeutschlands hätten bei einigermaßen normalem Verlauf 8 Millionen t Kartoffeln geerntet werden können. Ich nehme nicht an, daß die diesjährige Ernte in Nordwestdeutschland weit unter dieser Ziffer bleiben wird, und es muß möglich sein, zwei Zentner zu verteilen und obendrein noch einen Überschuß abzuliefern für Notstandsgebiete, denn die Kartoffelanbauggebiete sollten in diesem Jahr in Nordwestdeutschland von 480 000 ha im Vorjahr auf 600 000 ha vergrößert werden. Da Niedersachsen entgegen den zentralen Anweisungen 2 Zentner verteilen will, hat der Senat ebenfalls beschlossen, wegen einer entsprechenden Verteilung für Bremen mit Niedersachsen zu verhandeln. Es finden heute Besprechungen darüber statt.

Es ist im Augenblick nicht leicht, sich über die Aussichten in der Ernährungslage verbindlich zu äußern. Der Hunger oder die Sorge vor dem Hunger und vor seinen weittragenden Folgen sind so groß geworden, daß bei vielen Stellen die ruhige Überlegung ziemlich geschwunden ist. Wir hatten im Frühjahr gehofft, daß der kommende Herbst eine langsame Aufbesserung der Rationen ermöglichen würde. Jetzt erleben wir, daß diese Hoffnungen sich wiederum noch nicht erfüllen lassen, weil uns die Natur diesmal einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht hat. Ohne restlose Erfassung und ohne weitreichende Auslandshilfe werden wir auch in den kommenden Monaten nicht durchkommen. Der nächsten Bürgerschaft wird es daher auf den Gebieten der Versorgung nicht an Sorgen und Nöten fehlen.

Ich habe Ihnen in diesem meinem Bericht einen kurzen Überblick zu geben versucht über das abgelaufene Jahr bremischer Politik. Ich müßte noch berichten über den Aufbau der Justiz, der Polizei, der Verwaltung, der Schule, der Finanzen, aber der Bericht würde zu umfangreich, und ich muß schon auf die Beratung der Einzelpositionen des Haushalts verweisen. Ich habe darzustellen versucht, was wir von Bremen aus auf dem Teilgebiet unseres öffentlichen Lebens zu leisten versuchten; ich habe ferner darauf verwiesen, daß wir bei der Lösung der großen Schicksalsfragen die wirtschaftliche Einheit von ganz Deutschland brauchen und darüber hinaus die politische Zentralgewalt, deren Legitimation sich auf Reichswahlen stützt.

Die staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands als Republik, in der Reichsrecht Landesrecht bricht, und der zukünftige Frieden stehen in enger Wechselwirkung und in untrennbarem Zusammenhang. In dieser Existenzfrage steht Bremen getreu seiner Verfassung zur Reichseinheit.

Ich glaube, es gibt keinen Abgeordneten der Bürgerschaft, der nicht mit mir in diesem Bekenntnis zum Reich übereinstimmt. Wir alle fühlen, daß wir vor einer Neugestaltung der Welt stehen. Wir alle sind uns bewußt, daß die Beziehungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion überschattet sind durch beträchtliches Mißtrauen, und wir wissen, daß die Gefahr der Aufspaltung Deutschlands besteht. Die am 3. November beginnende Konferenz der Außenminister wird entscheiden, ob die westliche und die östliche Welt zur Zusammenarbeit bereit sind. Wir müssen im Interesse des Friedens wünschen, daß diese Zusammenarbeit sich festigt und eine Einigung über das deutsche Problem zustandekommt, damit sich das deutsche Volk wieder aufrichten kann. Durch dauernde Krisen, Kriege, Hunger und seelische Erschütterungen ist der deutsche Mensch am Ende seiner Kräfte. Seine innere Konstitution ist so geschwächt, daß seine Leistungsfähigkeit mehr und mehr zurückgeht. Diese Tatsachen verlangen ein schnelles Handeln. Wir haben uns hier gemeinsam bemüht, in diesem Zwischenstadium die vielen Aufgaben zu lösen, die uns gestellt waren. Wir haben immer nur allzu schnell die Grenzen unserer Kraft erkennen müssen, wenn es sich um den Aufbau handelt. Möge dieser Zustand bald ein Ende finden und sich die Pforte öffnen für ein neues Leben der gemeinsamen Aufbauarbeit! Das ist der Wunsch, den ich dem neuen Etatjahr mit auf den Weg geben möchte. (Lebhafter Beifall.)

Herr Senator Dr. Nolting-Hauff: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 10. Mai 1946 habe ich vor der ersten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zusammengetretenen bremischen Bürgerschaft über die nationalsozialistische Hinterlassenschaft auf dem Gebiete unserer Finanzen berichtet. Es mußte damals für das Rechnungsjahr 1946 infolge des durch den Zusammenbruch eingetretenen Versiegens wichtiger Einnahmequellen, und zwar sowohl bei den Reichszuweisungen als auch bei den bremischen Steuern, mit einem Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts von rd. 55 Millionen RM gerechnet werden. In den seitdem vergangenen fast 1½ Jahren hat die bremische Finanzwirtschaft zunächst in Ordnung und der Staatshaushalt ins Gleichgewicht gebracht werden können.

Ich habe von der Übernahme meines Amtes ab den Standpunkt vertreten, daß, solange das Reich nicht wieder eine verwaltungsmäßige Realität werden kann, nur eine Zusammenfassung der gesamten finanzwirtschaftlichen Potenz der Hansestadt Bremen zu einer Bewältigung der unmittelbaren Folgen des Zusammenbruchs führen könne. Das bedingte für Bremen eine Übernahme der hier sehr ausgedehnten Zuständigkeiten der Reichsfinanzverwaltung auf den Senat als Landesregierung. Dies ist schließlich nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten und Widerstände verschiedenster Art erreicht worden. Das frühere Oberfinanzpräsidium Weser-Ems, das im Gebiete unseres Landes den Restbestand der früheren Reichsfinanzverwaltung darstellte, ist als Oberfinanzpräsidium im Lande Bremen in die Bremische Finanzverwaltung eingegliedert worden, die somit treuhänderisch mit der Verfügung über die hiesigen Reichssteuereinnahmen auch die finanzpolitischen Aufgaben des Reiches in unserem Lande zunächst übernommen hat.

Die Vereinheitlichung unserer öffentlichen Finanzwirtschaft hat die notwendige Reorganisation unseres Etats wesentlich erleichtert. Als sinnfälliges Ergebnis dieser Reorganisation sind Ihnen die Voranschläge für den neuen Landeshaushalt Bremen und für den nunmehr zum Gemeindehaushalt gewordenen früheren Haushalt der Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1947 vorgelegt worden. Diese an die Abrechnungsziffern für das Jahr 1946 angelehnten Haushaltsvoranschläge sind ausgeglichen; sie ergeben mit ihren auf den Ist-Zahlen des Vorjahres basierenden Ziffern die finanzwirtschaftliche Lebensfähigkeit unseres Landes, trotzdem es aus zwei halb zerstörten Städten besteht und seine Wirtschaft durch den Krieg und seinen Ausgang auf das schwerste betroffen ist. Die Erhärtung dieses Beweises wird allerdings erst eine Zukunft bringen können, in der Zahlen wieder vollwertige wirtschaftliche Realitäten sind.

Ich möchte nur zu den Schlüsselpositionen der Ihnen vorliegenden Voranschläge im einzelnen Stellung nehmen.

Der Landeshaushalt umfaßt, abgesehen von einem hälftigen Anteil an den Kosten von Bürgerschaft und Senat, im wesentlichen die Einnahmen und Ausgaben der früheren Reichsfinanzverwaltung in Bremen und der übrigen vom Senat als Landesregierung zunächst übernommenen Reichsverwaltungen.

Die Justizverwaltung kann als mit Einnahmen und Ausgaben endgültig auf das Land übergegangen angesehen werden. Bei der Wirtschaftsverwaltung, die für den Landeshaushalt im wesentlichen das Landeswirtschaftsamt und das Außenhandelskontor umfaßt, ist das zunächst der Fall, ebenso wie bei der Wasserstraßendirektion, die als Bestandteil der Verkehrsverwaltung etatisiert ist, wenn es auch in letzter Zeit fraglich geworden ist, ob sie nicht aus dem Landeshaushalt wieder ausscheidet, um in den Haushalt der bizonalen Verwaltungen überzugehen. Zum Etat der Verkehrsverwaltung ist zu bemerken, daß er das Wasserstraßen-Hafenamt in Bremerhaven und damit den für den ordentlichen Haushalt wesentlichen Bestandteil des Fischereihafens in Bremerhaven mit rd. 150 000 RM Einnahmen und rd. 1 000 000 RM laufender und rd. 500 000 RM einmaliger Ausgaben in sich aufgenommen hat, nachdem der Fischereihafen und seine Unterhaltung vom Lande Preußen auf das Land Bremen übergegangen ist.

Eine besondere Stellung nimmt im Landeshaushalt die Arbeitsverwaltung ein; obwohl diese Verwaltung als endgültig auf das Land übergegangen angesehen werden kann, lebt sie insofern aus einem Sonderhaushalt, als ihre Einnahmen aus der Arbeitslosenversicherung zweckgebunden sind und außer für die Erwerbslosenfürsorge nur für die eigenen Kosten der Arbeitsverwaltung verwandt werden dürfen. Dies kommt im Voranschlag des Landeshaushalts darin zum Ausdruck, daß die für diese Verwaltung eingesetzten Ausgaben im wesentlichen mit deren Einnahmen übereinstimmen, obwohl nicht damit zu rechnen ist, daß im laufenden Etatjahr die Einnahmen aus der Arbeitslosenversicherung auch nur zu einem erheblichen Anteil durch Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen werden müssen; soweit das aber nicht der Fall ist, müssen diese Einnahmen in einen Sonderfonds zurückgestellt werden und scheiden damit für die Bestreitung allgemeiner laufender Haushaltsausgaben aus.

Die weitaus größten und wichtigsten Posten der gesamten Voranschläge sind die Kapitel „Allgemeine Landesfinanzverwaltung“ und „Besatzungskosten“ des Landeshaushalts, die in Einnahmen und Ausgaben insofern in nächster Beziehung miteinander stehen, als der überwiegende Teil unserer Landesfinanzeinnahmen durch die Besatzungskosten aufgezehrt wird. Die Besatzungskosten haben auf Grund der Ziffern des Vorjahres mit rd. 168 Millionen RM veranschlagt werden müssen. Sie betragen, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, ein Mehrfaches der Aufwendungen, die hier Bayern, Württemberg-Baden und Hessen zu tragen haben. Die süddeutschen Länder haben auch bereits anerkannt, daß Bremen mit seinen verhältnismäßig ganz besonders hohen Besatzungskosten nicht allein belastet bleiben kann. Da offenbar ein zonaler Ausgleich der Besatzungskosten bis auf weiteres nicht möglich ist, bleibt hier nur eine zonale Lastenverteilung übrig, und zwar sowohl aus dem Gesichtspunkte, daß derartige Kriegsfolgekosten Sache des ganzen deutschen Volkes oder mindestens Sache der ganzen Besatzungszone sein müssen, als auch deswegen, weil ein großer Teil dieser besonders hohen, in Bremen entstehenden Kosten im unmittelbaren Interesse der süddeutschen Länder aufgewandt ist. Die schwebenden Finanzausgleichsverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, wir haben uns aber nach ihrem bisherigen Ergebnis und auf Grund der bislang bekannten Ziffern berechtigt geglaubt, mindestens einen Anteil der übrigen Länder der US-Zone an unseren Besatzungskosten in Höhe von 120 Millionen RM einzusetzen, die in den insgesamt auf 304 597 600 RM veranschlagten Einnahmen unserer allgemeinen Landesfinanzverwaltung mit enthalten sind. Der Rest dieses Haupteinnahmepostens unseres Landeshaushalts besteht aus den veranschlagten Einnahmen aus den Reichssteuern, und zwar rd. 124 Millionen RM Besitz- und Verkehrssteuern und rd. 60,5 Millionen RM aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Was die Ausgaben der allgemeinen Landesfinanzverwaltung anbelangt, so mußte dort für Finanzausgleich auf dem Gebiete der Zölle und Verbrauchssteuern ein Betrag von rund 36 Millionen RM veranschlagt werden. Unserem unter den Einnahmen veranschlagten Anspruch auf einen Ausgleich der Besatzungskosten steht eine ziffernmäßig allerdings nur einen Bruchteil dieses Anspruchs ausmachende Ausgleichsverpflichtung wegen der Zölle und Verbrauchssteuern gegenüber, die auf Grund eines allerdings von der Militärregierung noch nicht genehmigten Beschlusses des Deutschen Finanzrats für beide Zonen nach der Kopfhöhe der Bevölkerung gleichmäßig verteilt werden sollen. Zu diesem mit rd. 36 Millionen RM veranschlagten Lastenausgleich bei den Zöllen und Verbrauchssteuern sind noch weitere rd. 4 Millionen RM als bremischer Anteil an den Kosten der zonalen und bizonalen Zentralstellen und -einrichtungen veranschlagt worden. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die einer weiteren Einschränkung dringend bedürftigen Haushalte der früheren bizonalen Räte und jetzigen Direktionen des Wirtschaftsrates ohne die sogenannten Zentralverwaltungen des Verkehrsressorts insgesamt 60 Millionen RM jährlich ausmachen, wozu dann noch die Kosten der zonalen Einrichtungen treten.

Was der Landeshaushalt nach Deckung der Besatzungskosten und der übrigen zonalen und bizonalen Ausgaben sowie der laufenden Verwaltungs-

kosten der früheren Reichsbehörden im Lande Bremen noch übrig behält, wird für die Fortführung der früheren Finanzzuweisungen an die Städte Bremen und Bremerhaven benötigt. Diese Finanzzuweisungen setzen sich zusammen aus den früheren Schlüsselzuweisungen des Reiches an die beiden Städte und aus einer Anzahl Zweckzuweisungen für einen Teil der Polizeiausgaben, der Fürsorgeaufwendungen und der Kosten für die Ernährungs- und Wirtschaftsämter, der Gesundheitsämter und der Straßenunterhaltung, wozu bei Bremerhaven die früher vom Lande Preußen gewährten Zuschüsse hinzutreten.

Der Haushaltsvoranschlag für die Stadt Bremen zerfällt, wie bereits für das Rechnungsjahr 1946, auch für das laufende Jahr in einen ordentlichen und außerordentlichen Haushalt. Eine Deckung des Bedarfs des außerordentlichen Haushalts durch Anleihen, wie es klassische finanzwirtschaftliche Regel ist, kommt zwar gegenwärtig noch nicht in Betracht. Die Situation hat sich hier seit den Darlegungen, die ich zu diesem Thema am 10. Mai 1946 gemacht habe, noch nicht geändert. Solange wir noch vor einer Währungsneuordnung stehen und solange die Guthaben aus den Rücklagen der öffentlichen Körperschaften nicht verzinst werden, ist die Aufnahme neuer Staatsanleihen nicht sinnvoll und jedenfalls unzweckmäßig. Trotzdem ist eine klare Trennung des außerordentlichen Haushalts, der gegenwärtig mit unserem Wiederaufbau-Haushalt identisch ist, von dem ordentlichen Haushalt aus verschiedenen Gründen erforderlich: Es handelt sich bei den Ausgaben des außerordentlichen Haushalts nicht nur, im Gegensatz zu den ordentlichen Ausgaben der laufenden Verwaltung, um Aufwendungen, durch die bleibende Werte geschaffen werden, sondern auch um solche Ausgaben, die einmal als Abrechnungsposten in den umfassenden Lastenausgleich eingehen werden, der auf dem Gebiete der Kriegsschäden und überhaupt der ganzen Reichsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Währungsneuordnung oder nach derselben durchgeführt werden muß. Eine Entlastung des ordentlichen Haushalts von diesen Posten ist daher ein Gebot finanzwirtschaftlicher Klarheit.

Zu dem ordentlichen Haushalt der Stadt möchte ich zunächst ganz im allgemeinen bemerken, daß die Finanzverwaltung mit Genehmigung der Finanzdeputation die Anschläge der einzelnen Verwaltungen auf Basis der Ist-Ziffern des Jahres 1946 zusammengestrichen hat. Von ganz besonderen Ausnahmefällen abgesehen, mußte davon ausgegangen werden, daß insbesondere Personalausgaben, die über den tatsächlichen Stand des Vorjahres hinausgehen, nicht verantwortet werden können.

Im übrigen möchte ich auch hier nur auf einige Schlüsselpositionen eingehen.

Die Einnahmen der Finanzverwaltung, die mit rd. 63,2 Millionen RM etwa $\frac{2}{3}$ der gesamten stadtbremschen Einnahmen ausmachen, setzen sich im wesentlichen aus der aus dem Landeshaushalt entnommenen früheren Reichsfinanzzuweisung von 27 Millionen RM und aus Kommunal-Steuerereinnahmen im Betrage von insgesamt rd. 31 Millionen RM sowie aus Konzessionsabgaben von Stadtwerken und Straßenbahn sowie ähnlichen Einnahmen in Höhe von rd. 4,4 Millionen RM zusammen. Während die Grundsteuer noch vorkriegsnormal — wenn auch nur auf Grund der erhöhten Hebesätze — mit rd. 12 Millionen RM veranschlagt werden konnte, hat die Gewerbesteuer, die sich

zu einem besonderen Sorgenkind der Bremischen Finanzverwaltung entwickelt hat, nur mit 10 Millionen RM, also ungefähr einem Drittel des Aufkommens vor dem Zusammenbruch des Reiches, eingesetzt werden können. Die Ausgaben der Finanzverwaltung entfallen mit 1 718 590 RM auf laufende Verwaltungskosten, mit 1 135 930 RM auf Verstärkungsmittel für überplanmäßige Ausgaben des Gesamthaushalts, mit 267 000 RM auf Allgemeine Ausgaben und mit dem Restbetrage von 3 751 180 RM auf denjenigen Teil des wiederaufgenommenen Dienstes der bremischen Anleihen, der unter den Ausgaben der Finanzverwaltung geführt wird; ich verweise darauf, daß der überwiegende Rest des Anleihendienstes mit 1 729 740 RM unter Einzelplan VI A, Bauwesen, und mit 6 526 950 RM unter Einzelplan VI B, Wirtschaftswesen, und zwar dort unter den Hafenausgaben, erscheint, da es sich insoweit um Verpflichtungen aus Anleihen handelt, die für die Finanzierung der bremischen Häfen Verwendung gefunden haben.

Was den Polizeihauhalt anbelangt, so ist darauf hinzuweisen, daß die neben den Ausgaben von rd. 10¼ Millionen RM erscheinenden Einnahmen von rd. 5,7 Millionen RM im wesentlichen aus den Polizeikostenzuschüssen bestehen, die auf Grund der Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes hier dem Landeshaushalt als Zweckzuwendungen an die Stadtgemeinde entnommen werden.

Einen die Polizeiausgaben noch übersteigenden Betrag an Personalausgaben beansprucht die Schulverwaltung mit rd. 10,9 Millionen RM, enthalten in deren Gesamtausgaben von rd. 12,5 Millionen RM, bei denen 1200 000 RM für die Schulspeisung veranschlagt sind.

Eine Position, die, wie schon öfter in der Vergangenheit, auch in naher Zukunft für den Haushalt wieder schicksalhafte Bedeutung erlangen kann, sind die Wohlfahrtausgaben. Von den veranschlagten rd. 20,8 Millionen RM entfallen auf Verwaltungskosten und ähnliche Kosten 2 285 270 RM und auf laufende Unterstützungen 18 487 550 RM; da in dem noch unbekannten Zeitpunkt der Währungsneuordnung zunächst mit einem nicht unerheblichen Ansteigen der Unterstützungen gerechnet werden muß, ist hierfür auf Grund von Überlegungen, zu denen auch das Landesarbeitsamt herangezogen worden ist, über die Ist-Ziffern des Jahres 1946 hinausgehend, für den noch in Frage kommenden Rest des Rechnungsjahres ein Sonderbetrag von 3 Millionen RM veranschlagt worden.

Beim Gesundheitswesen bilden die Städtischen Krankenanstalten mit 6 255 790 RM Einnahmen und 6 828 490 RM Ausgaben den Hauptbestandteil des Haushalts. Ich habe im Einverständnis mit dem Herrn Senator für das Gesundheitswesen eine umfassende, zur Zeit noch nicht abgeschlossene Prüfung der Krankenanstalten mit dem Ziele veranlaßt, ein klares Bild über die Erfolgrechnung zu gewinnen. Zuverlässige Rentabilitätsfeststellungen sind hier noch niemals getroffen worden. Sie waren auch nicht möglich, da die Anstalt bisher lediglich kameralistische Buchführung besitzt und noch niemals eine Bilanz, die besonders eine Scheidung der laufenden Ausgaben von den Investitionen ermöglicht hätte, gemacht hat. In der Nazizeit war zwar ein Verwaltungsdirektor mit hohem Gehalt eigens mit der Aufgabe betraut worden, die Rentabilität der Anstalt zu überwachen. Wie dieser Herr das ohne eine Bilanz gemacht hat, wird wohl für alle Zeiten eines der Geheimnisse des Dritten Reiches

bleiben. Ergebnisse seiner Betätigung sind jedenfalls nicht bekannt geworden.

Die Anschlagssziffern für Wohnungswesen und Bauwesen entsprechen, unter Berücksichtigung von Umstellungen besonders im erstgenannten Einzelplan im wesentlichen den Vorjahresanschlagen.

Im Einzelplan Wirtschaftswesen ist der Unterschuff der bremischen Häfen enthalten, der als solcher auch noch ein Thema des übergeordneten Lastenausgleichs ist.

Der Voranschlag des außerordentlichen Haushalts der Stadt Bremen enthält auf der Ausgabenseite die verschiedenen im Gange oder in der Vorbereitung befindlichen Wiederaufbauprojekte für Stadt und Hafen. Zu einem erheblichen Teil sind diese Ausgaben aus dem Voranschlag 1946, da sie im Vorjahre nicht gemacht werden konnten, in den Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr übernommen worden. Leider werden diese Ausgaben wegen der Knappheit an Baumaterial und Arbeitskräften auch im laufenden Jahre nur zu einem Bruchteil ihrer veranschlagten Kosten durchgeführt werden können. Soweit eine Durchführung möglich ist, müssen — das ist die einhellige Meinung von Finanzdeputation und Finanzverwaltung — die mit dem Betrage von insgesamt über 41 Millionen RM veranschlagten Finanzmittel unter allen Umständen bereitgestellt werden.

Eine Deckung dieser Ausgaben, die gewissermaßen vorschußweise auf die Kriegsschadenverpflichtungen des Reiches erfolgen, wird voraussichtlich nur in Höhe von 15 Millionen RM zu Lasten des Landeshaushalts möglich sein. Der Rest von rd. 26 Millionen RM wird erforderlichenfalls den Rücklagen entnommen werden müssen. Es kann dies verantwortet werden, da die sofort greifbaren Finanz- und Rücklagemittel des stadtbremischen Vermögens in Höhe von rd. 70 Millionen RM seit der Besetzung noch in keiner Weise in Anspruch genommen werden brauchten. Ich wies bereits darauf hin, daß in absehbarer Zukunft die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts voraussichtlich wieder ihre Deckung durch Anleihen finden müssen. Durch die von der Bürgerschaft genehmigte Wiederaufnahme des laufenden Dienstes unserer bestehenden Anleihen, die rückwirkend vom Datum der seinerzeitigen Blockierung erfolgt ist, dürfte kreditpolitisch alles Erforderliche geschehen sein, um zu gegebener Zeit die Finanzierung von Dauerwerte schaffenden Staatsausgaben wieder auf dem Anleihewege zu ermöglichen. Fällige Inlandsverpflichtungen der Hansestadt Bremen, die blockiert, aufgeschoben oder aus einem sonstigen Grunde nicht zu erfüllen wären, bestehen nicht mehr.

Der von der Finanzdeputation eingesetzte Haushaltsausschuß hat die Ihnen vorliegenden Haushaltsvoranschläge in zweimonatiger gründlicher Arbeit eingehend geprüft und der Finanzdeputation einstimmig seinen Bericht erstattet, den die Deputation ebenfalls einstimmig Ihnen, meine Damen und Herren, mit den Haushaltsunterlagen zugeleitet hat.

Die Tatsache, daß Ihnen für das laufende Jahr ausgelegte Haushaltsvoranschläge vorgelegt werden konnten und ein Ausgleich der Haushaltsrechnung 1946 für den ordentlichen Etat gelungen ist, darf nicht zu der irrigen Meinung verleiten, daß nun alles Notwendige getan sei. Wir wissen, daß die Finanzsiffern heute umgekehrt wie unter normalen Verhältnissen

die wirtschaftlichen Gegebenheiten nur zum kleinen Teil sichtbar machen, zum großen Teil aber die unerbittlichen Tatsachen unseres sozialen Notstandes noch geradezu verhüllen. Die Unbarmherzigkeit auch der Zahlen wird mit der bevorstehenden Währungsneuordnung erst beginnen. Wir wissen nicht, wann die Reform durchgeführt werden wird, wir wissen aber, daß sie dringend erforderlich ist.

Bei der Währungsumstellung wird man sich nicht darauf beschränken können, das Geld mengenmäßig und funktionell an die unserer Wirtschaft verbliebene Produktionskapazität und an den gegenwärtigen Warenverkehr anzugleichen. Wenn die Reform Erfolg haben soll, muß vor allem auch der staatliche Apparat unserer Verarmung angeglichen und auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Auf Anregung der Bremischen Finanzverwaltung, die sich als erste mit der Frage der Haushaltsgestaltung nach der Währungsreform befaßt hat, sind die Länder der beiden Besatzungszonen in eine gemeinsame Prüfung der sich dabei ergebenden Fragen eingetreten. Zwei unter meinem Vorsitz in Bremen und Herrenchiessee in Oberbayern abgehaltene Konferenzen sind hier zu im wesentlichen übereinstimmenden Ergebnissen gelangt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die öffentliche Hand nach der Währungsreform mit sehr wesentlichen Einnahmeausfällen, besonders auf dem Gebiet der Besitz- und Verkehrssteuern, rechnen muß, und zwar mindestens insoweit die Steuern bisher praktisch aus dem Kaufkraftüberhang bezahlt sind, während Ausgabesteigerungen, vor allem auf dem Wohlfahrtsgebiet, ebenso unabweisbar eintreten werden. Die Währungsumstellung setzt aber, wenn sie nicht von vornherein mißlingen soll, nicht nur ausgeglichene Haushalte der öffentlichen Körperschaften, sondern auch die Aufrechterhaltung des einmal erreichten Haushaltsgleichgewichts voraus. Etatdefizite der öffentlichen Hand würden sehr bald zu einer ungesunden Kredit-Expansion und darüber hinaus zu einer Gefährdung des gesamten Reformwerkes führen können. Es wird aber um so schwieriger sein, die Haushalte nach der Währungsreform im Gleichgewicht zu halten, als die Geldneuordnung nicht mit einer Erhöhung der Steuersätze verbunden werden kann. Im Gegenteil werden, worüber sämtliche Finanzminister einig sind, erhebliche Steuersenkungen erforderlich werden, da, vom Kriegsschädenausgleich abgesehen und neben diesem, laufende Steuerzahlungen, die praktisch die Substanz belasten, nicht mehr möglich sein werden. Die Währungsreform wird, wenn nach ihr wieder ein einigermaßen normales Wirtschaften gewährleistet sein soll, von einer umfassenden Steuerreform begleitet sein müssen, der durch Teilmaßnahmen vorzugreifen ich der Finanzdeputation abraten mußte, zumal die haushaltsmäßigen Voraussetzungen einer solchen Reform erst grundsätzlich geschaffen werden müssen.

Meine Damen und Herren! Geldwesen und Finanzwirtschaft bewirken, wenn sie gesund sind, die ordnungsgemäße Verteilung des Sozialproduktes. Man hat im Dritten Reich versucht, diese Aufgabe der Finanz, die hier wegen der ungesunden Geldvermehrung nicht mehr funktionieren konnte, auf eine staatliche Preiskontrolle zu übertragen, die schließlich zu einer umfassenden Zwangswirtschaft erweitert werden mußte. Wir sehen uns heute in die Notwendigkeit versetzt, dem Geldwesen seine klassische Aufgabe zurückzuübertragen. Das wäre verhältnismäßig leicht, wenn

einer kranken Währung eine gesunde Gütererzeugung gegenüberstände. Wir würden uns dann lediglich damit abzufinden haben, daß die Ersparnisse des letzten Vierteljahrhunderts dem Nazi-Reich im wesentlichen zum Opfer gefallen sind. Was aber die Finanzreform heute so besonders schwierig macht, ist, daß von ihr nicht nur die Gesundung des Güterkreislaufs, sondern auch die der Produktion erwartet wird. Das kann die Finanz höchstens leisten, wenn der deutschen Wirtschaft zugleich die Möglichkeit einer Erzeugung gegeben wird, die zunächst zum mindesten das Existenzminimum der Verbrauchermassen decken kann. Hierzu ist außer der Erhöhung des Industrie-Potentials jedenfalls dreierlei erforderlich: Das Aufhören der Stilllegungen und Reparationen, die immer wieder das Getriebe der Wirtschaft stören, ausreichende ausländische Rohstoffkredite, um der Produktion die sogenannte Initial-Zündung zu geben, welche die Finanzreform allein entgegen fälschlichen Erwartungen niemals bewirken kann, und schließlich eine genügende Ernährung des deutschen Arbeiters. Ohne die Erfüllung dieser wirtschaftlichen Erfordernisse, die im wesentlichen in den Händen der Besatzungsmächte liegt, wird die Neuordnung unseres Geldwesens nicht mit bleibendem Erfolge durchgeführt werden können. Die Währungsreform ist nicht im wesentlichen Sache eines Planes, um den sich schon so viele Berufene und vielleicht noch mehr Unberufene bemüht haben. Der Plan für die Neuordnung ist bloß eine wirtschaftsmathematische Aufgabe, die als solche immer irgendwie lösbar sein muß. Das wesentliche ist, die Reform, wenn sie einmal vollzogen wird, durchzuhalten. Das ist auf Basis einer kranken Wirtschaft, deren Sozialprodukt nicht einmal das kollektive Existenzminimum decken kann, nicht möglich. Neue Haushaltsdefizite der öffentlichen Körperschaften und allgemeine Verlustbilanzen der Privatwirtschaft würden sehr bald wieder in inflatorische Kredit- und Geldverhältnisse zurückführen, und alles Unglück würde von vorn beginnen. Das Vertrauen des deutschen Volkes auf die ihm so nachdrücklich versprochene Neuordnung der Währung darf aber unter keinen Umständen eintauscht werden. Gründliche und längere Zeit erfordernde Vorbereitungen sind zur Vermeidung überstürzter Maßnahmen darum nicht zu umgehen.

Die deutschen Finanzverwaltungen werden für die nächsten Jahre vor einer Aufgabe stehen, wie sie wohl noch niemals gestellt worden ist. Sie müssen einerseits mit starken Einnahmeausfällen und andererseits mit Ausgabesteigerungen, zum mindesten beim Wohlfahrtswesen, rechnen und können sich zugleich der Notwendigkeit nicht verschließen, eine weitere Verminderung der Einnahmen durch erhebliche Steuersenkungen nicht nur in Betracht zu ziehen, sondern noch darüber hinaus für die großen Besitz- und Verkehrssteuern beim Kontrollrat und bei den Militärregierungen im Interesse der deutschen Wirtschaft dringend zu befürworten. Die Haushalte trotz alledem im Gleichgewicht zu halten, wird drastische Entschlüsse erfordern. Fast die Hälfte unserer ordentlichen Haushaltsausgaben sind gegenwärtig Personalausgaben. Eine weitgehende Rationalisierung der gesamten Verwaltung hinsichtlich ihres Aufgabenbereichs und ihrer Besetzung und in Verbindung damit eine umfangreiche Personalumschichtung auf die nach der Währungsreform hoffentlich wesentlich belebte Wirtschaft wird unumgänglich sein. Die übrigen Staatsausgaben

werden voraussichtlich nur nach einer Planskala aufrecht zu erhalten sein, in welcher der Wiederaufbau allerdings nach wie vor mit an erster Stelle stehen muß.

Ich brauche nicht zu sagen, daß auch von den alliierten Mächten ein wesentlicher Beitrag für die Durchführung der Finanzreform, abgesehen von einem allgemeinen Reparationsstop, mit einer entscheidenden Herabminderung der Besatzungskosten dringend erwartet werden muß. Die Lasten, die das deutsche Volk bei der Sanierung seines Wirtschafts- und Finanzwesens auf sich nehmen muß, sind auch dann noch überaus schwer und kaum tragbar.

Wir befinden uns heute finanzwirtschaftlich in der Lage eines Wanderers, der nach dem Durchschreiten eines Abgrundes mühselig den Gipfel eines Vorberges erklimmen hat und nun erst das hohe und steile Gebirge vor sich sieht, das er noch übersteigen muß. Hüten wir uns, meine Damen und Herren, vor allem davor, daß wir mit der Geldneuordnung unter die Diktatur der leeren Kassen geraten! Gehen wir — das ist die einhellige Meinung der Finanzdeputation — an eine Verwaltungsreform, solange sie noch organisch vorbereitet werden kann, bevor der Zwang der Umstände zu unorganischen Notmaßnahmen zwingt! Der auch für die Vergangenheit nicht unbestrittene finanzwirtschaftliche Grundsatz, daß sich im Haushalt des Staates im Gegensatz zu den Bilanzen der Privatwirtschaft nicht die Ausgaben nach den Einnahmen, sondern vielmehr die Einnahmen nach den Ausgaben zu richten haben, wird für die nächste Zukunft gründlich verlassen werden müssen. Wir werden nicht mehr danach fragen können, welche Aufwendungen uns notwendig oder gar wünschenswert erscheinen, sondern wir werden uns vielmehr fragen müssen, welche Ausgaben wir uns noch leisten können. Die Antwort, welche die Unerbittlichkeit der Verhältnisse auf diese Frage aller Voraussicht nach erteilen muß, wird zu einem wesentlichen Abbau der Staatsaufgaben führen müssen. Die Auflockerung der vielfachen Bevormundung des einzelnen durch den Staat wird danach auch zu einer finanzpolitischen Notwendigkeit. Der Staatsbürger wird sich künftig in erheblich größerem Umfang als er es in den Jahren des vergangenen Systems gewohnt geworden ist, wieder selber helfen müssen und, soweit soziale Kontrollen weiterhin erforderlich bleiben, wird zur Entlastung der öffentlichen Hand eine Übertragung auf wirtschaftliche und soziale Verbände der verschiedensten Art ins Auge gefaßt werden müssen.

Die ersten Jahre nach der Währungsumstellung werden finanzwirtschaftlich die Bewährung der deutschen Demokratie sein, die, um das Gemeinwesen am Leben zu erhalten und darüber hinaus zur Gesundheit zu bringen, auch vor harten Maßnahmen nicht zurückschrecken darf. Nur so wird es uns möglich sein, sobald unser Geldwesen seine neue Norm gefunden hat, die vorläufige Ordnung der bremischen Finanzwirtschaft, wie sie sich aus den Haushaltsvoranschlägen ergibt, in eine endgültige zu überführen! (Lebhafter Beifall.)

Herr Balcke (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Haushaltspläne des Landes Bremen und der Stadt Bremen lagen in diesem Jahre nicht gedruckt vor. Es waren nur einige Durchschläge angefertigt worden. Zur Beschleunigung der Prüfung be-

schloß die Finanzdeputation die Einsetzung eines Unterausschusses, der sich aus Vertretern aller Parteien mit Ausnahme der FDP. zusammensetzte, und in 18 Sitzungen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Bürgerschaft, Herrn Hagedorn, die Haushaltspläne einer eingehenden Prüfung unterzog. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt Ihnen in einem Bericht vor, dem die Finanzdeputation zugestimmt hat.

Die Protokolle der einzelnen Sitzungen geben ein aufschlußreiches Bild von der Tätigkeit des Ausschusses und zeigen auf, daß die einzelnen Kapitel und Titel durchberaten und die notwendige Aufklärung von anwesenden Herren der Finanzverwaltung gegeben wurden. Wo diese nicht ausreichten, wurden die zuständigen Stellen um Äußerung ersucht und in mehreren Fällen auch Behördenvertreter zur mündlichen Berichterstattung gebeten.

Bei der Prüfung der Einnahme- und Ausgabeposten sah der Ausschuß weniger seine Aufgabe darin, diese zu erhöhen oder jene herabzusetzen, als vielmehr eine allgemeine Information zu erlangen und zu prüfen, ob die Verwaltungsaufgaben im öffentlichen Interesse notwendig sind. Es wurden daher auch nur bei einigen Titeln Änderungen vorgenommen, die sich aber in ihrem Endergebnis als unwesentlich vor allem bei den Ausgaben herausstellten.

Die vorgeschlagenen und diskutierten Erhöhungen bei den Einnahmen erwiesen sich nach der vom Herrn Finanzsenator gegebenen Aufklärung zum mindesten als sehr fraglich und rechtfertigten vorgebrachte Wünsche auf Herabsetzung der Grundsteuer oder Wegfall anderer Abgaben nicht. Der Hinweis auf die Bemühungen des Herrn Finanzsenators um einen ausreichenden Finanzausgleich durch die süddeutschen Länder, sowie die kommende Währungsreform, konnte den Ausschuß davon überzeugen, derartige Wünsche zur Zeit zurückzustellen. Eine Angleichung der Einnahmen an die Ausgaben im Gesamthaushaltsplan brauchte vom Ausschuß nicht vorgenommen zu werden, da diese durch die Finanzverwaltung bereits erfolgt war.

Es ist selbstverständlich, daß der Ausschuß sich bei seiner Prüfung sehr eingehend mit den Folgen einer kommenden Währungsreform befaßt hat. Er ist der Überzeugung, daß eine Währungsreform nur dann Bestand haben kann, wenn die Haushalte der Länder und Gemeinden ausgeglichen sind und deshalb schon jetzt auf die Verwaltungen dahingehend einzuwirken ist, daß die Personalausgaben auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Das gilt insbesondere für die kriegsbedingten Aufgaben. Eine Verwaltungsreform ist unabdingbar mit der Währungsreform, weil die bestehenden Steuern nicht aufrecht erhalten werden können und es der Bevölkerung nicht zugemutet werden kann, eine steuerliche Last auf sich zu nehmen, die sich nicht unter Beachtung sparsamster Haushaltung rechtfertigen läßt.

Die heute gültigen Steuersätze der Reichssteuern sind eine Auflage des Kontrollrates. Sie gehen weit über das hinaus, was auf die Dauer tragbar ist und schaffen den Ländern zur Zeit eine günstige Kassenlage, die aber nur relativ zu werten ist, weil die Sachausgaben, selbst wenn sie notwendig sind, durch den bekannten Mangel auf allen Gebieten begrenzt werden. Das wird sich ändern, sobald das Wirtschaftsleben wieder anläuft.

Starke Kritik fanden die in den Einzelhaushalten aufgeführten Reisekosten für

die Stadt Bremen mit rd. 316 000.— RM
und das Land Bremen mit rd. 100 000.— RM
insgesamt rd. 416 000.— RM

sowie die Gesamtkosten für Kraftfahrzeuge für
die Stadt Bremen mit rd. 456 000.— RM
und das Land Bremen mit rd. 116 000.— RM
insgesamt rd. 572 000.— RM

Der Unterausschuß erkennt an, daß durch die besondere Lage, in der sich Bremen durch die zonalen und bizonalen Einrichtungen befindet, sehr viel Reisen erforderlich sind, hält aber die Einzelpositionen für übersetzt. Er setzt in die einzelnen Verwaltungen das Vertrauen, daß sie sich darin in Zukunft größte Einschränkungen auferlegen und hat aus diesem Grunde keine Herabsetzung dieser Kosten vorgenommen.

Eine Zusammenfassung der Titel 11) und 15) der Einzelhaushaltspläne ergibt für Titel 11) Geschäftsbedürfnisse insgesamt

5 701 360.— RM

In dieser Summe ist die Grundsteuer auf Dienstgrundstücke mit einem erheblichen Betrage enthalten. Für Titel 15), Unterhaltung der Dienstgebäude, sind

298 760.— RM

eingesetzt.

Für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung sind

insgesamt rd. 7 500 000.— RM

und für die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung

rd. 395 000.— RM

vorgesehen.

Als nachträgliche Einstellung eines Zuschusses an die Landesversicherungsanstalt für die Durchführung des Gesetzes über die Leistungen an Körperbehinderte (Kb. Leistungsgesetz) mußten

8 000 000.— RM

eingesetzt werden.

Man hofft jedoch, diesen Betrag bei den Besatzungskosten einsparen zu können und hat deshalb die Ausgaben der Besatzungskosten um diese Summe vermindert.

Die Vermögensaufstellung per 1. April 1947 zeigt folgendes Bild:

Vermögen rd. 611 000 000.— RM

Schulden rd. 123 000 000.— RM

Vermögenssaldo nach

Abzug der Schulden rd. 488 000 000.— RM

Von diesem Betrag sind jederzeit verfügbar

rd. 68 000 000.— RM

während

rd. 82 000 000.— RM in Reichsschatzanweisungen, angelegt sind.

Die Ihnen bekanntgegebene Vermögensaufstellung berücksichtigt nicht die entstandenen Kriegsschäden, deren Gesamtsumme bislang noch nicht zuverlässig geschätzt werden konnte. Auch sind bei den Vermögenswerten jährliche Abschreibungen nicht vorgenommen. Es ist deshalb erforderlich, daß eine neue Aufstellung erfolgen muß.

Der außerordentliche Haushalt enthält die Beseitigung von Kriegsschäden, soweit diese in diesem Redi-

nungsjahre behoben werden können. Von den veranschlagten Beträgen ist bis jetzt nur die Deckung der Ausgaben für den Wiederaufbau der Häfen durch die Zuweisung aus dem Landeshaushalt gesichert, während die Deckung der übrigen

rd. 26 000 000.— RM

wegen der Kriegsschäden-Regelung noch ungewiß ist.

Der Unterausschuß stellt fest, daß die eingesetzten Summen nur roh geschätzt und zum Teil nur vorsorglich eingestellt worden sind. Vor Freigabe der veranschlagten Beträge sind entsprechende Anträge an die Finanzdeputation zu richten.

Die Gesamtausgaben betragen für

die Stadt Bremen rd. 98 000 000.— RM

und das Land Bremen rd. 325 000 000.— RM

insgesamt rd. 423 000 000.— RM

Davon entfallen allein auf die Besatzungskosten

rd. 168 000 000.— RM

Der Unterausschuß unterstützt auf das lebhafteste die von Herrn Senator Dr. Nolting-Hauff bisher geführten Verhandlungen über den Ausgleich der Besatzungs- und Hafenkosten mit den süddeutschen Ländern.

Vom Unterausschuß wird vorgeschlagen, die Stadtwerke Bremen A. G. aufzulösen und diese Werke wieder als Städtische Betriebe zu führen. Weiter wünscht der Ausschuß eine eingehende Prüfung darüber, ob nicht auch die Bremer Straßenbahn zweckmäßig als Regiebetrieb übernommen werden kann.

Jeder von Ihnen, meine Damen und Herren, wird den Wunsch des Unterausschusses verstehen, daß in Zukunft, bevor der Gesamthaushaltsplan von der Finanzverwaltung zusammengestellt wird, die Deputationen für ihre Verwaltungsbereiche die Haushaltspläne verabschiedet haben, erst dann ist er zusammenzustellen und den Mitgliedern der Finanzdeputation gedruckt vorzulegen. Da der Druck in diesem Jahre noch mehrere Monate in Anspruch genommen und der Gesamthaushaltsplan von dieser Bürgerschaft nicht mehr hätte beraten werden können, haben sich die Herren Fraktionsführer in ihrer Sitzung vom 9. 7. 47 nach einem Vortrage von Herrn Senator Dr. Nolting-Hauff damit einverstanden erklärt, auf die Drucklegung des Haushaltsplanes mit seinen einzelnen Kapiteln und Titeln für das Rechnungsjahr 1947 zu verzichten. Die Bürgerschaft hat dadurch einen Überblick erhalten, daß ihr der Gesamtplan des Stadthaushaltes und des Landeshaushaltes mit den Abschlusssummen der einzelnen Verwaltungszweige, sowie der außerordentliche Haushalt der Stadt im Druck zugestellt worden ist.

Der Unterausschuß hat in allen seinen Sitzungen ein Beispiel sachlicher und erfolgreicher Zusammenarbeit aller darin vertretenen Parteien gegeben. Er wünscht und hofft, daß auch die Generaldebatte über die Haushaltspläne in diesem Geiste geführt wird. (Beifall.)

Präsident: Es tritt nun eine Pause ein. Ich vertage die Sitzung bis 11.30 Uhr.

(30 Minuten Pause.)

Präsident: Die Sitzung der Bürgerschaft ist wieder eröffnet. Wir treten jetzt in die Generalaussprache ein. Ich nehme an, daß wir bis gegen 1 Uhr damit fertig sind. Für die SPD. hat Abgeordneter Böhm das Wort.

Herr Böhm (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Anbetracht der kurzen Redezeit können wir uns hier nur im allgemeinen mit diesen Dingen beschäftigen. Ich möchte für die SPD-Fraktion gleich im voraus zum Ausdruck bringen, daß sie dem Haushalt zustimmen wird, wie es ja auch bereits in der Finanzdeputation geschehen ist. Wenn wir trotzdem einige Worte zu dem Haushaltsplan im allgemeinen sagen, so soll es auch nicht deshalb sein, daß wir vielleicht die einzelnen Positionen hier einer Kritik unterziehen, obwohl dieses ja das Recht der Bürgerschaft ist, sondern wir wollen nur politisch den Haushalt als Gesamtes betrachten und machen uns dabei Gedanken, wie gestaltet sich die Gesamtpolitik des bremischen Staates und wie ist der Haushaltsplan von diesem Gesichtspunkt aus zu betrachten, wobei wir sagen, was leistet der bremische Staat für seine Bürger und andererseits wiederum die Bürger für den Staat. Der Haushaltsplan soll ein Gradmesser sein einmal in welchem Maße — und das gilt besonders für unsere jetzige Zeit —, in welchem Grade bewegt sich die Einordnung der Gesellschaft aus der Katastrophe zu einem regulären wirtschaftlichen Leben. Wir können diese Ziffern und Zahlen, die in einer großen Reihe vor uns liegen, uns nur verständlich machen, wenn wir dabei uns ein Bild unseres gesellschaftlichen Lebens daneben halten, um die erforderlichen Schlussfolgerungen zu ziehen, denn wir wollen von vornherein feststellen: Alle diese Zahlen, die wir da haben, sind mehr oder minder primitiv. Denn wir haben ja heute keinen eigentlichen Gradmesser. Unser Geld ist nur in äußerst beschränktem Maße ein Wertmesser. Nicht umsonst spielt deshalb die Frage der Währungsreform und des Lastenausgleichs und alle diese Dinge eine so große Rolle. Wir sehen aber, daß der Staat große Aufgaben zu erfüllen hat, und die ganze Bevölkerung erwartet etwas davon. Gehen wir doch von der Tatsache aus, daß alles zerstört ist, nicht bloß die Baulichkeiten, die der äußerliche Ausdruck sind. Auch die gesamte Wirtschaft ist zerstört und der Staatsorganismus selbst. Es ist bisher gelungen, das gesellschaftliche Gefüge einigermaßen wieder aufzubauen, so daß wir Hoffnung hegen können, daß aus diesem neues Leben entsteht. Ich sehe die Sache folgendermaßen: Es ist ein großer Schutthaufen, aus dem eine ganze Reihe von Menschen versuchen, herauszuklauben, was noch brauchbar ist, um es zu verarbeiten, aber andere wiederum dabei sind, etwas herauszusuchen für ihren persönlichen Vorteil. Deshalb müssen wir den Staat und seine Leistung unter ganz bestimmten Gesichtspunkten betrachten und müssen feststellen, daß außerordentlich große Anforderungen an den Staat gerichtet werden. Ich gehe von einem Wort aus, das der Herr Finanzsenator Dr. Nolting-Hauff ausgesprochen hat. Er sagte: Wir müssen die Ausgaben des Staates angleichen an gegebenen Möglichkeiten. Das ist richtig. Er sagte weiter: Unsere Einnahmen dürfen sich in Zukunft nicht nach den Ausgaben richten, sondern unsere Ausgaben müssen sich vielmehr nach den Einnahmen richten. Mir erscheint dieses Wort doch etwas bedenklich, weil an den Staat heute ganz bestimmte unentbehrliche Anforderungen gestellt werden, die erfüllt werden müssen. Wir können keinen Vergleich ziehen mit Haushalten früherer Zeiten. In den besten Zeiten konnten wir uns über die Summen unterhalten, weil Mark Mark war, wofür eine bestimmte Leistung zu verzeichnen oder eine bestimmte Ware zu erhalten

war. Da konnte man sich darüber unterhalten über die Höhe der Ausgaben des Staates, über die Lasten, die der Staat auferlegte, und auf der anderen Seite aber, was der Staat alles tun sollte. Ich denke noch daran an die Zeit, wo gegen notwendige Anforderungen außerordentlich gekämpft worden ist, bloß dann nicht, wenn man selbst Nutznießer dieser Einrichtungen gewesen ist.

Die Haushalte der Nazizeit sind überhaupt nicht als Vergleichsmaterial heranzuziehen, denn sie waren in Wirklichkeit nichts anderes als schön aufgemachte Betrugsbilanzen, die sich stützten auf einen Siegfrieden, auf die Ausbeutung anderer Länder, so daß sie Seifenblasen glichen, schön schillernd und die, je weiter sie aufgeblasen wurden, zum Platzen kamen.

Wir müssen unsere Haushalte gesondert ohne Vergleich betrachten und deshalb die Bürger des Landes gerecht heranziehen, dann erfüllt auch der Staat seine Aufgaben. Der Zusammenbruch bringt es mit sich, daß insbesondere in dieser Zeit gewisse Lasten dem Staat besonders auferlegt werden. Wenn ich nur ein Beispiel sagen darf: In guten Zeiten sind Arbeitsämter sozusagen überflüssige Einrichtungen, in schlechten Zeiten haben sie Hochkonjunktur. In guten Zeiten sind die Aufgaben des Staates leicht und flott zu erledigen, in schlechten Zeiten wendet sich die ganze Bevölkerung von allen Seiten, in wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen Dingen an den Staat um Hilfe. Ganz zwangsläufig steigen die Ausgaben des Staates mit den Erfordernissen und den Bedürfnissen der Bevölkerung, und wir müssen deshalb fragen: Kann man gewisse Dinge umgehen und sich schematisch an bestimmte Zahlen halten? Das läßt sich in der Praxis gar nicht durchführen, und wir würden in eine Situation hineinkommen, die sich geradezu lebensgefährlich auswirkt, und die wir einmal erlebt haben. Es war am Anfang der Krise von 1930. In dieser Zeit, da man schrie: Wir müssen sparen, bloß keine unnützen Ausgaben machen. Es wurde alles eingeschränkt, und das Gegenteil von dem ist erreicht worden, was man eigentlich wollte. Damals wurden alle Bauten stillgelegt, alle Ausgaben bis zum äußersten gedrosselt, und das Ergebnis war, das Heer der Erwerbslosen steigerte sich und damit die Zahl der Kaufunfähigen.

Die Krise ist dadurch nur verschlimmert worden. Das war ein falscher Weg gewesen, und man hat später erkannt, daß es besser gewesen wäre, möglichst viel Aufträge herauszubringen, wobei man die finanzielle Regelung dieser Dinge der Zukunft vorbehalten hätte, aber die lebendige Arbeitskraft des Menschen dabei zum Zuge zu bringen. Wäre das geschehen, dann wäre die Krise nicht soweit gekommen, und wir wären über die Schwierigkeiten viel besser hinweggekommen, als es der Fall gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Es wird heute viel über die Höhe der Steuerlasten geklagt, aber trotzdem ist die Tatsache festzustellen, daß die Einnahmen der Staatskasse diesen Steuerlasten bei weitem nicht entsprechen. Jedenfalls sind diese Lasten so ungeheuer groß geworden, daß sie vom Volk auf die Dauer nicht getragen werden können. Diese hohe Steuerlast wirkt sich nicht nur wirtschaftlich sehr ungünstig aus, sondern weite Schichten der Bevölkerung können nicht einmal mehr das Existenzminimum erreichen. Angesichts des Lohnstopps, wie er heute besteht, sind sehr viele Leute überhaupt nicht mehr in der Lage, selbst

die geringen Zuteilungen an Lebensmitteln, die es heute auf Marken gibt, zu kaufen, so daß sie mit ihren Lebensmittelmarken gar nichts mehr anzufangen wissen.

Meine Damen und Herren! Wir haben, wie Sie gesehen haben, einen ausgeglichenen Haushalt; auf dem Papier wenigstens ist er ausgeglichen. Es stehen aber zwei sehr fragwürdige, zwei sehr böse Ziffern darin. Unser Herr Bürgermeister und unser Herr Finanzsenator haben bereits darauf hingewiesen. Diese beiden bösen Zahlen betreffen einmal die zonalen Einrichtungen und zum andern die Besatzungskosten. Ja, meine Damen und Herren, diese Zahlen sind das A und das O unseres gesamten Haushalts. Ich weiß nicht, ob es bei den Einnahmen gelingen wird, diese Position so zu halten. Um das zu erreichen, müssen wir, glaube ich, sehr sehr deutlich die Bedeutung Bremens für das übrige Deutschland herausstellen und den anderen begreiflich machen, daß sie auch ein Opfer auf sich nehmen müssen, damit die Aufgaben, die Bremen nicht für sich selbst, sondern für das ganze Reich zu erfüllen hat, nicht vernachlässigt werden. Wir hoffen, daß es unserm Herrn Finanzsenator und den Verwaltungsstellen, die damit zu tun haben, gelingen wird, im Reich das nötige Verständnis für diese Aufgaben und für die Opfer, die diese Aufgaben erfordern, zu wecken. Nicht nur in den Ländern der Westzone als der ersten Basis, auf der wir gegenwärtig verhandeln können, sondern auch in den übrigen Gebieten Deutschlands, damit die Lasten, die Bremen in der Erfüllung dieser Aufgabe auf sich zu nehmen hat, auf breitere Schultern gelegt werden können.

Müssen wir uns, meine Damen und Herren, auf der einen Seite bemühen, diese Einnahmen, wie sie unser Haushaltsplan ausweist, auch wirklich zu erhalten, so haben wir uns auf der andern Seite zu bemühen, die andere böse Ziffer, die die Besatzungskosten betrifft, möglichst gering zu halten. Auch darauf haben der Herr Bürgermeister und der Herr Finanzsenator bereits hingewiesen. Ich glaube, im Namen meiner Fraktion ganz besonders unterstreichen zu müssen, daß dieser Posten ganz wesentlich übersetzt ist, und daß wir eine Einschränkung dieser Ausgaben für durchaus möglich halten. Ich will nicht nur auf die übergroße Zahl der Angestellten und Beamten hinweisen, die im Dienst der Besatzungsmacht in Bremen tätig sind, sondern auch darauf, daß in der Tätigkeit einer ganzen Reihe amerikanischer Dienststellen in Bremen ein Bürokratismus sich entwickelt hat, der sich geradezu lähmend auf jegliche Entwicklung auswirkt. Wir haben in der Tat in amerikanischen Dienststellen einen Bürokratismus, der alles überbietet, was wir in dieser Hinsicht in Deutschland bisher kennengelernt haben. Meine Damen und Herren! Es ist doch so: Wenn heute soviel geklagt wird über die Überlaufenheit der Ämter und über die auf diesen Ämtern dabei zutage tretenden Mängel, so besteht in dieser Hinsicht doch ein großer Unterschied zu den amerikanischen Dienststellen. Bei den bremischen Amtsstellen sind die Leute, die dort lange Schlange stehen müssen, übermüdet und nervös, bei den amerikanischen Amtsstellen ist genau das Gegenteil der Fall, denn dort wissen die Beamten und Angestellten oft nicht, was sie mit der vielen Zeit anfangen sollen, so wenig ist dort zu tun. Und man muß sich wirklich wundern, daß so etwas bei den Amerikanern möglich ist. Wenn

ein solcher Bürokratismus, wie er bei den amerikanischen Stellen in Bremen festzustellen ist, drüben in Amerika selbst bestehen würde, ich glaube nicht, daß Amerika dann das fortschrittliche Land wäre, das die ganze Welt in Erstaunen und Überraschung versetzt hat. Jedenfalls ist die amerikanische Verwaltung in Deutschland das genaue Gegenteil von dem, was wir uns berechtigterweise von der amerikanischen Wirtschaft, von der Entwicklung der amerikanischen Technik und von der organisatorischen Leistung der Amerikaner vorstellen. Wollen wir also, daß im Staatshaushalt nach Möglichkeit Ersparnisse gemacht werden, und daß wir uns von den Folgeerscheinungen des Krieges sobald wie möglich freimachen, so müssen wir auch diese Frage einmal vor aller Öffentlichkeit behandeln; und wenn wir uns bemühen, der Überbürokratisierung in der deutschen Verwaltung entgegenzuwirken und hier mit gutem Beispiel voranzugehen, so darf unsere Kritik nicht dort haltmachen, wo es sich um Erscheinungen von Überbürokratisierung auf der andern Seite handelt.

Meine Damen und Herren! Nach den Worten unseres Herrn Finanzsenators haben sich die Ausgaben im Staatshaushalt nach seinen Einnahmen zu richten. Das ist selbstverständlich richtig. Aber ebenso richtig ist es, daß notwendige Ausgaben gemacht werden müssen, und dafür eben die entsprechenden Einnahmen zu schaffen sind. Wir haben in früheren Haushaltsberatungen uns immer wieder darüber unterhalten: Wie können diese Einnahmen für bestimmte Dinge zweckdienlich verwandt werden, oder gibt es dafür noch eine bessere Verwendung? Früher versuchten die bürgerlichen Parteien in Bremen in dem Bestreben, ihre Macht zu festigen, Gelder auszugeben für Dinge, die wir durchaus nicht für nötig halten. Und heute ist es doch wohl so, daß allgemein eingesehen wird, es wäre besser gewesen, wir hätten damals keinen einzigen Pfennig ausgegeben z. B. für die bremische Polizei. Was hat es damals in Bremen für Kämpfe gegeben um die sogenannte Sicherheit! Die Polizei mußte damals mit aller Macht ausgebaut werden; man mußte Kasernen bauen für die Sipo, und es wurden große Kämpfe darum geführt, ob die Sipo beritten sein sollte oder nicht und anderes. Das alles hat man immer wieder mit der Notwendigkeit der Sicherheit begründet. Aber in Wirklichkeit verfolgte man mit diesen Dingen nur den Zweck, einen künftigen Krieg vorzubereiten. Das waren die geheimen Hintergedanken dabei. Jedenfalls war es Tatsache, daß die Sipo zusammen mit der Reichswehr als Keimzelle einer künftigen Armee ausgebaut werden sollte. Das haben wir nie gewollt und niemals mitgemacht. Gewiß mußten und müssen wir eine Polizei haben, aber eine Ordnungspolizei, auf der sich kein neuer Militarismus aufbauen kann.

Wir erwarten, daß der Herr Finanzsenator den Haushalt der Polizei genau daraufhin prüft, daß keine Ausgaben erfolgen, die einem neuen Militarismus dienen. Um das zu erreichen, ist es aber auch notwendig, daß eine Schulung der Polizeibeamten im demokratischen Sinne erfolgt. Es muß ferner bei der Polizei eine Personalpolitik betrieben werden, die es verhindert, daß irgendein Nazi oder Militarist dort wieder Unterkunft findet. Die Polizei soll nicht als Beherrscherin, sondern als Beschützerin der bremischen Bevölkerung ausgebildet und entwickelt werden. Deshalb ist es auch notwendig, daß der Dualismus in

der bremischen Polizei beseitigt wird, und eine einheitliche Richtung in ihr Platz greift.

Meine Damen und Herren! Groß sind die Anforderungen, die an das Fürsorgewesen gestellt werden. Auch das ist ein Posten, der hier bereits erwähnt worden ist. Wir haben mit einem Notstand zu tun, wie wir ihn in früheren Zeiten niemals kennengelernt haben, der sich sowohl heute im Wirtschaftsleben und im sozialen Leben aufs schlimmste bemerkbar macht. Schon nach 1918 haben wir ja auch schon Schlimmes in dieser Beziehung erleben müssen, das war aber immerhin wenig im Vergleich zu heute. Dabei ist es so, daß wir nicht damit rechnen dürfen, daß die Fürsorgelasten, die wir aufzubringen haben, sich nur über einen kurzen Zeitraum erstrecken werden, sondern wir müssen darauf gefaßt sein, daß in einer langen Periode der Notstand erst allmählich schwinden wird. Aber wir müssen darüber hinaus damit rechnen, daß auch die Notwendigkeit der Linderung der Not unserer Wirtschaftslage große Opfer erfordert, die dem Staat zur Last fallen und uns deshalb große Sorgen machen werden.

Dabei ist auch zu berücksichtigen die ganze veränderte Struktur unserer Bevölkerung. Wie groß ist die Zahl der wirklich Arbeitsfähigen im Verhältnis zum übrigen Teil der Bevölkerung? Stellen wir uns doch einmal die große Zahl der Kriegsoffer vor, die wir in Deutschland und auch in Bremen haben, die große Zahl der Kriegerwitwen mit ihren Kindern, der Kriegerwaisen und der Kriegsversehrten, die in ihrer Erwerbsfähigkeit ganz oder zum Teil behindert sind, und die wir unterhalten müssen. Der Kreis derer, die wirklich produktiv schaffen können, ist sehr zusammengeschrumpft, und die Belastung der Allgemeinheit durch die Fürsorge für die andern ist riesengroß.

Wir beurteilen den ganzen Haushaltsplan von dem Gesichtspunkt aus: Besteht irgendeine Gewähr dafür, daß eine Entwicklung zum Besseren überhaupt möglich ist? Man kann in dem Chaos, in dem wir uns befinden, immer wieder herumrühren, ohne daran etwas zu ändern, wenn wir uns nicht einer Ordnung und Planung befleißigen. Eine solche Planung und Ordnung ist aber in unserm Haushalt enthalten. Ich möchte in dieser Beziehung die Zahlen selber gar nicht nennen, das wäre sinnlos. Aber daß die Ansätze in dieser Richtung in unserm Haushaltsplan zu erkennen sind, das ist gewiß, und insbesondere sind sie zu erkennen in unserm außerordentlichen Haushalt.

Die Wirtschaft ist ja genau so zusammengebrochen und zerstört wie unsere Wohnstätten, aus der Wirtschaft selbst kann ja auch nichts herauskommen. Wenn wir den Rest richtig werten könnten, mit einem realen Wert, dann würden wir erst finden, daß diese Zahlen so zusammenschrumpfen würden, daß wir mit ganz wenig und ganz kleinen Ziffern zu rechnen hätten. Tatsache ist doch, was übrig geblieben ist, ist die lebendige Arbeitskraft. An realen Werten ist wenig vorhanden, die sollen erst geschaffen werden. Und die ganze Planung, über die so viel kritisiert wird, die kann heute nur bezwecken, auf allen Gebieten die Arbeitskraft, das Material und alles andere, zweckmäßig zu organisieren, um für den Aufbau einzusetzen.

Im Außerordentlichen Haushalt sehen wir derartige Ansatzpunkte, und sie sind richtig eingesetzt dahingehend, daß der Lebensnerv unserer bremischen

Wirtschaft, die Häfen, in erster Linie berücksichtigt sind: Wir müssen viel mehr tun. Denn das, was jetzt geschieht, ist ja nur ein bescheidener Anfang, ein begrüßenswerter und schöner Anfang, den wir in Bremen getan haben. Wir wünschen, daß alle Anstrengungen gemacht werden, und wir wollen, daß der Ausbau in jeder Hinsicht sich nicht nur im Hafen, sondern auch an sonstigen Wirtschaftseinrichtungen sich vollzieht. Wir wünschen, daß etwas getan wird, um unseren Grund und Boden, soweit er landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzt werden kann, eine Position eingesetzt wird, die eine Verbesserung des Bodens für die Sicherung der bremischen Ernährung zum Ziele hat. Darüber hinaus sollten auf diesem Gebiet weit größere Projekte ausgearbeitet werden. Denn wenn ich das Blockland sehe, das bloß als Weide genutzt wird, so glaube ich, das wäre ein Gebiet, wo viel mehr geleistet werden könnte.

Ich will meine Redezeit nicht überschreiten. Aber ich möchte zum Ausdruck bringen: Dieser Haushalt, der von allen Parteien in der Finanzdeputation angenommen worden ist, wird in der Bevölkerung das nötige Verständnis finden. Es wird sich ja auch bald zeigen, daß wir zum Besseren kommen werden, weil wir den Willen dazu haben, die Verhältnisse zu meistern und über den Engpaß unserer Gegenwart hinwegzukommen.

Herr Degenhardt (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Entwürfe der beiden Haushaltspläne, die heute Gegenstand unserer Beratung und Beschlussfassung sind, hat Herr Finanzsenator Nolting-Hauff mit Recht als Zielpläne bezeichnet. Sie können ja auch nicht mehr sein als Zielpläne, und wir alle müssen sämtliche Kräfte einsetzen, um diesen Zielen möglichst nahe zu kommen. Wir leben ja schon seit Jahren in ganz anormalen Verhältnissen, und alles, was nun gedruckt vor uns liegt, müssen wir mehr oder weniger als geschickt aufgestellt und sorgfältig geprüft ansehen, irgendwelche Vergleichsmöglichkeiten haben wir nicht, und irgendwelche Vergleichszahlen aus früheren Zeiten liegen nicht vor. Wir müssen dem Herrn Finanzsenator und seinen Getreuen, aber ebenso dem Unterausschuß, der sich immer bemüht hat, brauchbare Zahlen aus den mangelhaften Unterlagen herauszuholen, Dank zollen. Wir können wohl anerkennen, daß alle Beteiligten, insbesondere der Unterausschuß sich bemüht haben, etwas Rechtschaffenes und Ordentliches zu berichten. Wir müssen darauf bestehen, um so schnell wie möglich aus der schlimmen Lage, in der wir uns heute befinden, herauszukommen, den Haushaltsplan 1947 mit seinen sämtlichen Kapiteln und Einzelheiten möglichst bald gedruckt vorgelegt zu bekommen. Infolgedessen müssen wir den Wortlaut des Berichtes und auch den Ausführungen des Herrn Balcke widersprechen, und ich darf sagen, daß in der letzten interfraktionellen Besprechung ausdrücklich unter Zustimmung sämtlicher Fraktionsführer beschlossen worden ist, diese Drucklegung des Haushaltsplanes schnellstens nachzuholen.

Meine Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat durchaus recht, daß es angesichts der Unsicherheit dieser Zahlen kaum Zweck hat, auf irgendwelche Einzelheiten einzugehen. Ich habe mir deswegen vorgenommen, mich nur auf eins zu beschränken, nämlich auf das Gesundheitswesen, das auch Herr Senator Nolting-Hauff schon herausgestellt hat. Da sind wir

von Herzen froh darüber, daß auch im Gesundheitswesen insbesondere in der Verwaltung der Städtischen Krankenanstalten mit der bisherigen kameralistischen Buchführung endgültig gebrochen worden ist und auch dort eine ordnungsmäßige kaufmännische Buchführung jetzt durchgeführt wird, so daß neben dem Haushaltsplan auch eine Endrechnung, eine Ergebnisrechnung vorgelegt werden und nachgeprüft werden kann.

Meine Damen und Herren, wir sind weit entfernt davon, aus dem Unternehmen Städtische Krankenanstalten irgend etwas ähnliches wie eine Erwerbsquelle zu machen. Sie alle werden aber mit mir darin einig sein, daß im Vergleich die privaten Krankenanstalten, die wir in Bremen haben, gut geleitet, beste Leistungen vollbracht und ohne Zuschüsse aus der öffentlichen Hand auskommen. Und das werden wir hoffentlich auch in Zukunft bei den Städtischen Krankenanstalten erleben.

Die Vorschläge, meine Damen und Herren, die der Unterausschuß gemacht hat in bezug auf die Möglichkeit, die Städtischen Werke wieder zu verstaatlichen und vielleicht auch die Straßenbahn in Regie der Stadt zu nehmen, sind so schwierig, daß wir uns heute damit nicht beschäftigen können. Das bedarf ganz gründlicher Prüfung; das sind Dinge, die wir getrost der neuen Bürgerschaft überlassen können und müssen.

Wenn mein Herr Vorredner meiner Ansicht nach mit Recht darauf hingewiesen hat, daß uns aus dem Zusammenbruch vor allem die Arbeitskraft übriggeblieben ist, so stimmen wir darin ihm vollkommen zu. Mit der Arbeitskraft allein aber ist es nicht getan. Es muß dazu der Arbeitswille und die Arbeitsfreudigkeit kommen. Und damit, meine Damen und Herren, möchte ich auf den Vorschlag weiter eingehen, der immer wieder gemacht wird. Es muß an den Verwaltungskosten gespart werden, das heißt, es müssen die Bezüge der Beamten und Angestellten des Staates erheblich nachgeprüft werden mit dem Ziel, gekürzt zu werden. Meine Damen und Herren, dabei darf jedoch folgendes nicht übersehen werden: die Beamten und Angestellten sind im Verhältnis zum Staat, zum Volksganzen Arbeitnehmer, der Staat ist Arbeitgeber. Und wenn erst ein Unternehmer, ein Arbeitgeber anfangen muß, bei den Gehältern und Löhnen Einsparungen zu machen, dann steht es um seinen Betrieb sehr schlimm. Wir können deshalb nicht so ganz allgemein sagen, da müssen wir Einsparungen machen. Gewiß muß jede einzelne Position auf ihre Notwendigkeit nachgeprüft werden. Das gilt aber vor allem hinsichtlich des Aufgabenkreises, nicht in bezug auf diejenigen, die nun die Arbeit ausführen sollen, auf deren Arbeitsfreudigkeit wir angewiesen sind, damit wirklich jeder Beamte und jeder Angestellte sich als Beauftragter des Staates — des Volkes — ansieht, sondern wir müssen prüfen, ob die einzelnen Aufgaben für das Volksganze erforderlich sind. Wir warnen, meine Damen und Herren, in dieser Beziehung gar zu große Hoffnungen zu machen, stimmen allerdings Herrn Senator Nolting-Hauff darin bei, der so, ich möchte fast sagen, mit brutaler Deutlichkeit herausgestellt hat, daß wir Gefahr laufen, ich glaube, ich wiederhole seine Worte wörtlich, unter die „Diktatur der leeren Kasse“ zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Belastung des Volkes, nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der

Beamten und Angestellten ist fast unerträglich. Wenn wir die Lohntüten der Arbeitnehmer, der Handarbeiter oder die Gehaltsbögen der Beamten und Angestellten ansehen, dann können wir ihnen nachfühlen, daß sie mit Ingrimme feststellen: Hallo, mir ist von den Bezügen ein so wesentlicher Teil, etwa dreißig Prozent, einbehalten worden.

Das sind Dinge, die eine Steigerung der Arbeit nicht erbringen werden.

Meine Damen und Herren! Angesichts der Zahlen, die uns heute hier bekannt geworden sind — wonach die ganzen Regierungs- und Verwaltungsaufgaben des bremischen Staates mit 17 000 Arbeitskräften bewältigt werden, während bei der Besatzungsmacht 20 000 Arbeitskräfte tätig sind —, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß im großen und ganzen Pflichterfüllung bei den bremischen Staatsangestellten und -beamten obenan steht und treue und fleißige Arbeit geleistet wird. Das anzuerkennen, halten wir bei der Aussprache über die uns vorliegenden Haushaltsentwürfe für unsere Pflicht.

Ich wiederhole im übrigen: Von einer gründlichen Prüfung der einzelnen Zahlen der Haushaltspläne kann gar keine Rede sein. Und wir halten es für nötig, daß künftig eine Durchberatung der einzelnen Haushaltspläne in den verschiedenen Deputationen für deren verschiedene Verwaltungsaufgaben erfolgt. Wir halten es auch für nötig, daß die Haushaltspläne für 1947 uns gedruckt vorgelegt werden, sobald das nur irgend möglich gemacht werden kann, und daß weiter die Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1948 schon zu Beginn des Rechnungsjahres 1948 beraten werden können. Im Zusammenhang damit möchte ich darauf hinweisen, daß in früheren Jahren — Herr Kollege Böhm hat das ja auch schon erwähnt, und ich weiß das aus eigener Erfahrung, denn ich bin schon 1919/1920 bei den Haushaltsberatungen beteiligt gewesen — fast immer schon in den Junitagen drei Tage lang in der Bürgerschaft über die Haushaltspläne beraten worden ist. Und das geschah mit einer Gründlichkeit, wie wir sie auch heute für absolut nötig halten.

Wir erkennen im übrigen an, meine Damen und Herren, daß die allgemeine Notlage auf allen Gebieten in Wirtschaft und Verwaltung uns zu außergewöhnlichen Maßnahmen zwingt. Deswegen auch hat sich die Fraktion der CDU, trotz ernster Bedenken entschlossen, nicht eine Vertagung der Verhandlung zu beantragen, sondern die vorliegenden Entwürfe der beiden Haushaltspläne zu genehmigen. (Beifall.)

Herr Dr. Lueken (BDV.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute eine Reihe außerordentlich belangreicher Reden über unsern Haushaltsplan und über die allgemeine Lage unserer Verhältnisse gehört. Wir haben anfangs von Herrn Bürgermeister Kaisen eine sehr ausgiebige Darlegung in der Art eines Rechenschaftsberichts und eines Situationsberichts bekommen. Herr Bürgermeister Kaisen hat zunächst sympathische Worte gefunden für die Zusammenarbeit mit der Militärregierung, und er hat weiter auch gehaltreiche Ausführungen über die gesamte politische Lage und auch über die außenpolitische Lage, in der wir uns befinden, gemacht. Er hat weiter gesprochen über die im Haushaltsplan verzeichneten hohen Besatzungskosten. Und er hat auch gesprochen über die Frage der Reparationen, die ja — wenn ich es richtig verstanden habe — Herr Senator

Harmßen mit bearbeitet, und zwar nicht nach rein örtlichen Interessen und rein örtlichen Gesichtspunkten, sondern auch im Zusammenhang mit den gesamtdeutschen Interessen. Ich möchte dazu bemerken, daß die Darstellung von Herrn Bürgermeister Kaisen doch außerordentlich erfreulich war und sachlich wirkte, so daß auch ich der Hoffnung Ausdruck geben möchte, daß die von ihm angeregten Bestrebungen auf Senkung der Besatzungskosten nicht ohne Erfolg bleiben möchten. Denn wie bereits in der Vergangenheit an manchen Stellen eine sachliche Darlegung deutscher Interessen und Belange bei der Militärregierung ein offenes Ohr gefunden hat, so muß nach meiner Überzeugung gerade in diesem wichtigsten Punkt gleichfalls eine positive Wirkung erreichbar sein. Denn ein Blick in unsern Haushalt zeigt, wie völlig überragend gegenüber allen andern Ziffern des Haushalts die Ausgaben für die Besatzungsmacht sind. Ich darf daran erinnern, daß kürzlich durch die Zeitungen eine Nachricht ging, wonach Amerika die in Österreich erwachsenen Besatzungskosten seinerseits übernommen hat, und man darf wohl hoffen, daß jedenfalls nach den Verhandlungen in London eine ganz wesentliche Entlastung in deutschen Landen eintreten wird.

Herr Bürgermeister Kaisen sprach auch von der Dringlichkeit der Einrichtung einer Einheitsverwaltung in Deutschland und gab ein sehr eindrucksvolles Bild von den Unzulänglichkeiten, die die heutige Regierungs- und Verwaltungsform in Deutschland herbeigeführt hat. Es ist ja nicht zu leugnen, daß jedesmal, wenn man von zonalen und bizonalen Verhandlungen und von den ewigen Fahrten und Reisen hört, einem das Gefühl der Unzulänglichkeit unserer Verhältnisse wieder zum Bewußtsein kommt. Soweit die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Kaisen zu den allgemeinen Fragen unserer Beziehungen zum Ausland und den Verhandlungen, die über die Einheit und die Organisation Deutschlands geführt werden.

Herr Bürgermeister Kaisen machte dann aber auch Ausführungen über die innere Politik Deutschlands und sprach dabei von den erfolgreichen Arbeiten im letzten Jahr auf dem Gebiet des Verfassungsentwurfs, also der Arbeit der Verfassungsdeputation. Er sprach dann auch von unserm Senat, der nach seinen Intentionen sämtliche Parteien der Bürgerschaft in sich repräsentieren sollte im Gegensatz zu den Parteienministerien, die sich an andern Stellen in Deutschland eingebürgert haben. Denn es ist ja heute so, daß in Bayern und in Schleswig-Holstein eine Partei allein regiert. Und die Auffassung von Herrn Bürgermeister Kaisen ist, wenn ich ihn recht verstanden habe, daß das für die Stadt Bremen und ihre Verhältnisse nicht die richtige Lösung ist, sondern daß es erwünscht ist, eine Zusammenarbeit aller zu erzielen. Ich für meine Person möchte diese Auffassung durchaus für richtig und zweckmäßig erachten. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß es erforderlich ist, daß in der künftigen Regierung des Landes Bremen auch und vornehmlich diejenigen Gruppen vertreten sind, die das Spezifikum von Bremen darstellen, d. h. Handel, vor allem Großhandel, Schifffahrt und alles, was mit Handel und Verkehr zusammenhängt. Ich glaube, daß dann alle Teile am besten ihre Interessen gewahrt finden.

Herr Bürgermeister Kaisen sprach dann auch von der Zukunft der Häfen und der Schifffahrt in Bremen und in diesem Zusammenhang auch vom Wiederaufbau

unserer Werft in Ausführungen, die uns alle durchaus bewegt haben, insbesondere auch diejenigen, die seinerzeit die Besichtigung der Werft mitgemacht haben. Wenn er aber dabei zum Ausdruck gebracht hat, daß die künftige Werft wohl in gemeinwirtschaftlicher Form wieder aufgerichtet werden müsse, so ist das ja nun ein Punkt, über den die Meinungen auseinandergehen. Wenn es praktisch möglich wäre, die Werft als gemeinwirtschaftliches Unternehmen aufzubauen, so spräche gewiß manches dafür. Aber ich glaube, daß der praktische Weg dorthin kaum zu finden sein wird, wo es sich um so schwierige Dinge handelt wie den Neuaufbau eines solch großen Unternehmens. Da muß doch auf die Konkurrenzmöglichkeit der Werft besondere Rücksicht genommen werden, denn eine solche Werft darf mit ihren Offerten auf dem Weltmarkt nicht teurer sein als andere Werften, sie muß in der Kalkulation und in der strengen Berechnung der Preise auf der Höhe sein. (Herr Schramm: Bisher haben sich gemeinnützige Organisationen immer als billiger erwiesen!) Ich kenne z. B. die Verhältnisse bei der Deutschen Werft in Kiel und bei der alten Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven aus eigener Anschauung sehr genau, die beide mit sehr wertvollem Material nicht nur an Geräten, sondern auch mit sehr wertvollem Menschenmaterial aller Gattungen ausgestattet waren, aber ganz zweifellos gegenüber dem Weltschiffbau nur unter größten Mühen konkurrenzfähig waren. (Herr Meyer II: Das waren doch Kriegsmarinebetriebe!) Ganz richtig, soweit es die Werft in Wilhelmshaven betrifft, die war reine Kriegsmarinewerft; dagegen war die Werft in Kiel keine Kriegsmarinewerft, sondern ein Staatsunternehmen, dessen Umstellung ein schwieriges wirtschaftliches Experiment gewesen ist. Es werden also die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Kaisen hinsichtlich dieses Gegenstandes wohl ein frommer Wunsch bleiben.

Im übrigen möchte ich Herrn Bürgermeister Kaisen aber beipflichten in seinen Darlegungen über die Bedingungen insbesondere unserer Ernährungswirtschaft. Andererseits glaube ich doch, daß in der Ernährungswirtschaft nicht nur die reine Verteilertätigkeit am Platze wäre, sondern daß hier eine Aktivität entfaltet werden müßte in der Richtung, daß das, was hereingebracht werden kann, in größerem Maße hereingebracht wird, als es bisher geschehen ist. Auch die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Kaisen über die Bauwirtschaft waren interessant, insbesondere insofern, als er in Aussicht gestellt hat, gegen Ende des Jahres Pläne mit allen Einzelheiten über die künftige Bebauung der Öffentlichkeit übergeben zu können, nachdem sie von der Militärregierung genehmigt sein werden. Es ist nicht zu leugnen, daß ein derartiger Beschluß weiten Kreisen Gelegenheit geben wird, zu übersehen, wohin die Reise geht, und was der einzelne zu unternehmen in der Lage ist. Es sind heute ja noch unzählige Hemmungen vorhanden für jeden, der gern bauen möchte und mit bestem Willen an der weiteren Entwicklung der Bauwirtschaft mitwirken möchte. Ich möchte es daher als besonders erfreulich bezeichnen, daß Herr Bürgermeister Kaisen in Aussicht gestellt hat, daß es bis Ende des Jahres so weit sein wird. Auch seine Ausführungen gegen die Spekulation, die Bodenspekulation, finden durchaus unseren Beifall. Die ganze Rede von Herrn Bürgermeister Kaisen war in der Klangform und in der ganzen Darstellungsweise uns in jeder Hinsicht sympathisch. Allerdings

müssen wir betonen, es wäre uns lieber gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, größere positive Resultate im letzten Jahre zu erreichen, als das praktisch möglich war.

Wenn ich mich ferner mit den Ausführungen von Herrn Senator Nolting-Hauff befasse, so möchte ich zunächst Bezug nehmen auf seine Ausführungen zur Verwaltungsreform. Er führte dazu aus, daß es nötig sein werde, wesentliche Teile des öffentlichen Lebens der Privativinitiative wieder zuzuführen. Ich glaube, daß das allerdings sehr erwünscht ist, befürchte aber, daß es nicht sehr weit führen wird und daß die Entlastung, die er dabei findet, doch nur bescheiden sein wird. Man muß sich dabei auch die Gefahren vor Augen führen, die dabei entstehen können. Früher waren gewisse Teile der Wohlfahrtspflege in Privathand. Die Zurückführung dieser Teile aus der öffentlichen Verwaltung in die Privathand wird außerordentlich schwierig sein und entspricht kaum dem heutigen Stand unserer gesamten Sozialpolitik. Ich wüßte nicht, wie man sonst auf diesem Weg viel helfen kann. Die Verwaltungsreform wird in erster Linie wahre Selbstverwaltung, das ist echte Demokratie, bringen müssen.

Herr Senator Nolting-Hauff sprach dann von der Währungsreform, insbesondere von der Auswirkung der Währungsreform auf den kommenden Haushalt. Er führte dazu aus, es sei zweifellos, daß die Besitz- und Verkehrssteuern im kommenden Haushalt nach der Währungsreform im wesentlichen reduziert, daß die Wohlfahrtsausgaben steigen und daß außerdem Steuersenkungen erfolgen würden. Er wendet sich gegen die Betrachtungsweise, die lediglich die Menge des Geldes als solches zum Gegenstand einer Reform machen will und vertritt die Auffassung, daß die Sanierung des gesamten Haushalts und der Lastenausgleich gleichzeitig erledigt werden muß.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß diese tief-schürfenden Erwägungen über Währungsreform einen so breiten Raum einnehmen seit eineinhalb bis zwei Jahren, ohne daß dabei etwas herausgekommen ist. Man hat vielmehr lediglich die Pferde scheu gemacht und dem Ansehen der heute bestehenden deutschen Währung nicht genützt, sondern geschadet. Das ist tief bedauerlich. Ich meine, es wäre richtiger, möglichst wenig von diesen Dingen zu reden und stattdessen dafür etwas Praktisches zu tun, erstens die Menge des Geldumlaufes zu kürzen, zweitens die Notenpresse zum Stillstand zu bringen — das ist inzwischen ja auch geschehen —, drittens einen Lastenausgleich herbeizuführen, viertens den Warenhortungen entgegenzutreten durch eine entsprechende Preispolitik. Jedenfalls ist es durchaus zu beklagen, daß auf diesem Gebiet keinerlei praktische Taten zu sehen sind, sondern immer nur Erörterungen, Vorschläge — so viel ich unterrichtet bin, sind ja bereits über 1700 derartige Vorschläge an die Amerikaner herangetragen worden. Und wann aus all dem was werden soll, ist nicht abzusehen. Ich möchte meinen, daß man zunächst so tun sollte, als wenn wir auf diese Währungsreform im nächsten Jahr noch nicht zu rechnen hätten.

Meine Damen und Herren, Herr Böhm hat im Zusammenhang mit den Ausführungen von Herrn Senator Nolting-Hauff opponiert gegen die Forderung, zu sparen, sparen, sparen, und was er dazu sagte, war durchaus zutreffend, indem er das Jahr 1930 heranzog, wo durch scharfe Sparmaßnahmen das Gegenteil

von dem erreicht wurde, was man praktisch wollte. Aber ich glaube, das war auch nicht der Sinn der Ausführungen von Herrn Senator Nolting-Hauff, sondern vielmehr: Spare da, wo es möglich ist im Rahmen des Haushaltsplanes. Ich glaube, dieser Forderung kann sich kein Vernünftigenkender entgegenstellen, und es ist ganz gewiß so, daß sich in diesem Haushaltsplan noch eine Menge Positionen finden, in denen ein Sparen praktisch möglich ist. Ich hatte den Vorzug, dem Unterausschuß anzugehören, und hatte infolgedessen einen tieferen Einblick auch in Einzelheiten des Haushaltsplanes gewinnen können. Es ist tatsächlich in einer ganzen Reihe von Posten wohl eine Senkung der Ausgaben nicht ausgeschlossen und beim nächsten-jährigen Haushaltsplan wird auch sicher die Finanzdeputation dahingehende Beschränkungen vornehmen. Aber es fragt sich natürlich, wie stark ist die Auswirkung. Wir haben deswegen davon Abstand genommen, weitere Streichungen vorzunehmen, weil wir doch den provisorischen Charakter der gegenwärtigen Zeit nicht verkannten und außerdem die drängende Geschäftslage der Finanzverwaltung mit zu berücksichtigen uns für verpflichtet hielten.

Ich hatte noch die Absicht, auf eine Reihe anderer Fragen einzugehen. Ich bemerke aber, daß ich mit meiner Zeit bereits am Ende bin. Ich hatte noch die Absicht, Ausführungen zu machen über die Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Bremen, die sogenannte Bilanz zu ziehen, die gewiß Interesse finden würde. Und ich hatte noch die Absicht, mich mit den Steuern zu befassen, da ja im Grunde genommen jeden einzelnen interessiert, wie hoch seine Steuern sind und ob hier irgendwelche Grenzen gezogen sind. Ich möchte diese Darlegungen aber fallen lassen mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit und werde das vielleicht später nachholen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Stadtwerke im Städtischen Haushaltsplan keinerlei Überschüsse abwerfen, wie das sonst in allen Haushaltsplänen der Fall ist, sondern lediglich die Konzessionsgebühren in ihm enthalten sind. Ich möchte darauf hinweisen, daß ja der Bericht des Unterausschusses empfiehlt, die Stadtwerke aus der Aktiengesellschaft in die frühere Form wieder zurückzuführen. Es sind dabei nicht nur Gründe finanzieller Art maßgebend gewesen, sondern auch viele andere Gesichtspunkte, die ins Gewicht fielen, insbesondere aber auch die Überzeugung, daß die Stadtwerke, also Gas, Wasser und Elektrizität durchaus in die städtische Hand gehören, weil sie in den Existenzkampf der ganzen Bevölkerung hineinspielen. Schließlich möchte ich noch auf eins hinweisen: Der Haushaltsplan enthält nichts über die Entnazifizierungsbehörde. Dieser ganze Komplex ist unter den Tisch gefallen, und zwar wohl deswegen, weil damals die Dinge noch nicht reif waren. (Herr Hollmann (FDP.): Sie hören doch sonst nicht gerne von diesem Thema.) Im Augenblick wird sehr viel darüber gesprochen. Ausgerechnet von Herrn Hollmann kommt dieser Zwischenruf, der ja heute an erster Stelle in der Entnazifizierung steht.

Hier fehlt der Ausgaben-Etat für rund 400 Angestellte dieses Amtes, es fehlt auch die Erklärung, woher denn nun die Einnahmen kommen zur Deckung dieser Beträge, insbesondere auch über die Konfiskationen, die aus der Entnazifizierung erwachsen werden, welche Verwendung sie sonst finden. Hier bedarf es also noch einer gewissen Ergänzung. Im ganzen aber sind wir ja in der Unterkommission und auch in

der Finanzdeputation für die Annahme des Haushaltsplanes eingetreten und empfehlen, hier entsprechend zu beschließen. Insbesondere sind wir auch eingetreten für die Erhebung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer in dem als Anlage zum Haushaltsgesetz vorgesehenen Betrag, aber ich möchte dazu bemerken: nicht unbedingt, denn wir wollten Senkung der Steuer. Es wird dieser Gegenstand ja im übrigen noch erörtert werden bei der Einzelabstimmung, indem wir einen Antrag dazu einbringen.

Wir haben in der Vorbesprechung vereinbart, heute eine Pause einzulegen, um in der Finanzdeputation nochmals zu beraten und dazu Herrn Senator Nolting-Hauff zu bitten, seinerseits Bedenken, die er gegen diesen Antrag hat, auch dort noch einmal vorzubringen. Das ist das, was ich meinerseits hier zum Haushaltsplan ausführen wollte.

Herr Grabau (FDP.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Herr Bürgermeister Kaisen heute morgen gesagt hat, daß der Senat den Entschluß gefaßt hat, noch der jetzigen Bürgerschaft die Haushaltspläne vorzulegen, so erklärt meine Fraktion, daß das durchaus nicht eines Entschlusses bedarf, sondern daß es die Verpflichtung des Senats war, der Bürgerschaft die Möglichkeit zu geben, die Haushaltspläne zu prüfen und zu verabschieden.

Meine Partei hat große Bedenken, die Genehmigung der uns vorliegenden Haushaltspläne zu erteilen, da es sich in Wirklichkeit nicht um solche handelt, sondern lediglich um erstattete Berichte. Es werden uns hierin Zahlen vorgelegt, die keineswegs nachkontrollierbar sind oder aus dem Etat des Vorjahres verglichen werden können. Wir können uns deshalb nicht damit einverstanden erklären, daß die Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1947 nicht noch nachträglich in der vollen ordnungsmäßigen Form vorgelegt werden können. Die Vorlage ist erforderlich für die ordnungsmäßige Bearbeitung der Haushaltspläne 1948.

Meine Partei bedauert außerordentlich, daß sie an den Beratungen dieses Haushaltsplanes nicht hat teilnehmen können, weil die BDV. veranlaßte, daß wir aus den Deputationen entfernt und in einzelnen Deputationen nur beratend hinzugezogen wurden, während wir in der Finanzdeputation dadurch überhaupt nicht, auch nicht beratend, vertreten waren. Wir können deshalb auch nicht für diese Haushaltspläne verantwortlich gemacht werden.

Bei der Aufstellung der Haushaltspläne hat man, wie es im Bericht heißt, den Hauptwert auf allgemeine Informationen gelegt, ob diese Informationen nun berechtigt oder unberechtigt sind, kann man mangels vorliegender früherer Haushaltspläne nicht nachprüfen.

Wenn meine Partei auch die Einsparung freigewordener Beamtenstellen und die Beförderung von Beamten nur in Ausnahmefällen begrüßt, so müssen wir uns doch auf den Standpunkt stellen, daß wir endlich danach streben müssen, ein fachlich gebildetes beruflich sauberes Berufsbeamtentum wiederzubekommen, das nach Qualität besoldet und angestellt wird. Es muß endlich einmal Schluß gemacht werden mit den Parteibuchbeamten. Man scheint nach außen hin gar nicht zu wissen, daß wir bei den Behörden heute nur 21 Prozent Beamte und 79 Prozent Behördenangestellte haben, und es ist doch offenbar Tatsache, daß die meisten Beschwerden überwiegend über

Angestellte, die nach 1945 eingestellt sind, kommen, weil sie eben zum großen Teil auf Grund des Parteibuches eingestellt wurden und weniger qualifiziert waren. Bedauerlich ist, daß Lehrern, die Pg. und nicht entnazifiziert waren, das Gehalt weitergezahlt worden sein soll ohne Arbeitsleistung.

Unverständlich ist meiner Partei, daß im Rechnungsjahr 1947 die Stadt Bremen an Reisekosten 316 000 RM, und das Land, nachdem es erst kurze Zeit besteht, 100 000 RM Reisekosten, daß aber Stadt und Land im Rechnungsjahr 1947 für die Benutzung von Kraftfahrzeugen weitere 572 000 RM verbraucht haben. Das bedeutet, daß, nachdem das Land Bremen kaum $\frac{1}{4}$ Jahr besteht, für das Rechnungsjahr 1947 fast 1 Million an Reisekosten und Benutzung von Kraftfahrzeugen für Staat und Stadt aufgewandt wurden. Meine Partei hat in mehreren Anträgen und in verschiedenen Sitzungen der Bürgerschaft auf das Übel des übermäßigen Bürokratismus, der Formularwirtschaft und der übermäßigen Benutzung der Kraftfahrzeuge bei den Behörden hingewiesen und müssen zu unserer Genugtuung, aber zum Schaden der Steuerzahler, feststellen, daß wir Recht behalten haben.

Wir haben mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß für die Beseitigung von Kriegsschäden, soweit diese in der privaten Wirtschaft entstanden sind, keinerlei Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt wurden und daß die rund 26 Millionen veranschlagten Kosten wegen der Kriegsschädenregulierung noch ungelöst ist.

Wenn ich mich recht entsinne, ist Bremen aus dem Zonenhaushalt ein ansehnlicher Betrag von einigen Millionen für die Beseitigung von Kriegsschäden zugewiesen worden. Über die Verwendung dieser Summe ist uns bis heute aber nichts bekanntgeworden. Es wäre deshalb interessant, einmal von der Finanzdeputation oder vom Herrn Finanzsenator zu erfahren, ob diese Mittel tatsächlich vorhanden sind, und welche Pläne man damit hat, und ob man im Zusammenhang damit in Bremen ähnlich wie in anderen Ländern eine öffentliche Finanzierung kriegsbeschädigter Grundstücke durchführen will.

Außerordentlich bedauern wir die hohen Besatzungskosten mit 168 Millionen RM im Jahre 1947. Ob diese Besatzungskosten in dieser Höhe wirklich erforderlich waren, mag dahingestellt bleiben, wir stellen aber mit Bedauern fest, daß sie unser Land Bremen zu tragen hat in dieser schweren Notzeit. Man soll uns kontrollieren, aber auch arbeiten lassen. Ob die Kontrolle aber mit einem derartigen Aufgebot von Verwaltungs- und Besatzungstruppen notwendig ist, möchten wir bezweifeln. Wir müssen aber auch in Anbetracht dessen, daß die süddeutschen Länder durch unsere Häfen mit versorgt werden, darauf dringen, daß diese Länder zu diesen Besatzungskosten beizutragen haben und einen Ausgleich zu den Besatzungs- und Hafenkosten tragen müssen.

Wir begrüßen deshalb den Vorschlag des Herrn Bürgermeisters auf Einstellung eines Sparkommissars.

Wenn der Unterausschuß vorschlägt, die Stadtwerke Bremen A.G. aufzulösen und diese Werke wieder als Städtische Betriebe zu führen, so wird meine Partei diesem Vorschlage zustimmen, da es sich um einen Betrieb handelt, der dem Gemeinwohl dient und zu dienen hat.

Die Frage, ob man die Bremer Straßenbahn zweckmäßig schon jetzt als Regiebetrieb übernimmt, bean-

tragen wir, zurückzustellen, bis uns zahlenmäßig nachgewiesen ist, ob der Betrieb früher als städtischer Regiebetrieb billiger gearbeitet hat als jetzt als freier Betrieb. Wir haben die Auffassung, daß das letztere der Fall gewesen ist, und daß es sich nicht lohnt, neue Versuchsexperimente anzustellen.

Zu dem Haushaltsetat müssen wir bemängeln, daß uns die Posten Kapitel 2 Justizverwaltung mit rund 5 Millionen RM zu hoch erscheinen, insbesondere die Ausgaben der Strafvollzugsanstalten mit 2 161 000 RM. Die Strafgefangenen werden zu Arbeiten herangezogen, obwohl damit die freie Wirtschaft geschädigt wird, und wir sind erstaunt, daß Einnahmen aus diesen Arbeiten nur 936 000 RM einbringen, oder sind dort soviel Direktoren, die auf Jagd gehen, angestellt? Kapitel 4 Arbeitsverwaltung weist die gewaltige Summe von 16 Millionen RM auf, ebenso Kapitel 6 Landesfinanzverwaltung mit fast 6 Millionen RM, während die allgemeine Landesfinanzverwaltung mit rd. 120 Millionen in Ausgabe steht.

Zu dem Haushaltsplan der Stadt Bremen haben wir große Bedenken zu dem Titel 1 allgemeine Verwaltung, der in Ausgabe 6 124 000 RM vorsieht. Erschreckend ist Kapitel 2 Polizei, und es ist uns nicht recht erklärlich, wie ca. 4 Millionen RM mehr erforderlich sind als der Anschlag in Einnahme hat. Die Kosten der Polizei mit 10 240 000 RM sind auf die Dauer untragbar, zumal wenn man die Ansicht der Bevölkerung über unsere heutige Polizei kennt.

In dem außerordentlichen Haushalt sind die Aufräumungsarbeiten in Ausgabe mit 6 500 000 RM aufgeführt, und es wäre interessant, einmal zu erfahren, wie hoch die Einnahmen aus der Entrümmerung waren. Wir möchten wissen, wieviel aus verkauften Steinen und sonstigen Werten der Entrümmerung hereingekommen sind, da auch hier böse Zungen in der Bevölkerung uns anders berichteten.

Wenn wir nun zu den Steuersätzen, den sogenannten Hebesätzen, für die Gemeindesteuern zurückkommen, so erscheint es uns mit Rücksicht auf den Etat nicht angebracht, daß die weitere Erhebung von 250 v. H. für die Grundstücke allgemein erhoben wird. Die Erhöhung dieser Grundsteuer von 150 v. H. auf 250 v. H. des Steuermeßbetrages ab 1. April 1945 bedeutete eine Erhöhung von $\frac{2}{3}$ des bisherigen Betrages und stellt ein unbestreitbares, außergewöhnliches Anziehen der Steuerschraube dar. Wenn auch diese Erhöhung auf den Mieter abgewälzt wurde, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß auch diese Abwälzung sehr bestritten, ja, unberechtigt und ungesetzmäßig ist, und wir wünschen deshalb die Beseitigung einer ungerechten und ungesetzlichen Besteuerung, die durch Kriegsmaßnahmen festgesetzt wurde. Wir beantragen deshalb:

Die Bürgerschaft wolle beschließen, daß die Grundsteuern für die Grundstücke ab 1. Oktober 1947 mit einem Hebesatz von 150 v. H. statt wie im Haushaltsplan 250 v. H. festgestellt werden.

Die Ursache für diese Einschränkung ist im wesentlichen in der besonderen Struktur des bremischen Haus- und Grundbesitzes zu finden. Die Tatsache, daß alle Schichten der Bremer Bevölkerung, also auch Arbeiter, Angestellte, Beamte von dieser Grundsteuer betroffen werden, verlangt mit Rücksicht auf den Überschuß im Haushaltsplan eine Herabsetzung. In Wirklichkeit ist doch der Hausbesitzer für die 100prozentige Erhöhung der Steuererheber für die Stadt.

Erfahrungsgemäß muß aber der Hausbesitzer endlich darangehen, an die notwendigen Reparaturen seines Grundstücks zu denken, wenn es nicht dem Verfall preisgegeben werden soll.

Bezüglich der Ruinengrundstücke stehen wir auf dem Standpunkt, daß hier eine andere Regelung erfolgen muß. Ruinengrundstücke sollten ohne Fortschreibung nach ihrem tatsächlichen Grundwert nur zu einer Grundsteuer herangezogen oder aber ganz freigestellt werden. Es ist leider so, wer von den Geschädigten keine Fortschreibung beim Vermessungsamt beantragt hat, hat kein Recht, die Grundsteuern nur von dem tatsächlichen Grund und Boden zu zahlen. Er kann wohl die Stundung beantragen, doch damit ist ihm nicht geholfen, sein Grundstück bringt ihm keinerlei Einnahmen ein, und er muß die Grundsteuer nach wie vor bezahlen. Es wird aber in unendlichen Fällen vorkommen, daß die Grundsteuer jetzt noch jahrelang bezahlt wird, das betreffende Grundstück aber im Sperrgebiet liegt oder aber für eine neue Planung gebraucht wird, dem Eigentümer später durch eine Enteignung genommen wird. Er hat dann noch lange Jahre die Grundsteuern bezahlt, die vielleicht den zu erstattenden Kaufpreis ausmachen, so daß er für sein Grundstück überhaupt nichts mehr erhält. Wenn wir auch nicht verkennen, daß Ruinengrundstücke noch einen gewissen Vermögenswert haben und für den Fall eines Verkaufs 80 v. H. des Taxats des Gesamtgrundstücks aufbringen, also eine gewisse Vermögenssteuer zu zahlen wäre, so empfinden wir es als eine Ungerechtigkeit für alle diejenigen Ruinenbesitzer, die nicht verkaufen können, weil sie im Sperr- oder Beplanungsgebiet liegen.

Diese Frage ist nicht nur eine wirtschaftliche und soziale, sie ist gleichzeitig eine rechtliche. Wir haben Grundsteuerbilligkeitsrichtlinien des früheren Reichsfinanzministers, die unbestreitbar gültiges Reichsrecht darstellen. Bremen hat sich leider über dieses Reichsrecht hinweggesetzt und durch eine Sondergesetzgebung, deren Rechtsgrundlagen ich sehr anzweifeln muß, eine sogenannte Baulandbesteuerung des Ruinengrundbesitzes eingeführt und den schwerbeschädigten Grundstücken damit gleichzeitig den Teilerlaß der Grundsteuer gemäß den Grundsteuerbilligkeitsrichtlinien vorenthalten. Bremen hat sich damit in Gegensatz gestellt zu m. W. allen anderen Ländern. Auch in der britischen Zone wurde zeitweilig eine solche Baulandgrundsteuer für Ruinengrundstücke eingeführt. Nachdem aber sowohl die Finanzleitstelle für die britische Zone in Hamburg aus rechtlichen Gründen und der Zonenbeirat für die britische Zone zusätzlich aus wirtschaftlichen, steuerpolitischen und sozialen Gründen diese Besteuerung der Ruinenhausbesitzer als unzulässig erkannt haben, wurde von der weiteren Erhebung der Baulandsteuer Abstand genommen. Darüber hinaus ist sogar m. E. teilweise die Rückerstattung der zu Unrecht erhobenen Baulandsteuer im Gange. Aber auch in der amerikanischen Zone hat man nach gewissen Versuchen auf die Erhebung der Ruinengrundsteuer nunmehr abschließend verzichtet. Die Freistellung der Ruineneigentümer, also einer Gruppe von Menschen, die durch den Krieg in schwerster Weise geschädigt sind, denen die Ansprüche aus der Kriegsschädengesetzgebung z. Z. vorenthalten werden, und die wahrscheinlich nur zu einem Bruchteil entschädigt werden können, von der Grundsteuer muß eine selbstverständliche Verpflichtung sein. Wir beantragen deshalb:

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1947 werden Ruinengrundstücke, die im Sperrgebiet liegen, von der Grundsteuer freigestellt. Im übrigen werden Ruinengrundstücke ohne Fortschreibung nur nach Baulandbesteuerung herangezogen, wenn der Grundstückseigentümer ein Einkommen von jährlich über 30 000 RM oder ein Vermögen von über 20 000 RM hat.

Ich bitte, diesen meinen Anträgen zu entsprechen, und wir haben den ersten Wunsch, wenigstens im Wohnraumsektor unserer bremischen Mitbürger eine ordentliche Lebensgrundlage zu schaffen. Da an den Haushaltsplänen wenig zu machen ist, wir aber an der Beratung nicht teilnehmen durften, stimmen wir trotzdem den Haushaltsplänen zu.

(Pause von 13 bis 14.25 Uhr.)

Herr Rafoth (KPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir die uns vorgelegten Haushaltspläne des Landes Bremen und der Hansestadt Bremen betrachten und dabei bedenken, daß sie 2 1/4 Jahre nach Beendigung des Krieges aufgestellt sind, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das interessanteste an diesen Haushaltsplänen eigentlich das ist, was in ihnen fehlt, aber eigentlich darinstehen müßte. Die Haushaltspläne sind, abgesehen von ihrer zeitbedingten Belastung durch die Besatzungskosten und durch die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete Bremens, vom Kriege und einem wesentlichen Erfordernis der Kriegsfolgen unberührt. Ich meine damit die Frage des Lastenausgleichs. Ich weiß natürlich, daß das nicht nur Angelegenheit eines Landes sein kann und sein wird. Aber ebenso sicher ist, daß wir einmal diese Frage ansprechen müssen, und daß es nicht nur eine zentrale Regelung, die von oben her ihren Anstoß bekommt, sein darf, sondern daß auch die einzelnen Länder dazu Stellung nehmen und einen Vorstoß machen müssen sowie Richtlinien und Pläne für einen Lastenausgleich ausarbeiten sollten. Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß 50 v. H. der Einwohner Deutschlands ihr Vermögen, ihre Häuser und ihre sonstigen Einrichtungen behalten haben, und daß 50 v. H. sie verloren haben — ganz abgesehen von der besonders schwierigen Lage der Ostvertriebenen, der Flüchtlinge aus andern Ländern, Menschen, denen Existenz und Heimat entzogen worden sind. Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß bei Weiterbestehen eines solchen Zustandes in der Bevölkerung mit Recht das Gefühl entsteht, daß die eigentlichen Träger der Lasten dieses Krieges jene 50 v. H. der Bevölkerung sind, die als Ausgebombte, als Flüchtlinge, als Heimatlose ja auch in unserm Haushalt wenigstens insoweit in Erscheinung treten, als beim Wohlfahrtsamt und ähnlichen Stellen in etwa auf ihre allerdringendsten Bedürfnisse Rücksicht genommen wird.

Es ist also klar, daß ein neuer Haushaltsplan des Landes und der Hansestadt Bremen einmal zu diesen Dingen Stellung nehmen müssen, daß sowohl in steuerlicher Beziehung als auch in jeder andern Beziehung, die mit dieser Frage in Zusammenhang steht, der notwendige Lastenausgleich erfolgen muß, und daß Grundlagen und Richtlinien ausgearbeitet werden müssen, wie man sich ein solches Verfahren denkt, um damit auch wirklich zu beweisen, daß, da wir ja den Krieg verloren haben, wir auch an einen friedlichen Wiederaufbau herangehen wollen. An den

Lasten müssen wir alle mittragen, weil sonst sehr leicht-gefollert werden könnte, daß eigentlich nur ein kleiner Teil, nämlich die Hälfte der Einwohner Deutschlands die Schuld am Kriege trage und damit für seine Lasten verantwortlich sei.

Wenn wir aus den Erläuterungen, die Herr Bürgermeister Kaisen und Herr Senator Dr. Nolting-Hauff zu den Haushaltsplänen gegeben haben, entnehmen, daß die Zahl der Beamten und Angestellten des Landes Bremen sich um 1439 vermehrt hat, wenn wir das ständige Eingreifen von Behörden und Verwaltungsorganen in die ureigensten Bezirke jedes einzelnen Menschen verfolgen, dann müssen wir daraus den Schluß ziehen, daß die die widerstreitenden Interessen der einzelnen Bevölkerungskreise ausgleichende Tätigkeit einer gut funktionierenden Verwaltung immer schwieriger und komplizierter geworden ist. (Herr Degener: Besonders die unnötigen Aufgaben!) Nun, die Ursachen dafür liegen nicht in den unnötigen Aufgaben, sondern in der verfahrenen wirtschaftlichen Organisation und der zwar notwendigen, aber allseitig unerwünschten vermehrten Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung. Herr Degener, Sie sind sicherlich mit uns der Meinung, daß es gut wäre, wenn wir das ganze Ernährungsamt nach Hause schicken könnten, und die Angestellten und Beamten dieses Amtes wären sicherlich ganz damit einverstanden, wenn sie versetzt würden, und wenn die Dinge, die heute rationiert werden müssen, wieder frei gekauft werden können. So mag es auch mit vielen andern Verwaltungen gehen. Da dies aber nicht möglich ist, da vielmehr die Ausgaben und vielleicht auch die Aufgaben des Staates noch eine Vermehrung erfahren werden, nützen alle Versuche einer Zwischenlösung vielleicht im Augenblick, sind aber auf die Dauer nicht zu vertreten, wenn es uns nicht gelingt, das wirtschaftliche Gefüge langsam, aber zielstrebig zu ändern, um einen großen Teil der Aufgaben des Staates in den Dienst einer normal funktionierenden Wirtschaft zu stellen, die unter die Kontrolle der dort tätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten zu stellen ist und dadurch ihre Funktionen besser erfüllen kann, als es ihr in der Gegenwart möglich ist.

Wir möchten dabei aber keineswegs verhehlen, daß, wie auch die jetzigen und künftigen Aufgaben der Verwaltung sein werden, die kommunistische Partei nach wie vor gegen Sonderrechte der im Staatsdienst tätigen Personen ist. Unter dem Gesichtspunkt, daß die Verwaltungsbeamten und -angestellten von der Bevölkerung bezahlte Helfer und Diener der Allgemeinheit sein sollen, können wir es nicht verantworten, daß derartige gewaltige Unterschiede zwischen den Beamten und den andern Staatsangestellten gemacht werden. Wenn wir uns die Summe von 7,3 Millionen RM ansehen, die für Pensionen und Winterbliebenenversorgung insgesamt im Staatshaushalt ausgeworfen ist, dann müssen wir wohl oder übel zu dem Schluß kommen, daß diese Seite unseres öffentlichen Lebens doch einer gründlichen Reform bedarf. Es liegt unserer Fraktion selbstverständlich fern, gewisse vertraglich zugesicherte Rechte der Beamten des Landes schmälern zu wollen, aber wir wehren uns entschieden gegen die Berufung und Bestallung neuer Beamten.

Wir sind der Meinung, daß ein Staat mit Angestellten, ausgesucht nach ihrer fachlichen Eignung in

freier Konkurrenz mit der freien Wirtschaft sowohl leistungsmäßig beim einzelnen als auch in der Erfüllung seiner Gesamtaufgaben besser fahren würde als mit dem vergangenen System und gegenwärtigen System, ganz abgesehen davon, daß die Vergangenheit ja zur Genüge bewiesen hat, daß die besondere Bindung des Beamten, seine Pensionsberechtigung, besonders in den vergangenen 12 Jahren des Hitler-Faschismus ihn eine leichte Beute der „Bewegung“ und der Bestrebungen dieser Partei werden ließ. Nicht zuletzt in seinem eigenen Interesse müssen wir seine freie Betätigung in der Verwaltung wie in der Wirtschaft fördern, um ihm jederzeit Gelegenheit zu geben, wirklich nach seiner innersten Auffassung und Überzeugung zu handeln und nicht dem Druck von oben folgend zu Krenze zu kriechen, um das zu tun, was in der Vergangenheit so schädlich war und in der Zukunft eine Gefahr ist. Die Angleichung der schmalen Altersrente der Angestelltenversicherung, für die die Angestellten des Staates ja noch Beiträge zahlen müssen, im Gegensatz zu den Beamten, die diese Beiträge nicht zahlen und eine weit höhere Pension bekommen, diese Angliederung, die ausgedehnt werden muß ebenso auf die Invalidenversicherung der Arbeiter, ist unbedingt erforderlich, um eine Verwaltungskörperschaft zu schaffen, die nicht durch derart tiefe Klüfte getrennt ist. Es ist also notwendig, das Beamten-gesetz in Deutschland, die Reichsbesoldungsordnung und alle damit zusammenhängenden Fragen auch vom praktischen Gesichtspunkt aus einer Prüfung zu unterziehen und Vorschläge zur Beseitigung und Änderung des gegenwärtigen Zustandes zu machen.

Wenn einzelne Positionen des Haushaltsplanes oder nicht vorhandene Positionen hier einer Kritik unterzogen wurden, so möchte ich speziell auf eine, die Entnazifizierung, eingehen, die Herr Dr. Lucken von der BDV. anschnitt. Wir sind der Auffassung, daß Herr Dr. Lucken und seine Parteifreunde ganz beruhigt sein dürfen, aus welchen Mitteln der Senator für die politische Befreiung sein Amt finanziert. Wir haben kürzlich von autorisierter Seite gehört, daß die BDV. zwar keine Gewerkschaftsfunktionäre stellt, aber wir sind sicher, daß sie viele, oder eine Reihe zumindest von Mitgliedern vor der Spruchkammer haben, und diese Parteifreunde werden Herrn Dr. Lucken sicher genügend Auskunft geben können, wo die Summen herkommen, mit denen der Senator für politische Befreiung arbeitet.

Zu bestimmten Positionen des Haushaltes haben auch wir als kommunistische Fraktion in der Spezialdebatte noch einiges zu sagen. Ich möchte daher nicht die Sitzung des Hauses, wie der Herr Präsident schon verkündet hat, in die Nacht hinaus ausdehnen oder dazu beitragen. (Herr Rex (CDU.): Wir gehen auch so weg.)

Trotz schwerster Bedenken ist die kommunistische Partei der Auffassung, daß wir angesichts der, ich möchte fast sagen, imaginären Zahlen des Haushalts, angesichts einer so oder so kommenden Geld- und Währungsreform, ihm zustimmen können, obgleich wir wissen, daß viele der eingesetzten persönlichen Ausgaben sicherlich nicht immer vertreten werden können. Die Position der Schutzkleidung für die Polizei von 395 000 RM z. B. ist schon recht aufschlußreich und aufklärungsbedürftig. Wir sehen diesen Wechsel von Mützen und Tschakos und dergleichen mehr für nicht so notwendig an und könnten uns denken, daß die

Polizei, wie andere Staatsbürger in Deutschland auch, ohne Koppel ihren Dienst versieht. Sie hat ja ohnehin weder einen Revolver noch ein Beil oder sonst etwas dran, und wir könnten sogar diese Koppel zur Ausbesserung vieler Schuhe gebrauchen, aber das nur scherzhafterweise. Jedenfalls in personeller Beziehung wäre noch vieles zu sagen. In sachlicher Beziehung bin ich überzeugt, daß die eingesetzten Zahlen nicht in der Praxis ausgegeben und erreicht werden können, da der Mangel an Material auf allen Gebieten, wenn es so weitergeht wie bisher, uns einfach verbietet, die eingesetzten Summen auch wirklich verbrauchen und ausgeben zu können. (Herr Hollmann (FDP.): Die Behörden haben zuerst das Material.) Auch die Behörden haben allerlei Schwierigkeiten, und ich glaube, die Kompensationsfähigkeit der Behörden ist nicht so groß, als daß sie so bauen könnten wie eine Reihe von Geschäftsleuten das tun. Aber wir sprechen nicht speziell vom Baumarkt, sondern vom Haushalt. Wir werden der Vorlage zustimmen und unsererseits im Verlaufe des laufenden Geschäftsjahres Anträge, Verbesserungsvorschläge und Vorlagen einbringen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, und wir glauben, daß nach einer Währungsreform, wenn wir wieder den klaren Blick für die wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse frei haben, erneut und eingehend über die Gestaltung des Haushaltsplanes sprechen können. (Beifall links.)

Präsident: Wir treten jetzt in die Einzelberatung ein. Ich bitte die Vorlage des Senats zur Hand zu nehmen. Wir beginnen mit Seite 110. Ich werde die einzelnen Kapitel verlesen.

Nachdem von den Fraktionsführern der Wunsch geäußert worden ist, daß auch jetzt noch Wortmeldungen erfolgen können, bitte ich, nicht die Wortmeldungen, die mir bereits vorliegen, aufzurufen, sondern ich bitte die Damen und Herren, sich dann zu Wort zu melden, wenn ich die einzelnen Kapitel nenne.

IV. Arbeitsverwaltung:

2. Landesarbeitsamt.

Frau Senator Popall (KPD.): Bekanntlich sind die Aufgaben des Amtsbereichs zurückgegangen seit 1947. Früher umfaßte das Aufgabengebiet Bremen und Niedersachsen und heute nur noch die Bremer Enklave. Wir bitten deshalb um Überprüfung, ob es notwendig ist, den heutigen Angestelltenstab noch aufrechtzuerhalten.

Präsident: Herr Senator, wollen Sie sich sofort dazu äußern?

Herr Senator Dr. Nolting-Hauff: Diese Prüfung ist im Haushaltsausschuß durchgeführt worden und hat dazu geführt, daß eine Anzahl Planstellen, die zunächst das Landesarbeitsamt in seinem Haushaltsvoranschlag eingebaut hatte, gestrichen sind. Meiner Erinnerung nach hat es sich um 25 Stellen dabei gehandelt.

Präsident: Sind Sie damit einverstanden, oder wünschen Sie einen Bericht, Frau Senator?

Frau Senator Popall: Das genügt.

VI. Landesfinanzverwaltung:

1. Landesfinanzverwaltung.

Herr Rafoth (KPD.): Wir haben von Herrn Senator Dr. Nolting-Hauff gehört, daß das ehemalige Oberfinanzpräsidium Weser-Ems jetzt der Bremischen Ver-

waltung unterstellt ist und die Landesfinanzverwaltung die gleichen Aufgaben des Reiches im Gebiet des Landes Bremen übernommen hat und damit dem Lande Bremen eigentlich jenen finanziellen Rückhalt gibt, der zu dem ausgeglichenen Haushalt geführt hat und die Vermögenslage Bremens verhältnismäßig günstig erscheinen läßt.

Dieser Bezirk des Oberfinanzpräsidenten Weser-Ems umfaßte in der Vergangenheit die Gebiete Oldenburg, Bremen, Ostfriesland und Stade-Osthannover. Meiner Auffassung nach — die allerdings nicht verbindlich ist — umfaßt dieses Gebiet etwa 4 Millionen Einwohner. Heute aber hat die gleiche Dienststelle unter dem Namen Landesfinanzverwaltung Bremen die Städte Bremen und Bremerhaven mit nur etwa 500 000 Einwohnern zu betreuen. Im Jahre 1945 betrug die Zahl der Beamten dieser Dienststelle 1129, die der Angestellten 526, zusammen 1655. Dabei sind bereits abgestrichen die Finanzämter, Zollämter usw., die diesem früheren größeren Gebiet einverleibt waren und mit der Einziehung der Steuern und Zölle dort zu tun hatten. Nach dem Stande vom 24. September 1947, von gestern also, beträgt die Zahl der Beamten dieser Dienststelle 786, die der Angestellten 566, summa summarum also 1352. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen und der Bereiche, in denen das Oberfinanzpräsidium oder die heutige Finanzverwaltung tätig war und ist, führt unweigerlich zu dem Schluß, daß, wenn man als Zentralbehörde vorher schätzungsweise 4 Millionen Einwohner mit 1655 Mitarbeitern betreuen konnte, man heute für 500 000 Menschen nicht 1352 benötigt. Wir sind der Auffassung, daß entsprechend dem verkleinerten Gebiet, mit dem diese Dienststelle jetzt zu tun hat, in dem es also die Steuern und Zölle einzuziehen hat, auch der Mitarbeiterstab dieser Dienststelle entsprechend mehr, als es bisher schon geschehen ist, zusammengestrichen werden muß, wenn wir den Grundsätzen einer sparsamen Verwaltung folgen wollen.

Herr Senator Dr. Nolting-Hauff: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ziffern, von denen Herr Rafoth ausgegangen ist, sind nicht ganz richtig. Der Bezirk des Oberfinanzpräsidiums Weser-Ems hatte niemals 4 Millionen Einwohner, sondern kaum die Hälfte. Die Reichsfinanzverwaltung ist erst Ende Januar auf die bremische Verwaltung übergegangen. Irgendwelche Rationierungsmaßnahmen haben dort natürlich noch nicht abgeschlossen werden können. Aber auch die Beamtenziffern, von denen Herr Rafoth sprach, sind so nicht richtig. Beim Oberfinanzpräsidium Weser-Ems habe ich die Beamtenziffern zusammengestellt lassen, die am 1. August 1939 maßgebend waren für den jetzigen verkleinerten Bezirk, also für das Finanzamt des jetzt bestehenden Landes Bremen und für denjenigen Teil des Oberfinanzpräsidiums, der auf das Land Bremen gerechnet werden muß. Diese Beamten- und Angestelltenzahl betrug per 1. August 1939 2170, war also sehr wesentlich höher als die gegenwärtige Zahl von nur 1312. Sie sehen also, daß auch dort bereits eine wesentliche Verminderung des Personals tatsächlich stattgefunden hat, womit ich keineswegs sagen will, daß das schon alles sei, was dort getan werden muß. Die Finanzverwaltung ist sich jedenfalls völlig klar darüber, daß Rationierungsmaßnahmen auch im eigenen Hause durchgeführt werden müssen und dabei mit gutem Beispiel voranzugehen hat. Aber diese Ziffern, die der Herr Vorredner bekanntgegeben

hat, muß ich in der eben dargelegten Weise richtigstellen.

Präsident: Damit ist die Generaldebatte über den ordentlichen Haushaltsplan für 1947 erledigt. Wir kommen jetzt zum Gesamtplan des ordentlichen Haushalts der Hansestadt Bremen 1947. Ich verlese jetzt die einzelnen Titel und bitte dazu um Wortmeldungen, wenn gewünscht wird, daß dazu Ausführungen gemacht werden.

Herr Stockhinger (SPD.) zur Geschäftsordnung: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es würde völlig genügen, wenn der Herr Präsident nur die Nummern der einzelnen Titel, nicht auch die Überschriften aufruft, es würde sonst zuviel Zeit verlorengehen, es würde den Herrn Präsidenten ermüden und uns alle auch.

Präsident: Ich danke Herrn Stockhinger für seine Anregung und werde ihr folgen. Ich rufe also jetzt die einzelnen Ziffern auf.

1 A. Finanzverwaltung

6 B. Gemeindesteuern

Herr Stepbach (FDP.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Aufgabe, zu den heute vorliegenden Haushaltsplänen des Landes Bremen und der Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1947 in ihren Einzelheiten Stellung zu nehmen. Ich möchte jedoch ganz kurz etwas zu der Frage der Grundsteuererhebung in Bremen sagen, weil mich diese Frage als Vertreter des Haus- und Grundbesitzes ganz besonders interessiert.

Die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes von 150 auf 250 v. H. des Steuermeßbetrages am 1. April 1946, also eine Erhöhung um zwei Drittel des bisherigen Betrages, stellt ein wohl unbestreitbares außergewöhnliches Anziehen der Steuerschraube dar. Gewiß ist der bremischen Finanzverwaltung die Anerkennung auszusprechen, daß sie in weiser Einsicht, dem Haus- und Grundbesitz diese Mehrsteuer nicht allein aufbürden zu können, die Umlegung des Mehrbetrages auf Vermieter und Mieter veranlaßt hat. Trotzdem also die Erhöhung auf diese Weise auf breite Schultern verteilt ist, bin ich der Auffassung, daß die verschiedensten Gründe dafür sprechen, die Notwendigkeit dieser Erhöhung immer wieder einer genauesten Prüfung zu unterziehen. Es war in der Vergangenheit stets ein die bremische Finanzverwaltung auszeichnendes Merkmal, daß die Grundsteuer nicht in der extremen Weise ausgeschöpft wurde, wie in vielen anderen Großstädten. Die Ursache für diese Selbstbeschränkung der Stadt Bremen als Steuergläubiger ist im wesentlichen in der besonderen Struktur des bremischen Haus- und Grundbesitzes zu finden. Die Tatsache, daß besonders in Bremen alle Schichten der Bevölkerung als Träger des Grundeigentums in großer Zahl auftreten, also auch Arbeiter, kleine Angestellte, Beamte und dergl., verpflichtet aus sozialen Gründen zu einer maßvollen Besteuerung des bremischen Haus- und Grundbesitzes. Des weiteren ist das Überwiegen des Einfamilienhauses in Bremen ein Anlaß, die Schraube der Grundsteuer nicht in voller Anwendung aller gesetzgeberischen Möglichkeiten anzuziehen. Eine Überprüfung der Notwendigkeit, die am 1. April 1946 eingetretene Steuererhöhung beizubehalten, ergibt sich für den Haus- und Grundbesitz aber aus dem Grunde, weil er ungern als Steuererheber auftritt. Er-

fahrungsgemäß wird leider ja vielfach übersehen, daß die dem Haus- und Grundbesitz zufließenden Einnahmen zu einem wesentlichen Teil nur durchlaufende Posten darstellen, die er gleich wieder an den Fiskus weiterzugeben hat.

Es ist nun interessant, daß in dem Bericht des von der Finanzdeputation zur Prüfung der Haushaltspläne eingesetzten Unterausschusses ebenfalls die Frage ventiliert wird, ob nicht schon jetzt eine Herabsetzung der Grundsteuer oder anderer Abgaben möglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Feststellungen des Unterausschusses als einer Stelle, der gewiß nicht Interessenmotive unterschoben werden können, muß von uns mit vollem Ernst weiterverfolgt werden. Zu den vorerwähnten Gründen, die vor einer steuerlichen Überlastung des Haus- und Grundbesitzes eindringlich warnen, tritt die Feststellung, daß auch der erhaltene Haus- und Grundbesitz — von dem teilbeschädigten ganz abgesehen — in der kommenden Zeit ein erhebliches Maß in der Vergangenheit aufgestauter Reparaturen zu bewältigen haben wird. Wir müssen ferner damit rechnen, daß der Haus- und Grundbesitz, soweit er erhalten geblieben ist, im Rahmen des einmal fällig werdenden Kriegsschadenausgleichs auch seinen Beitrag zum Wiederaufbau der zerstörten und schwerbeschädigten Grundstücke leisten müssen. Dieses Problem ist so vordringlich, daß man die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des städtischen Haus- und Grundbesitzes als eine Hauptvoraussetzung für den Aufbau unserer Wirtschaft überhaupt ansprechen muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen uns darüber klar sein: Der Mensch, der kein vernünftiges Heim hat, kann auch keine vernünftige Arbeit leisten. Wenn dann noch ein hungriger Magen hinzukommt, ist es ganz aus.

Meine Damen und Herren! Diese Frage ist nicht nur eine wirtschaftliche und soziale, sie ist gleichzeitig eine rechtliche. Wir haben Grundsteuerbilligkeitsrichtlinien des früheren Reichsfinanzministers, die unbestreitbar gültiges Reichsrecht darstellen. Bremen hat sich leider über dieses Reichsrecht hinweggesetzt und durch eine Sondergesetzgebung, deren Rechtsgrundlage ich sehr anzweifeln muß, eine sogenannte Baulandbesteuerung des Ruinengrundbesitzes eingeführt und den schwerbeschädigten Grundstücken damit gleichzeitig den Teilerlaß der Grundsteuer gemäß den Grundsteuerbilligkeitsrichtlinien vorenthalten. Bremen hat sich damit in Gegensatz gestellt zu m. E. allen andern Ländern. Auch in der britischen Zone wurde zeitweilig eine solche Baulandgrundsteuer für Ruinengrundstücke eingeführt. Nachdem aber sowohl die Finanzleitstelle für die britische Zone in Hamburg als rechtlichen Gründen und der Zonenbeirat für die britische Zone zusätzlich aus wirtschaftlichen, steuerpolitischen und sozialen Gründen diese Besteuerung der Ruinenhausbesitzer als unzulässig erkannt hat, wurde von der weiteren Erhebung der Baulandsteuer Abstand genommen. Darüber hinaus ist sogar m. E. teilweise die Rückerstattung der zu Unrecht erhobenen Baulandsteuer im Gange. Aber auch in der amerikanischen Zone hat man nach gewissen Versuchen auf die Erhebung der Ruinengrundsteuer nunmehr abschließend verzichtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Freistellung der Ruineneigentümer, also einer Gruppe von Menschen, die durch den Krieg in schwerster Weise geschädigt worden sind, denen die Ansprüche aus der Kriegsschadengesetzgebung zur Zeit vorenthalten werden, und die wahrscheinlich nur zu einem Bruchteil werden entschädigt werden können, von der Grundsteuer muß eine selbstverständliche Verpflichtung sein.

Noch eine weitere Frage beschäftigt mich bei der Betrachtung der vorliegenden Haushalte. Wenn ich mich recht entsinne, ist Bremen aus dem Zonenhaushalt ein ansehnlicher Betrag für Beseitigung von Kriegsschäden an Gebäuden zugewiesen worden. Die Verwendung dieses Betrages ist mir bis heute nicht bekannt geworden. Ich bitte daher, daß die Finanzdeputation der Bürgerschaft auch zu diesem Punkt Auskunft erteilt und gleichzeitig endlich Vorschläge unterbreitet, in welcher Weise der zur Verfügung gestellte Betrag Verwendung finden soll.

In diesem Zusammenhang bitte ich aber den Herrn Finanzsenator des weiteren um Auskunft, ob in Bremen, ähnlich wie es in andern Ländern der Fall ist, eine öffentliche Teilfinanzierung kriegsbeschädigter Grundstücke durchgeführt werden kann. Die Gründe, die hierfür sprechen, habe ich eben bereits angedeutet, als ich von der Wiederherstellung einigermaßen vernünftiger Wohnverhältnisse als einer Grundvoraussetzung für die Erhaltung der Arbeitskraft gesprochen habe. Was in andern Ländern möglich ist, sollte in Bremen mit gutem Willen nicht unmöglich sein. Ich will mich an dieser Stelle nicht näher mit Einzelheiten befassen, bin aber gern bereit, über die in andern Ländern angewandten Grundsätze Aufschluß zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte mich nicht mißzuverstehen. Wenn ich hier Wünsche für den Haus- und Grundbesitz geäußert habe, so nicht nur als Vertreter des Haus- und Grundbesitzes, der ich nun einmal bin. Mich bewegten und bewegen hierbei noch allgemeine Gesichtspunkte, nämlich der ernste Wunsch, wenigstens im Wohnraumsektor unsern bremischen Mitbürgern nach besten Kräften und unter Vermeidung irgendwelchen Zeitverlustes wieder eine ordentliche Lebensgrundlage zu verschaffen. Daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Ziel unterstützen werden, dessen bin ich gewiß!

Herr Rafoth (KPD.): In der Sitzung des Finanzausschusses der ernannten Bürgerschaft vom 16. September 1946, in der die Erhöhung der Grundsteuer von 150 auf 250 Prozent beschlossen wurde, hat bereits die kommunistische Fraktion gegen diese Erhöhung der Grundsteuer moniert, insbesondere gegen die Umlage der Steuer auf die Mieter. Wir gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß 45 bis 50 Prozent des Grundbesitzes unserer Stadt zerstört ist, diese Besitzer immerhin schon Steuern zahlen müssen, jetzt in ihren vom Wohnungsamt zugewiesenen Wohnungen wohnen müssen und nun noch für ein ihnen nicht gehörendes Haus eine zusätzliche Belastung übernehmen, indem sie einen Teil des erhöhten Grundsteuermeßbetrages auf ihre Miete aufgeschlagen bekommen und zahlen müssen. Wir sind damals mit unserem Antrag, unter Zugrundelegen einer sozialen Staffelung, nicht durchgekommen. Ich bin beauftragt, heute erneut diesen Antrag zu stellen, die Grundsteuerumlegung auf die Miete aufzuheben. Da ich nun jedoch höre, daß Herr Stepbach als Vertreter der FDP. den Antrag stellt, die

Erhöhung der Grundsteuer von 150 auf 250 Prozent aufzuheben, und dieser Antrag viel weitgehender ist. (Präsident: Wenn er angenommen wird) ganz recht, wird es gegenstandslos sein, unseren Antrag der Umlegung noch weiter zu diskutieren, und ich bin der Auffassung, daß das Haus dem Antrag des Herrn Stepbach zustimmt.

Herr Dr. Lueken (BDV.): Zur Geschäftsordnung: Wir haben gestern diese Frage erörtert und vereinbart, diese Sache heute nicht im Plenum zu behandeln, sondern in der Finanzdeputation. (Widerspruch bei den übrigen Parteien). So habe ich es verstanden.

Herr Grabau (FDP.): Wir haben gestern vereinbart, daß die Herren mit dem Herrn Finanzsenator darüber Rücksprache halten sollten, ob dieser Antrag bereits heute durchzuführen möglich wäre. Der Antrag selbst sollte heute gestellt werden.

Herr Senator Dr. Nolting-Hauff: Wenn ich meine sämtlichen Herren Vorredner richtig verstanden habe, haben alle Parteien ihre Absicht kundgetan, dem Haushaltsgesetz in seiner Gesamtheit zuzustimmen. Der Hebesatz der Grundsteuer, wie sie bisher erhoben worden ist, mit 250 Prozent, ist ein integrierender Bestandteil der Haushaltszahlen. Also die Anträge, diesen Hebesatz zu senken, könnten doch dann nur ab 1. April 1948 für das neue Rechnungsjahr Bedeutung erlangen. Sachlich möchte ich nicht verfehlen, auf folgendes hinzuweisen: Die Erhöhung der Hebesätze in Bremen ist keineswegs darin begründet, daß Bremen die Aufgaben eines Landes übernommen hat. Die Erhöhung der Hebesätze ist in ähnlicher Form im größten Teil der deutschen Städte durchgeführt worden. Hamburg hat den Hebesatz von vor dem Zusammenbruch von 100 Prozent auf heute 240 Prozent erhöht, Köln von 95 auf 240, München von 125 auf 275 Prozent, also erheblich über unseren derzeitigen Satz, Frankfurt am Main von 210 auf 255, also auch noch höher, Hannover von 210 auf 270 Prozent.

Herr Stepbach (FDP.): Darf ich sagen, daß die Struktur des Hausbesitzes in all den genannten Städten eine andere ist wie in Bremen. Die meisten Häuser sind dort Mietskasernen. Hier sind es Ein- und Zweifamilienhäuser, die kaum Überschluß abwerfen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Es liegen also zwei Anträge vor. Erstens: Interfraktioneller Antrag: Die Bürgerschaft wolle beschließen, die Grundsteuer für Grundbesitz wird ab 1. 10. 47 mit einem Hebesatz von 150 Prozent statt wie vorgesehen mit 250 Prozent festgelegt. Ruinengrundstücke werden von der Grundsteuer befreit.

Herr Stockhinger (SPD.): Ich muß darum bitten, die beiden verschiedenen Anträge auch verschieden zur Abstimmung zu bringen. Wir werden für den Antrag Grabau stimmen, den Hebesatz der Grundsteuer von 250 auf 150 ab 1. 4. 48 festzulegen, sind aber darüber hinaus nicht bereit, von uns aus so weitgehende Fragen so ohne weiteres zu entscheiden, die sich aus der Besteuerung der Ruinengrundstücke überhaupt ergeben. Wir bitten daher den zweiten Teil des Antrages der Finanzdeputation zu überweisen.

Herr Grabau (FDP.): Einverstanden mit Änderung ab 1. April 1948, ich bitte den zweiten Teil an die Finanzdeputation zu überweisen.

Präsident: Herr Senator, wollen Sie noch Stellung nehmen?

Herr Senator Nolting-Hauff: Ich wollte nur anregen, auch den ersten Teil des Antrages der Finanzdeputation zu überweisen, da wir ja heute nicht über den Haushalt von 1948 verhandeln. Es erscheint mir zweckmäßig, diesen Antrag der Finanzdeputation erst einmal zu überweisen.

Herr Rafoth (KPD.): Ich muß Herrn Finanzsenator Nolting-Hauff widersprechen. Die Finanzdeputation hat sich mit dieser Frage bereits eingehend beschäftigt. Eine nochmalige Überweisung ist unnötig. Wir sind dafür, daß das Haus sofort über diese Herabsetzung beschließt, und da er jetzt, das sehen wir ein, erst am 1. April 1948 gültig werden kann, bitte ich, auch unserem Antrag, ab 1. 10. 47 die Umlegung des erhöhten Betrages auf die Mieten aufzuheben, zuzustimmen.

Präsident: Herr Senator Dr. Nolting-Hauff beantragt, diese Frage der Finanzdeputation zu überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das ist einstimmig abgelehnt.

Dann wird der Antrag von Herrn Grabau dahin geändert, daß statt 1. 10. 47 1. 4. 48 gesetzt wird. (Herr Grabau: Einverstanden).

Dann lasse ich über den ersten Abschnitt des von Herrn Grabau gestellten Antrages abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das ist einstimmig beschlossen.

Damit ist der Antrag von Herrn Rafoth erledigt.

Herr Rafoth (KPD.): Nein. Der Antrag verlangt, die Umlage ab 1. 10. 47 nicht mehr für zulässig zu erklären, und den gegenwärtigen Hebesatz nicht zu Lasten des Mieters, sondern zu Lasten des Grundstückseigentümers gehen zu lassen. Ich bitte, über diesen Antrag abzustimmen.

Präsident: Ich lasse über den Antrag von Herrn Rafoth abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Gegen die Stimmen der KPD. abgelehnt.

Herr Stockhinger (SPD.): Zur Geschäftsordnung: Ich hatte gestern interfraktionell beantragt, daß der Antrag des Herrn Rafoth zurückgezogen wird zugunsten des Antrags von Herrn Grabau. Wir möchten nicht plötzlich vor einer neuen Situation stehen. Die Fraktionen müssen dazu Stellung nehmen. So einfach, wie Herr Rafoth sich das denkt, geht das nicht. Wir haben in Bremen sehr viel „proletarische“ Hausbesitzer. Wir können diese nicht ohne weiteres belasten. Wir können nicht beschließen, ohne genauere Erhebungen angestellt zu haben. Ich bitte, den Antrag der Finanzdeputation zu überweisen.

Herr Rafoth (KPD.): Einverstanden.

Präsident: Sie wünschen, daß Ihr Antrag der Finanzdeputation zur Prüfung überwiesen wird.

Dann bitte ich diejenigen, die zustimmen wollen, daß dieser Antrag zur Prüfung und Beratung der Finanzdeputation überwiesen werden soll, sich vom Platz zu erheben. — Das ist einstimmig beschlossen.

Präsident: Dann lasse ich jetzt über den zweiten Teil des Antrages wegen der Ruinengrundstücke abstimmen.

Herr Stockhinger (SPD.): Ich hatte Überweisung an die Finanzdeputation beantragt.

Der Überweisungsantrag Stockhinger wird angenommen.

6 C. Steuerähnliche Einnahmen.

Präsident: Dazu liegt folgender interfraktioneller Antrag vor:

Die Bürgerschaft ersucht die Finanzdeputation, alsbald zu prüfen, zu welchem frühesten Zeitpunkt die als Zuschlag zum Wassergeld erhobene Gemeindeabgabe in Fortfall kommen kann und der Bürgerschaft darüber zu berichten.

Herr Stockhinger (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Begründung des Antrages erübrigt sich wohl, da es sich nur um die Anforderung eines Berichts handelt.

Der Antrag wird angenommen.

Präsident: Wir kommen jetzt zum

Außerordentlichen Haushalt der Hansestadt Bremen 1947.

A. Häfen:

3. Beschaffung von fünf Hafenleichtern.

Herr Schimmeck (KPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausgabe von 500 000 RM für die fünf Hafenleichter erscheint uns als derart übersteuert, daß wir nicht glauben, sie verantworten zu können, und vorher Aufklärung darüber verlangen müssen. Es ist uns bekannt geworden, daß man derartige Fahrzeuge, bei denen es sich doch um Dreckschuten handelt, schon für etwa 40 000 RM bekommen kann.

Herr Senator Dr. Apelt: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um den Ersatz zerstörter Leichter, die früher der Lagerhausgesellschaft zur Verfügung standen. Die Wiederbeschaffung der Leichter ist besonders dringlich, weil wir mit der Wiederherstellung des Schuppens leider noch ziemlich im Rückstand sind und deshalb in stärkerem Maße als früher das Verbringen von Ladungen an Lagerplätze in anderen Teilen des Hafens erforderlich ist. Dazu bedürfen wir eben der Schuten. Ich bitte also die Position zu genehmigen.

Herr Schimmeck (KPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nur wissen, wie man diesen Preis von 500 000 RM für die fünf Schuten zu rechtfertigen gedenkt. Es soll sich um Schuten von je 100 t Ladegewicht handeln, so daß pro Tonne etwa 1000 RM in Frage kämen, während nach den heute üblichen Preisen pro Tonne nur 240 bis 250 RM nötig wären.

Herr Senator Dr. Apelt: Wir werden die Leichter nicht teurer bezahlen, als unbedingt nötig ist, aber bezahlen müssen wir sie. Hoffentlich werden die Preise niedriger als veranschlagt.

Herr Rafoth (KPD.): Diese Auskunft kann uns keineswegs befriedigen. Zunächst müssen wir wissen, ob die Leichter neu angefertigt werden, oder ob sie als gebraucht übernommen werden. Wir möchten weiter wissen, wieso entgegen Auskünften, die uns geworden sind, wonach solche Leichter für 32–45 000 RM zu haben sind, für diese Leichter je Stück 100 000 RM ausgeben werden sollen.

Präsident: Es ist durchaus möglich, Herr Rafoth, daß Sie von der Auskunft des Herrn Senators nicht befriedigt sind. Aber wir als Bürgerschaftsmitglieder dürfen doch von dem Herrn Senator nicht verlangen, daß er jede einzelne Position im Kopfe hat. Ich möchte Sie doch bitten, Ihre Anfrage in der Deputation zu wiederholen. (Herr Rafoth: Aber wir sollen diese Anschaffungen doch heute bewilligen!) Ja, Herr Rafoth, dann stellen Sie doch den Antrag, daß, bevor diese Gelder ausgegeben werden, die Finanzdeputation noch einmal gehört wird. (Herr Rafoth: Einverstanden!) Wenn kein Widerspruch erfolgt, dann darf ich annehmen, daß das Haus einverstanden ist, daß die Finanzdeputation, bevor diese Ausgabe erfolgt, noch einmal gehört wird.

4. Vordringliche Arbeiten zum Wiederaufbau der Häfen.

(Beseitigung von Kriegsschäden.)

Herr Schimmeck (KPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird sich niemand der Tatsache verschließen, daß wir für den Wiederaufbau unserer Häfen ganz erhebliche Mittel aufzubringen haben werden. Wie uns Herr Senator Dr. Nolting-Hauff erklärt hat, soll die Deckung dieser Ausgaben durch Anleihe erfolgen. Es sind dafür 15 Millionen RM eingesetzt, davon 4 500 000 RM allein für den Wiederaufbau der Getreideverkehrsanlage. Diese 4½ Millionen RM waren bereits Gegenstand einer längeren fachlichen Diskussion in der Wirtschaftsdeputation im April d. J. Hierbei lagen verschiedene wissenschaftliche Gutachten vor, u. a. von Professor Agatz. Diese hatten für mich aber lediglich akademischen Wert, weil praktisch damit nichts anzufangen war und von der wirtschaftlichen Seite der Sache dabei überhaupt nicht die Rede war. Herr Senator Harmssen hat uns die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Ausgabe überzeugend dargelegt. Aber wenn wir 4½ Millionen RM ausgeben sollen, dann müssen wir auch wissen, warum sie ausgegeben werden sollen. Gewiß verschließen wir uns nicht der Einsicht in die Notwendigkeit dieser Arbeiten, wohl aber haben wir Kritik zu üben an der Arbeit, wie diese Arbeiten vergeben worden sind. Es hatten sich um diese Aufträge die Firma Miag, Braunschweig, und Hartmann in Offenbach beworben. Die Miag ist eine Weltfirma mit dem Sitz vor den Toren Bremens mit 3000 Mann Belegschaft, einem gut eingearbeiteten Personal. Die Firma Hartmann in Offenbach, die den Auftrag erhalten hat, hat 240 Mann Belegschaft; sie besteht aus zwei Werken, deren eines völlig zerstört und deren anderes zu zwei Dritteln zerstört ist, und die deshalb gar nicht in der Lage ist, ein derartiges Millionenobjekt auszuführen. Wahrscheinlich will sie diesen Auftrag nur dazu benutzen, um ihre eigenen Werke wieder aufzubauen, und das kann doch nicht der Zweck dieses Auftrages sein. Wir wollen diese Anlage vor der kommenden Währungsreform schleunigst fertiggestellt sehen. Es sind mehr als vier Monate her, daß der Auftrag erteilt wurde, wir haben aber bisher noch nichts davon bemerkt, daß dort etwas geschehen ist.

Aus diesem Grunde will ich meine Bedenken auch hier zum Ausdruck bringen, die Ausgabe dieser 4½ Millionen erst dann vorzunehmen, wenn wir ein greifbares Resultat sehen.

Wenn sich diese Auskunft bestätigt, wird es Aufgabe der Wirtschaftsdeputation und des Herrn Senators

Dr. Apelt sein, diese Sache einer neuen Prüfung zu unterziehen. Wir können es uns nicht erlauben, einem Unternehmen, das der Vermögenskontrolle unterliegt und zerstört ist, 4½ Millionen RM zu geben, damit es sich erst wieder saniert.

Fachleute urteilen außerdem, daß diese viereinhalb Millionen nicht ausreichen, es wird die doppelte Summe ausmachen. Das Gutachten hat, wie ich schon gesagt habe, lediglich akademischen Wert gehabt. Die größere Ingenieurkunst liegt beim Angebot Miag, hierüber viel zu sagen erübrigt sich, denn Miag ist bekannt. Hinzu kommt, daß das Werk selbst in der Lage ist, zu bauen, während Hartmann nicht bauen kann.

Ich bitte, meinen Anregungen zu folgen, alle Ausgaben für diesen Auftrag immer einer größten Vorsicht zu unterziehen, und nur dann zu zahlen, wenn greifbare Objekte da sind.

Herr Senator Dr. Apelt: Es ist heute nicht Zeit, hierüber ausführliche Erörterungen anzustellen. Wenn Herr Schimmeck erwartet, daß wir jetzt schon vor uns einen Teil der Neukonstruktion sehen könnten, so muß ich darauf hinweisen, daß ja erst der Pier hergestellt sein muß, bevor wir neu aufbauen können. Der alte Pier ist bereits zu einem Viertel oder einem Drittel abgebaut worden, und wir haben allen Grund, diese Arbeit nach Möglichkeit zu beschleunigen, weil nach den uns vorliegenden Nachrichten die Firma Hartmann bereits mit ihrer Arbeit sehr weit fortgeschritten ist und keinesfalls später mit der Aufstellung beginnen will, als es im Bauplan vorgesehen ist.

Herr Hollmann (FDP.): Wir haben in der Wirtschaftsdeputation wahrlich reichlich genug Gelegenheit gehabt, über dieses Projekt zu diskutieren. Wir haben die Argumente des Herrn Schimmeck auch ausführlich angehört. Und außerdem hat die Deputation nach mehreren Beratungen sehr sorgfältig und unter Beachtung der von Herrn Schimmeck vorgetragenen Bedenken abgestimmt, und zwar gegen Herrn Schimmeck und ich glaube, dabei dürfte es sein Bewenden haben, ohne daß wir die Deputation nochmals zu hören brauchen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Wiederaufbauarbeiten in der Stadt Bremen.

7. Flächenaufräumung der westlichen Vorstadt usw.

Herr Grabau (FDP.): Ich habe bereits in meiner Rede zum Haushaltsplan im allgemeinen um eine Erklärung gebeten, wenn hier 6,5 Millionen RM Ausgaben für Wiederaufbau der Stadt Bremen für das Jahr 1947 eingesetzt werden, wo eigentlich die Einnahmen veranschlagt sind für die Steine und für die anderen Sachen, die aus dieser Bergungsaktion stammen, in Erscheinung treten. Wir legen größten Wert auf Aufklärung, weil in der Bevölkerung die unsinnigsten Gerüchte umgehen.

Herr Senator Dr. Nolting-Hauff: Die 6,5 Millionen RM, die hier veranschlagt worden sind, stellen einen, ich möchte sagen, Saldobetrag dar, der veranschlagt worden ist auf Grund der Ziffern des Jahres 1946, die ich hiermit bekanntgeben möchte.

Die Ausgaben für die Wiederaufräumung in der westlichen Vorstadt haben 1946 betragen

8 392 792,12 RM.

Dem stehen an Einnahmen folgende Beträge gegenüber:

Ziegelsteine geputzt und ungeputzt	494 890,93 RM
Sonstige wiederverwertbare	
Gegenstände	157 715,05 RM
Schutt und dergleichen	28 000,02 RM
Geräteverkauf	14 000,— RM

Als Einnahmeposten ein Lohnbetrag von

2 415 924,05 RM,

so daß als Saldo 4 999 564,16 RM übrig bleiben, also rd. 5 Millionen RM. Auf diesen Ziffern basiert der Voranschlag des Außerordentlichen Haushalts für das laufende Jahr von 6,5 Millionen RM.

Herr Hollmann (FDP.): Ich möchte doch fragen, woher die über zwei Millionen Lohneinnahmen kommen. Sie müssen die Frage bei mir entschuldigen, denn uns interessiert, wer bei der Entrümmung der Gewinnende ist.

Herr Senator Dr. Nolting-Hauff: Die Einnahmen ergeben sich daraus, daß die Firmen, deren Arbeitskräfte für die Aufräumungsaktion zur Verfügung gestellt wurden, diese Arbeitskräfte bezahlt haben. Infolgedessen haben die Baufirmen, die mit der Wiederaufbauaktion betraut waren, die einkommenden Lohnbeträge an die Stadt abgeführt.

Herr Hollmann (FDP.): Dann darf ich feststellen, daß die vielgelästerten Privatunternehmer die Stadt bei dieser Aktion finanziert haben.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

B. Wiederaufbauarbeiten in der Stadt Bremen.

Herr Schimmeck (KPD.): Ich vermisste irgendwelche Ausgaben für die Weserbrücken. Kann Herr Senator darüber Auskunft geben?

Herr Senator Dr. Nolting-Hauff: Für die Weserbrücken sind veranschlagt 1 280 000 RM.

Herr Senator Theil: Sie sind in diesem Haushalt noch nicht enthalten, weil der Haushalt vorzeitig gedruckt wurde.

Herr Schimmeck (KPD.): Ich habe auch hier noch was zu sagen. Es soll dies keine Kritik sein. Aber wenn man 1,28 Millionen RM ausgibt, will man ja etwas davon haben. Man sieht zwar ein zweistöckiges Eisengerüst, wo ungeheuer viel Eisen eingebaut ist, das nicht verschwendet werden dürfte, weil wir kein Eisenkontingent bekommen. Gehen Sie hinaus, sehen Sie sich das Gebilde an, und Sie werden erstaunt sein, wie sehr man das Stadtbild Bremens mit dieser Eisenbrücke verschandelt. Wir wollen für die Zukunft bauen, die Brücke soll ein bis zwei Generationen als Wahrzeichen Bremens gelten. Wir haben uns in der Deputation lange genug damit beschäftigt, ob die Möglichkeit bestände, etwas Modernes, sagen wir Dauerndes, zu bauen. Und diese Möglichkeit muß ich nach wie vor auch heute noch bejahen. Es sollte eine Brücke gebaut werden an Stelle der alten Brücke, modern, aber mit weniger Eisen als die jetzige, aber mit der doppelten Breite, eine Brücke mit 11 Meter Fahrbreite, beiderseits je 3 Meter Fußsteig und 1,50 Meter Radfahrweg. Das war geplant. Dieses Projekt lag auch bei der Bauverwaltung vor. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei den Beratungen der Baudeputation das Projekt bereits fertig war und der Auftrag bereits zugesagt

war. Ich habe den Eindruck, daß sich die Baudeputation hat überfahren lassen. Denn wenn ich eine Brücke für Generationen bauen will, spielen ein bis zwei Monate keine Rolle, wenn man zweieinhalb Jahre bereits wartete. Ich spreche hier nicht als Parteimann. Ich könnte dieselben Ausführungen bei jeder anderen Partei machen, denn das ist eine fachliche Angelegenheit. Man hätte etwas länger prüfen sollen und das Angebot wählen sollen, das die Firma August Klönne, Dortmund, eingereicht hat. 200 Tonnen Eisen wollte die Firma ohne Kontingent geben, während die jetzige Brücke 1400 Tonnen Eisen erfordert und eine Lebensdauer von etwa zehn Jahren hat. Das ist nämlich der springende Punkt, daß wir im Augenblick eine Brücke bekommen, die wir später wieder abreißen müssen, daß wir in etwa 10 Jahren noch einmal eine andere Brücke bauen müssen und daß wir dann die eineinhalb Millionen getrost in den Wind hinauswerfen. Für mich war ausschlaggebend, etwas Modernes zu bekommen zum Preis von einer Million, was dauernden Bestand haben sollte. Und nachdem es möglich war, daß Minden die Kontingente für eine große Rheinbrücke bei Bonn freigab, und nachdem bei Traben-Trarbach über die Mosel auch eine moderne Brücke gebaut wurde, sollten wir in Bremen alles versucht haben, um die Kontingente auch in Höhe von 800 Tonnen zu erhalten. Wir können an der Sache heute nichts mehr ändern. Wir haben dem Senat unsere Unterstützung zugesagt, stehen aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß dieses Eisengerüst eine Verschandelung der Stadt bedeutet und in zehn Jahren die Notwendigkeit besteht, nochmals den gleichen Betrag für den Bau einer neuen Brücke aufzuwenden.

Herr Senator Theil: Die Ausführungen von Herrn Schimmeck gehören zu demselben Kapitel wie vorher bei der Getreideverkehrsanlage. Auch diese Angelegenheit ist aufs eingehendste in der Deputation durchgesprochen worden. Ich kenne heute nicht mehr das Stimmergebnis in der Deputation, wenn ich aber nicht irre, war es genau so wie in der Deputation für Wirtschaft. Die Deputation hat gegen die Stimme von Herrn Schimmeck sich für das jetzt in der Durchführung befindliche Projekt entschieden. Entscheidend waren hierfür die Eisenbeschaffungsschwierigkeiten.

Meine Damen und Herren, ich und andere Herren sind wegen der außerordentlichen Schwierigkeiten nach der Eis- und Brückenkatastrophe nicht weniger als dreimal in Stuttgart und Bielefeld gewesen, um Eisen freizubekommen. Herr Oberbaurat Lamster hat in ständiger Fühlungnahme mit der Straßen- und Verkehrsdirektion in Bielefeld gestanden, und es war leider nicht möglich, die auch von uns aus gesehen begrüßenswertere Brücke zu bauen. Es kam für uns nicht darauf an, ein Wahrzeichen Bremens wiederzuerrichten, wenn wir das mit dem Zweck hätten verbinden können, wäre es gut gewesen. Es kam für uns darauf an, die Verkehrsschwierigkeiten über die Weser so schnell wie möglich zu beheben.

Glücklicherweise werden — ich darf dies wohl zum erstenmal in der Öffentlichkeit sagen —, Mitte November beide Brücken, sowohl die Große Weserbrücke als auch die Westbrücke, dem Verkehr übergeben. Wir müssen den Fußgängerverkehr leider noch für einige Wochen über die Behelfsbrücken leiten, aber nach Ablauf von wahrscheinlich drei bis vier Wochen wird auch der Fußgänger über die ordent-

lichen Straßenbrücken gehen können. Die Behelfsbrücken sollen vor Eintritt eventuellen Eisgangs abgebrochen sein. Das bitte ich doch, meine Damen und Herren, dabei zu berücksichtigen. Hätten wir uns für das von Herrn Schimmeck besonders unterstützte Projekt der Firma Klönne entschieden, dann wären wir — darüber war ich mir völlig klar nach Kenntnisnahme der Sachlage in Bielefeld und Stuttgart und bei den Walzwerken — um ein halbes bis drei Vierteljahre in Verzug geraten, und wir hätten uns mit einer Notbrücke auch im kommenden Winter behelfen müssen. Die Lebensdauer der jetzt im Bau befindlichen Westbrücke ist — davon bin ich überzeugt — von Herrn Schimmeck als zu gering angegeben worden. Aber selbst, wenn sie nur zehn Jahre halten sollte, hätte sie dann, glaube ich, ihren Zweck erfüllt; und ich will nur hoffen, daß wir in zehn Jahren soweit sein werden, um auf die Pfeiler der Westbrücke wieder ein friedensmäßiges Brückengerät legen zu können.

Ich möchte noch eines sagen: Ich empfinde es fast — Herr Schimmeck möge es mir verzeihen — als eine, ich möchte sagen, gemeingefährliche Vorstellung, eine Gegenschätzung ihrer Mitglieder, daß die Baudeputation überfahren worden sei. Noch nach dem Beschluß der Baudeputation sind andere aufgetauchte Projekte geprüft worden, und ich habe mir sehr wohl überlegt, ob ich ein von der Dortmunder Union vorgelegtes noch einmal der Baudeputation unterbreiten sollte. Aber nach Beratungen mit einem Sachverständigen bin ich davon abgekommen, weil es sich dabei auch um ein Kriegsgeschäft gehandelt hat, genau so wie die jetzt im Bau befindliche Brücke. Ich darf versichern — sofern es einer solchen Versicherung überhaupt noch bedarf —, daß bei mir keinerlei Beziehungen zu irgendwelchen privaten Firmen bestehen; eher könnte das lebhafteste Eintreten des Herrn Schimmeck für die Firma Klönne einen entsprechenden Verdacht gegen ihn aufkommen lassen!

Herr Schimmeck (KPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte es doch für notwendig, zu den Bemerkungen von Herrn Senator Theil folgendes zu sagen: Es ist mir bekannt, daß die Vertreter von Stahlbau Rheinhausen seinerzeit in Bielefeld waren. Mir ist auch bekannt, daß diese Herren dort gesagt haben: Gebt Bremen kein Kontingent, denn wir haben eine fertige Brücke da! Das ist kein bloßer Verdacht, sondern das ist Tatsache. Denn die Herren vom Stahlbau Rheinhausen sind geschickte und tüchtige Kaufleute. (Herr Senator Theil: Das haben Sie in der Baudeputation nicht gesagt!). Der Vertreter von Rheinhausen war Herr Dr. Hermann, der Ihnen ja von Bremen her noch in Erinnerung sein wird. Der war geschickt genug, dort zu erklären: Hier liegt unser Angebot vor; bekommt Bremen das zugewiesen, dann braucht es keine Kontingente. Und Bielefeld war dann schnell bei der Hand und sagte: Bremen bekommt keine Kontingente und bekommt dafür eine fertige Brücke! Nach Kriegsschlus waren laufend SKR-Kriegsbrücken weitergebaut worden, und man hatte ja die fertigen Brücken da liegen, die man irgendwie nun an den Mann bringen mußte. Hierin liegt durchaus kein Vorwurf gegen irgendeinen bremischen Beamten, und ich mache auch keiner bremischen Stelle einen Vorwurf daraus, sondern ich sage nur: Wenn wir heute 1½ Millionen RM ausgeben und nach zehn Jahren gezwungen sein werden, ebensoviel noch einmal auszugeben, dann wäre es doch besser, daß wir

ruhig noch etwas warten und dann in einem halben Jahre einen Brückenbau vollenden, der sich dann wirklich sehen lassen kann. Ich bedaure jedenfalls, daß in der Baudeputation zu wenig Fachleute sitzen, dann wäre dort wohl anders beschlossen worden.

Herr Senator Theil: Ich halte die Darstellung von Herrn Schimmeck über die Vorgänge in Bielefeld für sehr unwahrscheinlich. In Wirklichkeit hatte Rheinhäusen gar keine fertige Brücke, weshalb es auch niemals die behauptete Erklärung abgegeben haben kann. Die jetzt in der Ausführung befindliche neue Westbrücke stammt zum großen Teil aus amerikanischen Militärbeständen in Süddeutschland.

Präsident: Damit ist die Spezialdebatte geschlossen. Die Herren haben jetzt die Möglichkeit, ihre Schlüßworte zu sprechen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß sie sie auch unbedingt sprechen müssen (Heiterkeit). Ihre Redezeit beträgt aber nur jeweils 15 Minuten.

Herr Rafoth (KPD.): Ich verzichte!

Herr Grabau (FDP.): Ich verzichte!

Herr Dr. Lucken (BDV.): Auch ich verzichte!

Herr Degenhardt (CDU.): Ich verzichte!

Herr Stockhinger (SPD.): Herr Böhm verzichtet auch!

Herr Balcke (SPD.): Ich verzichte!

Herr Senator Dr. Nolting-Hauff: Ich verzichte!

Präsident: Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Das Haushaltsgesetz des Landes Bremen für das Rechnungsjahr 1947 wird in einmaliger Lesung angenommen.

Das Haushaltsgesetz der Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1947 wird in einmaliger Lesung angenommen.

Der Ordentliche Haushalt des Landes Bremen 1947 wird angenommen.

Der Ordentliche Haushalt der Hansestadt Bremen 1947 wird angenommen.

Der Außerordentliche Haushalt der Hansestadt Bremen 1947 wird angenommen.

Präsident: Ich stelle ausdrücklich fest, daß sowohl die Haushaltsgesetze wie auch die Haushaltspläne von der Bürgerschaft einstimmig angenommen worden sind. (Beifall).

Mitteilung des Senats vom 19. September 1947:

Übertragung von Zuständigkeiten der Bürgerschaft auf die Finanzdeputation.

Die Vorlage wird angenommen.

Präsident: Ich danke Herrn Senator Dr. Nolting-Hauff und den ihm beigeordneten Herren für ihr Erscheinen.

II. Mitteilung des Senats vom 5. September 1947:

Kühlhausneubau am Holz- und Fabrikenhafen.

Senatskommissar Senator Dr. Apelt.

Herr Senator Dr. Apelt: Ich glaube, es ist nicht erforderlich, dieser Vorlage noch eine Begründung zu geben.

Die Vorlage wird angenommen.

Mündlicher Bericht betreffend Gerüchte über Herrn Senator Wolters.

Präsident: Der Bericht für die Mehrheit des Prüfungsausschusses wird von Herrn Hollmann (FDP.) erstattet.

(Schriftlicher Bericht siehe Anhang Bericht Nr. 3.)

Herr Hollmann (FDP.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, die Gründe, die uns von der FDP. bewegen, diesem Mehrheitsbeschuß beizutreten, Ihnen kurz darzulegen. Es ist jetzt einviertel Jahr her, da stand an dieser Stelle, an der ich jetzt stehe, Herr Dr. jur. Ahlers und erhob Einspruch gegen ein Gerichts- oder Ermittlungsverfahren, welches dem Angeklagten zumutete, ohne jede Verteidigungsmöglichkeit und ohne jede Einsichtnahme in die Akten ein gefälltes Urteil annehmen zu müssen. Er erhob Protest dagegen und sagte seinerzeit, daß in der ganzen zivilisierten Welt ein derartiges Verfahren nicht üblich sei. Er machte die Einschränkung: In der zivilisierten Welt. Ich glaube nicht, daß man das Dritte Reich als zivilisiert bezeichnen kann. Es handelte sich seinerzeit um das Entnazifizierungsgesetz. Wir sind nicht in der Lage, mit zweierlei Maß zu messen. Ich darf bemerken, daß seinerzeit Herr Senator Wolters verurteilt worden ist, er aber keine Möglichkeit hatte, dagegen Berufung einzulegen, und ihm auch nicht die Begründung des Urteils zugestellt worden ist. Damit ist nach dem Strafgesetz und nach den Ausführungsbestimmungen des Strafgesetzes dieses Urteil niemals rechtskräftig geworden. Wir von der FDP. waren auch nicht in der Lage, uns über das seinerzeit Ihnen allen bekannt gewordene Gutachten des Herrn Bürgermeister Dr. Spitta hinwegzusetzen. Wir waren auch nicht in der Lage, uns über den Beschluß des Gesamt-senats, der sich hinter Herrn Senator Wolters stellte, hinwegzusetzen. Diesen Beschluß konnten wir einfach nicht außer acht lassen. Wir weisen auch darauf hin, daß das Staatsoberhaupt, Herr Bürgermeister Kaizen, un widersprochen als väterlicher Freund des Herrn Senator Wolters gilt und gelten kann. Wir weisen auch darauf hin, daß seine Strafe verbüßt ist. Und wenn in einem Strafrechtsverfahren die Strafe ausgesprochen ist, dann hat niemand nachher das Recht, darüber noch groß sich zu entrüsten. Denn ich stehe auf dem Standpunkt: Sieh, o Bruder, erst einmal den Balken in deinem Auge, ehe du den Splitter in meinem Auge siehst.

Meine Damen und Herren, die FDP. ist gegen das Verbleiben des Herrn Senator Wolters in seinem Amt als Wirtschaftssenator, wir ziehen es aber vor zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß der Sozialdemokrat Hermann Wolters aus dem Amt kommt.

Präsident: Der Bericht für die Minderheit des Prüfungsausschusses wird von Herrn Bote (BDV.) erstattet.

(Schriftlicher Bericht siehe Anhang Bericht Nr. 4.)

Herr Bote (BDV.): Ich habe für die BDV. dazu nur zu bemerken, daß ich als Vorsitzender des Gesamtausschusses mit Genehmigung sämtlicher Ausschußmitglieder folgenden Weg vorgeschlagen habe: Weil das Resultat der Beratungen das war, daß nicht alle der zur Beratung gekommenen Fälle politischer Natur seien, möge bis zur Wiederaufnahme der Angelegenheit durch die Gerichte und bis zu ihrer Klärung Herr Senator Wolters sein Amt niederlegen (Widerspruch links), damit der Fall bis zur Erledigung dieses schwe-

benden Verfahrens aus der Öffentlichkeit und aus dem Wahlkampf herausgehalten werde. Dieser Weg ist dann nicht gewünscht worden, und es steht der Minderheit somit frei, ihre Ansicht genau so zu vertreten wie der Mehrheit, und das habe ich mit meinem Vortrage getan. (Erregte Zurufe und Pfuirufe links während dieser Ausführungen. (Beifall rechts).

Herr Rafoth (KPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bericht, den die Minderheit des Ausschusses, vertreten durch Herrn Bote, über die Untersuchung der Gerüchte über Herrn Senator Wolters gegeben hat, lag auch in der letzten Sitzung des Ausschusses den Mitgliedern vor. Vorausgegangen war der letzten Sitzung des Ausschusses eine Untersuchung, die zwei Mitglieder des Sekretariats unserer Partei zum Fall Wolters in Hamburg angestellt hatten. Die Äuskünfte, die die Oberstaatsanwaltschaft und die sonstigen Behörden in Hamburg geben konnten, waren nicht ausreichend zu einer konkreten und vertretbaren Urteilsfindung des Ausschusses. Herr Bote sagt, daß die kommunistischen Mitglieder des Ausschusses die Tat anders beurteilt hätten als zu Beginn. Da darf ich ihm entgegenhalten, daß nach der Erklärung der kommunistischen Fraktion und ihrem Verhalten in den zwei Ausschusssitzungen die Tat als solche von uns gleichmäßig beurteilt worden ist. Wir sind überzeugt, daß Herr Senator Wolters heute als gereifter Mann und Politiker dieser Auffassung, die auch von der SPD vertreten und gebilligt wurde, ebenfalls zustimmen würde. Die Untersuchungen, die wir in Hamburg angestellt haben, ergaben bei den dortigen Organisationen und den ehemaligen Freunden von Herrn Senator Wolters ein Bild, das die Motive dieser Tat in einem ganz andern Licht erscheinen ließ, als es im Ausschuss zunächst den Anschein hatte. Wir sind aber der Auffassung, daß für die Beurteilung einer Tat immer die Motive entscheidend sind. Inzwischen tat sich aber etwas anderes. Die BDV. druckte ein Plakat, in dem sie den vom Vertrauen von vier Parteien — unter denen sich die BDV. nicht befindet — getragenen und in Vorschlag gebrachten Hauptkläger vor den Spruchkammern Bremens im Entnazifizierungsverfahren ebenfalls einer kriminellen Tat beschuldigte (Lebhafte „Hört-Hört“-Rufe links, große Unruhe im Hause). Und als die BDV. das Plakat dann nicht veröffentlichten konnte, weil dem Bedenken der Militärregierung entgegenstanden, da stellte sich das für dieses Plakat verantwortliche Vorstandsmitglied der BDV. in einer Mitgliederversammlung der BDV. hin und erklärte, daß eine entsprechende Flüsterpropaganda gegen Herrn Hollmann, um den es sich hier handelt, sehr nützlich sein würde (Große Unruhe und Zurufe). Meine Damen und Herren! Wir wissen aus der Vergangenheit, was Flüsterpropaganda bedeutet! Dann allerdings beriefen Sie sich in einer Sitzung mit der Militärregierung darauf, daß diese Gerüchte Ihnen zugegangen worden seien und Sie ihnen pflichtgemäß nachgehen müßten.

Diese Methode der BDV., einen politischen Gegner persönlich zu diffamieren, hat uns den Fall des Herrn Senators Wolters in einem wesentlich anderen Licht sehen lassen. Diese Erfahrung veranlaßt uns, in die Sachlichkeit der BDV. allerhand Zweifel zu setzen. Denn es ist nach unsern Erfahrungen die gleiche Methode, die man schon bisher immer anzuwenden pflegte, wenn es darum ging, Leute, die dem Fortschritt und

der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung ihr Lebensziel gewidmet hatten, persönlich zu diffamieren. Und weil wir eben wissen, daß solche Methoden auf jener Seite üblich sind, deshalb ist es notwendig, mit aller Schärfe gegen Vertreter einer Partei Stellung zu nehmen, die — davon bin ich fest überzeugt — es sich zum Ziel gesetzt hat, nicht den Menschen Wolters zu treffen, sondern den sozialdemokratischen Wirtschaftssenator Wolters, um dadurch bessere Geschäfte für sich selbst machen zu können. (Lebhafte Zustimmung links). Wir sind aber keineswegs gewillt, solche Methoden im Wahlkampf und in den politischen Auseinandersetzungen überhaupt einreißen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung links). Ich glaube, meine Damen und Herren, die Kommunistische Partei hat seit Kriegsende bewiesen, daß sie im politischen Kampf versucht und zwar mit gutem Erfolge versucht, sehr sachlich zu sein. Für derartige Machenschaften, wie wir sie heute wieder kennengelernt haben, haben wir keine andere Kennzeichnung als das Wort, das man schon früher immer auf solche Vorkommnisse anwandte, indem man sie politische Brunnenvergiftung genannt hat. Die Straftaten, für die Herr Senator Wolters im Zuchthaus gesessen hat, sind in ihrer Auswirkung nicht zuletzt auch den Leuten zugutegekommen, die ihn jetzt in dieser Weise anfeinden (Lebhafter Beifall links), und die ihm deshalb dankbar dafür sein sollten. Deshalb dürfen politische Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze nicht in der Weise ausgetragen werden, wie es hier wieder einmal versucht worden ist.

Wir sind der Auffassung und schließen uns durchaus den Ausführungen von Herrn Hollmann an, daß, wenn eine Tat bestraft und gebüßt ist, niemand und am allerwenigsten die BDV. das Recht haben dürfte, darüber sich zu mokieren. Was aber die geradezu unglaubliche Schlußfolgerung in dem Bericht der Minderheit anlangt, daß Menschen, die mit Zuchthaus bestraft sind und verurteilt wurden nach nationalsozialistischer verbrecherischer Gesetzgebung und Rechtsprechung, kein öffentliches Amt bekleiden könnten, das schlägt dem Faß den Boden aus. Wir müßten 70 Prozent aller amtierenden deutschen Landesregierungen nach Haus schicken, wenn wir danach verfahren wollten. (Zwischenruf links: Damit die BDV. allein übrig bliebe). Allerdings, es blieben dann nur jene Leute übrig, die im Hintergrund Geschäfte machend das Dritte Reich mit seinem Krieg und seinen ganzen Erscheinungen als willkommene Bereicherung ihrer Geschäftstätigkeit nicht so ungern benützt haben, aber dann, wenn sie von dieser politischen Herrschaft befreit sind, wieder als treue „Demokraten“ machen, um jene aufrechten Kämpfer und Sozialisten, die ihre Auffassung mit Zuchthaus und KZ.-Lagern erhärtet haben, in der Öffentlichkeit zu diffamieren.

Meine Damen und Herren, wir schauen mit Ruhe dem nächsten Angriff der BDV. und CDU. entgegen, vielleicht gegen Frau Senator Popall, die auch 12 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust bekommen hat, in ähnlicher Weise zu Felde zu ziehen. (Herr Degener (CDU.): Wir haben gar nicht die Absicht). Wir sehen diesen Dingen mit größter Ruhe entgegen, und wir glauben, daß es eigentlich das Pech dieser Parteien ist, in ihren Reihen nicht Menschen zu haben, die ebenso aktiv gegen den Nazismus gekämpft haben als die Sozialisten und Kommunisten. (Herr Rex (CDU.): Nun hör aber auf, Mensch).

Herr Stockhinger (SPD.): Herr Präsident, Meine Damen und Herren! Es ist außerordentlich schwer, in Anbetracht des Berichts, den die Minderheit des Ausschusses hier erstattet hat, sachlich und ruhig zu bleiben. Ich möchte auf einige ganz klare Tatsachen verweisen. Als die alliierten Truppen vor den Toren Bremens standen und als die Nazis dazu übergingen, unsere Stadt restlos dem Boden gleichzumachen, als die Brücken gesprengt werden sollten, hat Herr Senator Wolters, damals ohne amtliche Funktion, sich mit den Kreisen der deutschen Wehrmacht in Bremen in Verbindung gesetzt, sie aufgefordert, die Gestapo zu entfernen, Bremen kampfflos zu übergeben und Gestapo und SS-Führer auf dem Domshof öffentlich zu erschießen. Das bedeutet, daß Wolters sich vollkommen in die Hände der Militärs begab, die ihn jeden Augenblick an die Wand hätten stellen können. So hat Wolters gehandelt, indem er nach 7½ Jahren Nazizuchthaus sein eigenes Leben in die Schanze schlug, nicht für sich, nicht für eine Partei, sondern für das deutsche Volk und die Leute, die sich heute hinstellen und angeblich Volksinteressen vertreten. Wir wissen, wo diese Interessen zu suchen sind. (Zwischenruf: Geldsack!)

Diese Leute, die damals nichts, aber auch gar nichts unternommen haben, um die Zerstörung Deutschlands und die Verelendung des deutschen Volkes zu verhindern, fühlen sich heute berufen, ein Urteil über diesen Kämpfer zu fällen. Ich weise darauf hin, Herr Rafoth hat daran erinnert, daß die BDV. bereit war, ein Plakat mit gleichen Diffamierungen gegen Herrn Hollmann zu verbreiten, den sie im Vorjahr noch für ihre Zwecke zu benutzen können glaubte, indem sie ihm anbot, als zweiter Spitzenkandidat ihrer Partei zu kandidieren. Erst nachdem Herr Hollmann sich politisch von ihr getrennt hat und nachdem nunmehr für den Führer der BDV. Herrn Wenhold, die Gefahr besteht, daß Herr Hollmann ihn als öffentlichen Ankläger in die Gruppe der Hauptschuldigen einreicht, wurde gegen Herrn Hollmann, genau so wie gegen Herrn Senator Wolters, dieser Angriff vorbereitet. Es war für uns geradezu niederschmetternd, als uns bei der Besprechung bei der Militärregierung von dieser gesagt wurde, und zwar im Beisein von Vertretern der BDV.: Wenn solche Methoden in Ihrem politischen Kampf Platz greifen, dann hat die Militärregierung jedes Interesse an Bremen verloren und es kann ihr gleich sein, wenn die Stadt Bremen in Niedersachsen aufgeht. (Hört-Hört-Rufe links). Und ich muß sagen, daß das die Leute sind, die immer in salbungsvollen Reden mit dem Brustton der Überzeugung das Recht für sich gepachtet haben wollen, einzig und allein im Interesse der Vaterstadt Bremen zu arbeiten. Die Leute, die in Wirklichkeit bereit sind, die Selbständigkeit Bremens preiszugeben, wenn es ihnen politisch in den Kram paßt, um ihr Parteistüppchen zu kochen. Ich werde in breiter Öffentlichkeit das klar herausstellen und ich wünsche nichts sehnlicher, daß aus dieser Erkenntnis heraus allein es genügen müßte, der BDV. die Möglichkeit zu nehmen, die 5 Prozent Stimmen zu bekommen, um überhaupt wieder ins Parlament zu kommen. Ich muß des weiteren sagen, daß die Herren von der Militärregierung ein schönes Wort gesagt haben: Sagen Sie uns, was haben Sie demgegenüber aufzuweisen? Herr Hollmann hat mit Frau und Familie während der Nazi Herrschaft im Gefängnis und im KZ gesessen. Wer von Ihnen, meine Herren, hat ein gleiches Opfer für das deutsche Volk gebracht? Keiner

war dazu bereit, das gleiche auszuhalten. Aber antifaschistische Kämpfer mit Dreck zu bewerfen, dafür glauben Sie heute die Zeit schon wieder gekommen. Sie müssen sich nicht wundern, wenn Ihnen eines Tages von der Arbeiterschaft derb auf die Finger geklopft wird. Ich muß noch weiter sagen, daß Sie alle diese Maßnahmen nur treffen, weil Sie angeblich für „politische Sauberkeit“ sind. Ich habe diesen Ausspruch Direktor Meinekes zur Kenntnis genommen, um Ihnen zu sagen: Von politischer Sauberkeit können wir nur reden, wenn Leute Ihres Schlages von der politischen Bildfläche verschwunden sind. Ich will weiter darauf hinweisen, welche Mängel der Minderheitsbericht des Ausschusses enthält: Wenn da gesagt wird, daß die Untersuchungen, die gepflogen worden sind, im Falle der Abteilung Bruns zu keinem Beweis geführt haben, so waren wir uns im Unterausschuß einstimmig darüber klar, daß von den ganzen Gerüchten sich nichts als wahr erwiesen hat. Diese Gerüchte waren unwahr und sind aus irgendwelchen niederträchtigen Beweggründen in Umlauf gesetzt worden. Es ist weiter davon gesprochen worden, daß sich der Anschlag auf das Hotel Adler so und so abgespielt hat. Kein Wort in dem Bericht davon, daß zumindest doch diese Taten für jeden vernünftig Denkenden politische Taten sind.

Ich stelle fest, daß Herr Senator Wolters dem Untersuchungsausschuß angeboten hat, die notwendigen Zeugen herbeizubringen, um alle diese Fälle restlos zu klären. Der Untersuchungsausschuß hat das abgelehnt und BDV. und CDU. haben es für richtig gehalten, ohne Entlastungszeugen ein Urteil zu fällen. FDP. und KPD. haben von sich aus gründliche Untersuchungen in Hamburg angestellt, die auch zur Erklärung mit herangezogen worden sind, die Herr Hollmann abgegeben hat. Die BDV. und die CDU. haben es nicht für nötig gehalten, Recht zu suchen und zu finden, sondern es ging ihnen nur darum, den Wirtschaftssenator Wolters abzuschießen, weil man schon einen Nachfolger dafür da hat. Man weiß schon, wer dann an seine Stelle tritt, Herr Wilkens von der Handelskammer. (Widerspruch rechts).

Meine Herren, stehen Sie doch einmal öffentlich zu Ihren Worten, die Sie privat aussprechen. Wenn Sie zum Schluß nach § 31 des Strafgesetzbuches feststellen, daß daraus folgere, daß Herr Senator Wolters nicht würdig sei, ein öffentliches Amt zu bekleiden, ja, meine Damen und Herren, dann müssen wir die Hälfte der deutschen Regierungen absetzen, dann müssen wir auch unsere verehrte Frau Vizepräsidentin Anna Stiegler auffordern, ihren Platz zu räumen, denn auch sie hat 12 Jahre Zuchthaus bekommen. Und wir müssen Frau Senator Popall entfernen, und es werden an ihre Stelle gesetzt „Demokraten“ wie Herrn Meineke oder Dr. Entholt, der ja noch nicht einmal entnazifiziert ist und mit dem Sie noch Ihr blaues Wunder erleben werden. Wir werden bei der Überprüfung der uns von der BDV. und der CDU. präsentierten Senatskandidaten sehr vorsichtig sein müssen. Wir haben aber, das sprach ich im vergangenen Monat bereits aus, wir haben den Wahlkampf so sauber geführt und werden ihn so sauber führen, daß wir wie bisher von keiner Partei übertroffen werden können. (Zwischenruf der CDU.: Siehe Dr. Adenauer).

Wenn Herr Dr. Adenauer gleich zu Beginn der Rede mit faustdicken Lügen gegenüber unserem Bürgermeister Kaisen aufwartet, dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn dagegen die rechtlich denkende bre-

mische Bevölkerung protestiert. (Zuruf von Herrn Wellbrock: Lachen Sie nicht schon wieder Herr Müller, Herr Oberlögner Müller). (Glocke des Präsidenten. Präsident: Ich ermahne zur Ruhe und weise darauf hin, daß beim Ertönen der Glocke alle Streitgespräche aufzuhören haben!). Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn Sie im Wahlkampf mit faustdicken Lügen arbeiten, können Sie sich nicht wundern, wenn ich Ihnen zurufe: Sie kennen doch als Christen das Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinem Nächsten. Ich glaube aber kaum, daß die CDU das beherzigt, wenn sie plakatiert: Die SPD hat versagt, es muß Wandel geschaffen werden.

Warum sagen Sie nicht offen, daß in Rheinland-Westfalen im letzten Winter größere Not herrschte wie in Bremen, daß in Bayern keinerlei Bereitschaft vorhanden ist, die Not in den übrigen Ländern zu lindern, daß Bayern nur an sich denkt und daß dort Ihre Partei an der Regierung ist. Sie reden immer von Sauberkeit: „Wir sind für Sauberkeit und gegen Korruption!“ Und Sie wollen damit den Eindruck erwecken, als ob an den maßgebenden Stellen in Bremen Korruption herrsche. Meine Damen und Herren! Wenn Sie fortfahren, den Wahlkampf mit solchen Mitteln zu führen, wenn die persönliche Diffamierung des politischen Gegners bei Ihnen immer mehr zur Übung wird, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß Sie von uns die entsprechende Antwort erhalten. Da werden Sie noch Ihr blaues Wunder erleben! Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir uns schützend vor die Leute stellen, denen Sie glauben, in dieser Weise etwas am Zeuge flicken zu können. Und ich erkläre Ihnen, daß Herr Senator Wolters nach wie vor unser volles Vertrauen hat. (Lebhafter Beifall links.)

Herr Rex (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will Ihre Zeit in dieser Angelegenheit nicht solange in Anspruch nehmen, wie meine Herren Vorredner es getan haben. Gestatten Sie mir zunächst eine Bemerkung: Wenn Sie künftig mit einer solchen „Objektivität“, wie Sie in Ihrer Beurteilung des Falles Wolters heute an den Tag gelegt haben, fortfahren sollten, so kann ich Ihnen dazu nur gratulieren, denn das ist ja die reinste Wahlpropaganda, die Sie heute hier betrieben haben. (Sehr richtig! rechts — große Unruhe und Zurufe links.) Meine Damen und Herren! Nun hören Sie doch einmal zu, und lassen Sie mich auch einmal ausreden. Wir haben uns die Mühe gegeben, in dem einen Fall, der nach Ansicht der Minderheit des Untersuchungsausschusses nicht politischer Natur war, so objektiv wie nur irgend möglich zu urteilen. In den beiden andern Fällen stand für uns ja fest, daß es sich um politische Motive gehandelt hat; hierüber ist gar nicht mehr zu sprechen, hierüber wird Herrn Senator Wolters auch von der CDU die Anerkennung nicht vorenthalten. Das müssen die Herren vom Untersuchungsausschuß doch auch alle noch wissen. Ich weiß darum nicht, warum denn überhaupt dieser ganze Streit ausgebrochen ist.

Nun muß ich aber folgendes sagen: Wenn es sich bei Herrn Senator Wolters um eine Privatperson und um nichts anderes handelte, dann könnten uns die Dinge um Herrn Wolters völlig gleichgültig sein. Wir haben aber schon im Untersuchungsausschuß zum Ausdruck gebracht, daß für uns als Abgeordnete der Bürgerschaft, also als Vertreter der bremischen Bevölkerung der Fall Wolters ein ganz anderes Gesicht bekommt in dem Augenblick, wo es sich darum handelt,

daß die Stadt Bremen einen Senator hat, dem derartige Strafdelikte zur Last gelegt werden, um die es sich in diesem Falle handelt. Meine Damen und Herren! Herr Senator Wolters hat uns auf Befragen diese Taten in allen ihren Einzelheiten geschildert und zugegeben, es ist also gar kein Zweifel daran mehr möglich, daß der Raubüberfall sich so ereignet hat. (Herr Stockhinger: Daran zweifelt auch keiner!) Sie haben ihm aber andersgeordnete Motive unterstellt! Nun ist aber für unsere Haltung im Untersuchungsausschuß nicht die Strafe maßgebend gewesen, sondern die Tat an sich, das ist doch nicht wegzuwischen! Und solange Herr Senator Wolters Mitglied des Senats sein wird, solange wird die Bevölkerung in Bremen und auch anderswo nicht aufhören, darüber zu reden. (Große Unruhe links. Herr Stockhinger: Die „Bevölkerung“ sind Sie!) Nun, die Bevölkerung weiß genau Bescheid und weiß auch sehr gut zu unterscheiden, dazu braucht sie uns gar nicht.

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Stellung der KPD. zu dieser Frage. Diese Stellung erscheint uns so gummiartig, daß wir anfangs gar nicht einmal wußten, was von den Herren nun eigentlich gemeint sei. Die KPD. hat uns bis in die vorletzte Sitzung hinein erklärt, sie könne die Tat nicht als politische Tat anerkennen, da seinerzeit gar kein Grund dafür bestanden habe, derartige Raubüberfälle auszuführen, da Mittel genug vorhanden gewesen seien, um jemandem zur Flucht ins Ausland zu verhelfen, wenn es nötig gewesen wäre. Darüber hinaus war man in der KPD. auch der Ansicht, daß politische Motive in diesem Fall nicht mitgesprochen haben.

Und nun muß ich Ihnen etwas sagen, wozu Sie mich ja direkt herausgefordert haben in dieser Unterhaltung.

Herr Stockhinger hat nach Bekanntwerden der Stellung der KPD. im Untersuchungsausschuß mit großer Erregung gesagt, er wolle nun aber auch gegen die KPD. vorgehen und ihre Untaten gebührend in der Öffentlichkeit kennzeichnen. Auch die KPD. hat ein gleiches Vorgehen angekündigt. Ich habe aber dringend von solchen Schritten abgeraten, weil dadurch nur das Ansehen aller Parteien Schaden erleide und außerdem der Aufklärung in der Sache Wolters nicht gedient sei.

Darum hat die CDU. auch gar kein rechtes Interesse an dieser Aussprache. Die KPD. spricht jetzt davon, daß die Tat zu verstehen sei aus der damaligen revolutionären Situation. Ja, meine Damen und Herren, über eine derartige revolutionäre Situation haben wir an dieser Stelle schon einmal eine sehr heftige und hitzige Aussprache gehabt, als es nämlich um die Erörterung des Falles Behring ging. Damals hat man auch von der politischen Situation gesprochen durch die dieser Fall bedingt worden sei. Die CDU. hat damals die Auffassung vertreten, daß Recht Recht bleiben muß, und daß die politische Situation in diesem Fall nichts zu bedeuten hat. Nun sagt die KPD., daß im Falle Wolters die Tat zu verstehen sei aus einer gewissen revolutionären Romantik, aus politischen Umständen und aus der Jugend des Täters. Ja, meine Damen und Herren, entschuldigen denn alle diese Umstände die Tat an sich? Die können Sie doch weiß Gott nicht vertreten! Sie sagen, ehrenrührige Motive könnten schon deshalb nicht vor-

gelegen haben, weil Herr Senator Wolters sich im Gefängnis als Antifaschist hervorgetan und bekannt habe. Das ist aber doch kein Beweis dafür, daß bei ihm ehrenrührige Motive tatsächlich nicht mitgesprochen haben. Daß Herr Senator Wolters sich im Gefängnis als Antifaschist betätigt hat, glaube ich ihm gern. Aber alle diese Momente reichen nicht aus, um diese Tat entschuldigen und damit aus der Welt zu schaffen. Wenn die Frage gestellt wird, ob Herr Senator Wolters unter diesen Umständen bremischer Senator bleiben darf, so müssen wir darauf aus unserm Rechtsempfinden heraus Nein sagen. (Unruhe und Zurufe links, Beifall rechts.)

Frau Ley (BDV.): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Als Mitglied des Parteivorstandes der BDV. habe ich die Verhandlungen über den Fall Wolters in unserm Vorstand von Anfang an mitgemacht und kann deshalb aus eigener Kenntnis der Sachlage darüber berichten. Die Gerüchte über Herrn Senator Wolters sind zuerst vor etwa vier Monaten aufgetreten, haben also nichts mit den jetzt bevorstehenden Wahlen zu tun gehabt. Wir haben uns damals zunächst zurückgehalten, und erst als die Sache weitere Kreise zog, ist von uns der Antrag auf Untersuchung des Falles gestellt worden. Ich kann bestätigen, daß in unserm Vorstand das Bedauern darüber allgemein war. (Herr Stockhinger: Und wie steht es mit dem Fall Hollmann?) Wir haben damals den Fall Wolters jedenfalls sehr bedauert und haben versucht, ihn in einem Untersuchungsausschuß zu klären. Es hat sich ja nun leider gezeigt, daß unsere Begriffe in dieser Beziehung von denen der Herren Vorredner etwas verschieden sind. Schließlich betrachte ich mich in diesem Falle als unparteiisch und gebe kein politisches Urteil ab, wenn ich sage: Es ist doch in jedem Fall der beste Ausweg, wenn im Fall Wolters ein Revisionsantrag gestellt wird, damit alles in Ordnung kommt. Denn infolge dieser Gerüchte, die nun schon seit Monaten schwirren und nicht aus der Welt geschaffen werden können, sind nun einmal viele unserer Mitbürger vor den Kopf gestossen, die Klarheit darüber haben möchten, was daran Wahrheit ist. Aus diesem Grunde haben wir Herrn Senator Wolters vorgeschlagen, er möge ein Revisionsgesuch einreichen; und wenn eine Revision des Urteils zu einer Rehabilitierung von Herrn Senator Wolters führen sollte, so würde das nur mit Genugtuung aufgenommen werden. Jedenfalls muß ich mich dagegen verwahren, daß uns unterstellt wird, wir hätten den Fall Wolters wegen des Wahlkampfes aufgegriffen, um Herrn Wolters als Senator unmöglich zu machen. (Andauernde Unruhe und Zurufe links während dieser Ausführungen. Herr Stockhinger: Wolters ist doch schriftlich aufgefordert worden, seinen Posten niederzulegen!) Wenn die Sache so liegt, wie Sie sagen, dann mag ja das Gericht zugunsten von Wolters entscheiden; das Gericht mag entscheiden, ob die Tat politisch war oder nicht. (Herr Hollmann: Für uns war die Tat rein politisch!) Wir möchten jedenfalls, daß Herr Senator Wolters so dasteht, daß niemand an ihm Anstoß zu nehmen braucht! (Lachen und Zurufe links. Herr Hollmann: Gehen Sie in Ihr Kämmerlein und rechnen Sie dort mit Ihren eigenen Sünden ab, der Herr freut sich ja über jeden bekehrten Sünder! — Lachen und Zurufe.) Ich habe jedenfalls zu der Anständigkeit des Gerichts das Vertrauen, daß

es gerecht urteilen wird. (Erregte Zurufe.) Ich möchte entschieden in Abrede stellen, daß die BDV. an der Entstehung und Verbreitung dieser Gerüchte irgendwie beteiligt ist; das alles hat uns völlig ferngelegen. Wir werten die Persönlichkeit des Herrn Wolters rein sachlich. (Lachen links. Herr Stockhinger: Sie wollten ihn politisch treffen, indem Sie ihm persönlich am Zeuge flickten!) Uns liegt vor allem daran, daß die Sache aus der Welt geschafft wird. (Zurufe: Und der Fall Hollmann?) Über den Fall Hollmann möchte ich nicht sprechen. (Herr Boljahn: Und wie steht es mit dem Flugblatt?) Das sollte doch gar nicht veröffentlicht werden! (Gelächter und Zurufe links.)

Über die Sache Hollmann möchte ich hier nicht sprechen, denn Sie wissen ja, daß von der Militärregierung verlangt worden ist, daß die Sache H. nicht wieder aufgegriffen und nicht in den Wahlkampf gezogen wird. (Herr Rafoth (KPD.): Wohl weil es Ihnen bedenklich ist?) Auch hat sich die Sache nicht so zugetragen, wie sie hier dargestellt worden ist. Ich habe, wie der gesamte Vorstand, das Flugblatt vorgelegt bekommen; es wurde vom Vorstand in seiner Mehrheit abgelehnt und sollte daher nicht veröffentlicht werden.

Herr Bote (BDV.): Ich möchte eine Unrichtigkeit feststellen, die Herrn Stockhinger unterlief. In der vorletzten Sitzung des Ausschusses unter meinem Vorsitz hat Herr Senator Wolters gebeten, weitere Zeugen zu hören. Dieser Wunsch des Herrn Senators Wolters wurde zurückgestellt, weil ich inzwischen den Vermittlungsvorschlag, den ich vorhin erwähnt habe, machen wollte. Weitere Zeugen wurden für die nächste Sitzung in Aussicht genommen. Das sind Tatsachen. Ich möchte den Herrn des Ausschusses bitten, der sagt, daß es nicht stimmt, hier aufzustehen. In der letzten Sitzung dann habe ich als Vorsitzender den Wunsch des Herrn Senators Wolters wiederholt zur Aussprache gestellt. Der Wunsch ist mit sieben gegen zwei Stimmen abgelehnt worden. Die zwei Stimmen, die für den Wunsch des Herrn Senators waren, waren Herr Degenhardt und ich. Auch das möchte ich hier vor aller Öffentlichkeit feststellen. Weiter möchte ich feststellen, daß das Strafgesetz, das wir herangezogen haben, schon vor 1933 bestanden hat und kein nationalsozialistisches Gesetz ist.

Herr Degener (CDU.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe von Anfang an bedauert, daß im Anschluß an die Gerüchte, die in Bremen aufgetaucht waren, ein von diesem Hause eingesetzter Ausschuß sich mit der Angelegenheit beschäftigen sollte. (Herr Degenhardt: Keine angenehme Arbeit.) Nein, Ich bedaure noch viel mehr, daß die Arbeit dieses Ausschusses nicht zu einem einheitlichen Bericht geführt hat und daß ein Mehrheits- und ein Minderheitsbericht vorliegen. Ich bedaure das im Interesse des Herrn Senator Wolters und des Hauses. (Herr Stockhinger (SPD.): Da hätten Sie sich ja dem Mehrheitsbeschluß anschließen können.) Dazu wollte ich etwas sagen. Wir haben in der CDU-Fraktion, solange der Ausschuß sich mit den Dingen beschäftigte, niemals den Fall behandelt. Erst heute haben wir den Bericht zur Kenntnis und dazu Stellung genommen. Ich für meinen Teil habe mich auch um diese Dinge in der Zwischenzeit nicht bemüht. Ich habe keinerlei Abneigung gegen Herrn Wolters. Die Person des Herrn Wolters schließe ich

bei der Sache vollkommen aus. Hier liegt nur die Tatsache vor, daß er ein hohes öffentliches Amt hat, und daß es unsere und die Aufgabe des Hauses sein muß, die Gerüchte in der Bevölkerung aus der Welt zu schaffen. Ich habe mich ernstlich geprüft, nachdem hier zwei Berichte vorliegen, wie ich mich persönlich zur Sache stellen soll. Und da komme ich nicht herum um die Tatsache, die Frau Ley eben auch erwähnte. Herr Senator Wolters hat die Möglichkeit, den Gerichtsweg zu beschreiten, um seine Rehabilitierung zu bekommen. Und ich glaube, er hat seines Amtes wegen die Pflicht, diesen Weg zu beschreiten. Trotz dieses Ausgangs der Arbeit des Untersuchungsausschusses wird die CDU, ganz gleich, ob Herr Senator Wolters den Weg zum Gericht wegen seiner Rehabilitierung gehen wird oder nicht, im Wahlkampf die Angelegenheit nicht benutzen. Wir haben von Anfang an erklärt, daß wir das nicht wollen. Und mir kann niemand nachsagen, daß ich bei irgendeiner Gelegenheit unsachlich zu irgendeiner Person einer anderen Partei Stellung genommen habe. (Herr Hollmann (FDP.): Das ist richtig!) Ich habe mich darauf eingestellt, einwandfrei sachlich zu arbeiten, weil, wo immer der Weg der Diffamierung beschritten wird, das Ansehen aller Parteien Schaden erleidet. Ich bedauere, entschuldigen Sie diese kleine Abschweifung, auch die Form, die der Wahlkampf angenommen hat. Auch das, was sich in unserer Adenauer-Versammlung ereignet hat, ist bedauerlich. Herr Dr. Adenauer hat nur das wiederholt, was ihm von einem Teilnehmer Ihrer Versammlung gesagt wurde. Das bietet meines Erachtens keine Möglichkeit, Dr. Adenauer Lügen zu unterstellen. (Zwischenruf links: Das war aber eine Lüge.) Das ist etwas anderes. Wenn Sie das behaupten, so muß das auch nachgeprüft werden. Aber Dr. Adenauer hat nur wiedergegeben, was ihm unmittelbar (Zwischenruf links: von Herrn Müller!) gesagt worden ist. Aber nun, meine Damen und Herren, das eine steht fest: nämlich daß eine Störung der Versammlung beabsichtigt war. Nun bin ich der Meinung, es liegt an uns, für den Rest des Wahlkampfes das Ruder noch herumzureißen. Wir sind bereit dazu. Ich wiederhole: Im Interesse des Ansehens aller Parteien.

Was die Beschriftung der Ruinen betrifft, haben wir im Grunde genommen nur wiederholt, was alle Parteien in der Vergangenheit getan haben.

Aber nun zum Fall selbst zurück: Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, wegen seines Amtes hat nach meiner Auffassung Herr Senator Wolters die Pflicht, seine Rehabilitierung auf dem gebotenen gerichtlichen Wege zu schaffen. Und ich wünschte, daß es ihm gelingen möchte, dann ist Klarheit und Ruhe. Lassen Sie die Sache aber mit der heutigen Debatte in diesem Hause zu Ende gehen, dann wird leider keine Ruhe eintreten. Das wäre eine schleichende Krankheit, an der wir alle, und am wenigsten Herr Senator Wolters, ein Interesse haben dürften.

Nun noch eine besondere Bemerkung an den Herrn Präsidenten: Hier ist Herr Bote, als er sprach, das Wort „Schmierfink“ zugerufen worden. Als ich mich dagegen wandte, hat der Herr Abgeordnete es für richtig gehalten, zu sagen: Wenn sich einer auf einen solchen Zwischenruf meldet, dann ist er selbst einer. Er hat das also auch auf mich bezogen. Ich würde bedauern, wenn hier im Hause Methoden einreißen

würden, gegen die der Herr Präsident sich mit vollem Recht gewandt hat.

Präsident: Ich bitte den Abgeordneten, der „Schmierfink“ gesagt hat, sich zu melden.

Herr Degener (CDU): Er ist im Augenblick nicht da.

Herr Stockhinger (SPD): Ich will noch einige wenige Bemerkungen machen, und zwar will ich ganz kurz auf die hier aufgestellte Behauptung eingehen. Frau Ley hat gesagt auf Zwischenruf von Herrn Hollmann, das Blatt gegen Hollmann sollte gar nicht verbreitet werden. Ja, ich glaube, es heißt doch etwas zu viel von der Gutgläubigkeit des Hauses zu erwarten, daß man bei der heutigen Papierknappheit Plakate druckt mit der von vornherein feststehenden Tatsache, sie in den Papierkorb zu werfen. Das können wir nicht glauben. (Frau Ley (BDV.): Es ist gedruckt worden, aber abgelehnt worden von der Militärregierung.) Dann hat Herr Bote gesagt: Wir haben uns auf das Strafgesetzbuch auf Paragraphen bezogen, die schon vor 1933 bestanden haben.

Das stimmt. Wir stehen aber vor einer Situation, wo wir urteilen müssen über das Handeln anständiger Menschen während der Nazi Herrschaft, und dann kann man das Strafgesetzbuch von vor 1933 nicht heranziehen.

Herr Degener hat gesagt, und ich glaube ihm das auch, es war immer sein Bemühen, durchaus sachlich zu bleiben. Und er hat gesagt, daß ihm erst heute früh die Akten des Untersuchungsausschusses bekannt geworden sind. Ich glaube Herrn Degener das persönlich, daß allgemein in der CDU, im Wahlkampf solche Versprechen nicht gebrochen werden. Aber ich muß Ihnen nun leider eine Mitteilung machen. In Blumenthal (Zwischenruf von der CDU: in Vegesack) hat gestern ein CDU-Vertreter das Stimmenergebnis im Untersuchungsausschuß zu nennen gewußt. Also die beiden Herren des Untersuchungsausschusses mußten ja umgehend einigen ihrer Parteifreunde sogar das genaue Stimmenergebnis mitgeteilt haben. (Herr Degener: Das habe ich nicht gewußt.) Man kann uns hier sagen, wir nutzen das im Wahlkampf nicht aus. Aber wenn ein Redner der CDU, in öffentlicher Wählerversammlung das Gegenteil tut, dann rufen Sie die Herren zur Ordnung. (Herr Müller (CDU): Das war eine Schweinerei.) Dann hat Herr Degener Herrn Senator Wolters den Rat gegeben, doch die Möglichkeit des Wiederaufnahmeverfahrens auszu-schöpfen im Interesse der Gesamtheit Bremens und im Interesse des Ansehens des Herrn Senators Wolters.

Ich bin überzeugt davon, daß Herr Senator Wolters nichts Dummeres tun könnte, als ein Wiederaufnahmeverfahren zu beantragen. Bei der heutigen Justiz wird man zumindest wiederum zu einer formalrechtlichen Verurteilung des Herrn Senators Wolters kommen. Das das nicht anders sein wird, dafür haben Sie heute durch Ihren Bericht den besten Beweis geliefert.

Ich erinnere daran, daß der Reichspräsident Ebert auch einmal in einem ähnlichen Fall die bürgerlichen Gerichte angerufen hat. Aus dem Verfahren ist der „Angeklagte“ als herrlicher Mensch hervorgegangen, und die Juristen, die sich bis heute nicht geändert haben, haben es fertig gebracht, den hochwürdigen Präsidenten Ebert als den Angeklagten aus dem Ver-

fahren hervorgehen zu lassen, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß der Reichspräsident Ebert bis zu seiner Todesstunde unter diesem Urteil der Klassenjustiz gelitten hat und daran zugrunde gegangen ist. Und Sie muten uns zu, daß wir aufrechte Klassenkämpfer vor Ihr Gericht stellen sollen? O nein, in der bremischen Justiz sitzt kein Richter, der nicht irgendwie Dreck am Stecken hätte. Und diese selben Richter sollen heute urteilen über den Antifaschisten Wolters? Das lehnen wir ganz entschieden ab. Aber wir gehen mit unserm Urteil über den Fall Wolters getrost in die Öffentlichkeit. Denn wir wissen, daß wir von allen Parteien, wenn sie aufrichtig sind, beneidet werden müssen um die Ehrlichkeit unseres Kampfes für den Ehrenmann Wolters. (Lebhafter Beifall links.)

Herr Rex (CDU.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zur Aufklärung nur noch folgendes sagen: Herr Degener hat völlig recht in dem, was er gesagt hat, er habe erst heute von dem Vorfall in Vegesack Kenntnis bekommen. Ich habe nach der letzten Sitzung meiner Fraktion meiner Partei darüber berichten müssen, und ich war verpflichtet, meinen Parteifreunden gegenüber meine Schweigeverpflichtung zu brechen. Und dadurch ist dann wohl irgendwelche Kenntnis von dem Fall Hollmann an den Mann gekommen, der dann in Vegesack gesprochen hat, trotzdem ich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatte, daß kein Wort darüber in die Öffentlichkeit kommen dürfe. Ich bedaure diesen Vorfall außerordentlich. Und wenn ich ihn auch nicht gerade als Schweinerei bezeichnen möchte, wie es hier geäußert worden ist, so meine ich doch, daß es sich hier um eine unverantwortliche Indiskretion handelt.

Herr Hollmann (FDP.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß weitere Ausführungen über diesen Fall überflüssig sind. Die Mehrheit hat ihren Standpunkt klargelegt und die Minderheit auch. Ich möchte deshalb Schluß der Debatte beantragen.

Herr Senator Theil (SPD.): Herr Hollmann hat zur Debatte gesprochen und kann deshalb nicht Schluß der Debatte beantragen!

Herr Grabau (FDP.) Dann beantrage ich Schluß der Debatte!

Präsident: In die Rednerliste eingetragen sind noch Frau Ley und Herr Senator Theil.

Herr Stockhinger (SPD.): Herr Präsident! Nachdem Sie die Rednerliste bekanntgegeben haben, glaube ich, daß weitere Wortmeldungen sich erübrigen, daß aber den beiden Genannten noch das Wort gegeben werden sollte, besonders weil Herr Senator Theil noch auf der Rednerliste steht, dessen Ausführungen anzuhören für die Bürgerschaft doch noch von Wert sein möchte.

Der Schlußantrag wird abgelehnt. Der Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Frau Ley (BDV.): Ich möchte Herrn Stockhinger nur noch erwidern: Das Plakat, von dem hier vorhin die Rede war, ist nicht veröffentlicht worden, das hat der Vorstand der BDV. abgelehnt. Das möchte ich nur richtigstellen. (Lachen und Zurufe links.)

Herr Senator Theil (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet besonders deshalb — — — (Zurufe rechts). Gerade Sie, Herr Degenerhardt, sollten sich doch etwas zurückhalten, der Sie gestern abend doch in der öffentlichen Versammlung meine Erklärungen über das Führen dieses Wahlkampfes zur Kenntnis genommen haben. Ich bedaure außerordentlich, daß der Wahlkampf in der Bürgerschaft und in den öffentlichen Versammlungen so wilde Formen angenommen hat und früher getroffene Verabredungen zwischen den Parteien nicht eingehalten worden sind. Ich stelle aber dazu fest, daß die Veröffentlichungen in den verschiedenen Parteizeitungen, die Plakatierungen, die Beschriftungen an den Wänden und Zäunen usw. dazu wesentlich beigetragen haben. Ich habe gestern abend in der BDV.-Versammlung erklärt, daß der Senat ganz zweifellos versuchen muß, die preßgesetzliche Verantwortung für Parteizeitungen genau so festzulegen wie für die Tagespresse. (Herr Degenerhardt: Das unterstützen wir!) Daß es heute möglich ist, jede Verleumdung, jede Beschimpfung, jede Verdrehung von Tatsachen in der Parteipresse zu veröffentlichen, ohne daß dafür der Wahrheitsbeweis angetreten zu werden braucht, das ist — verzeihen Sie, meine Damen und Herren — ein Skandal. Es sollte jeder Parteiführer und jeder für die Parteiführung verantwortliche Sekretär soviel Verantwortungsgefühl und Selbstdisziplin besitzen — was in einem demokratischen Staatswesen eine Selbstverständlichkeit ist —, daß er das, was ich eben rügte, von sich aus allein unterläßt. Erst dann zeigen wir uns würdig einer neuen Zeit, wenn wir diese innere Umkehr vollzogen haben. Ich lege dabei besonderen Wert auf die Feststellung, daß in der Bürgerschaft solche unverantwortlichen Zeitungsmänner sitzen. Und das sollte die demokratische Elite der bremischen Bevölkerung sein?

Aber eigentlich sind es nicht diese Dinge, zu denen ich sprechen wollte. Wogegen ich mich wenden möchte, das ist die Vergiftung des Wahlkampfes mit persönlichen und sachlich unrichtigen Dingen. Die Mahnung, die ich an alle Beteiligten richten möchte, gilt selbstverständlich auch für uns. Und ich darf Ihnen sagen, daß ich diese meine Erklärung als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Bremens und nicht als bremischer Senator abgebe, und daß ich durch diese Erklärung meine Partei in dieser Richtung verpflichte. Ich habe die Gründe dafür angeführt, warum die Wahlversammlungen etwas laut und tumultartig geworden sind. Nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir auch in meiner Eigenschaft als Parteivorsitzender noch eine Bemerkung zum Fall Wolters. Als es anfang zu munkeln, und Gerüchte umgingen, die auch vor dem Rathaus nicht haltmachten, da haben wir von uns als Partei aus sofort Gelegenheit genommen, an Hand der Akten uns über diese Gerüchte zu informieren. Und ich habe dann mit Wissen des Herrn Senators für die Justiz mit meinen Kollegen Paulmann und Ehlers die Akten Wolters tagelang durchgeprüft. Ich bedaure nur, daß keiner dieser beiden meiner Herren Senatskollegen hier im Saale ist, um das bestätigen zu können. Wir sind dann nach eingehender Prüfung und ohne jeden Zweifel in uns zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich in allen Fällen Wolters um rein politische Dinge handelt. (Zustimmung links.) Wer von den Damen und Herren im Saale sich noch der Zeit zwischen 1933 und der

Gegenwart bewußt ist und der erschütternden Nachgiebigkeit, ja Angst der deutschen Richter vor dieser damals so allmächtig aufsteigenden Bewegung, der kann die Urteile im Falle Wolters gar nicht anders werten, als sie von mir und meinen beiden Senatskollegen gewertet worden sind, nämlich als rein politische. Ich stehe deshalb nicht an, zu erklären, daß ich den Bericht der Minderheit um deswillen bedaure, weil er mir politisch kurzsichtig erscheint und zu einer Zeit — ich weiß nicht, ob diese Zeit nahe ist oder fern — Konsequenzen haben könnte, wo es nicht sehr leicht sein würde, ihn zu korrigieren wie jetzt. Wenn das hier vorhin — ich weiß nicht mehr von wem — Ausgeführte einmal Praxis werden sollte, daß die Tatumsstände rein formalrechtlich betrachtet werden müßten, dann, meine Damen und Herren, wäre es heute noch möglich, den Grafen Stauffenberg wegen des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 als Mörder zu verurteilen, und dann wäre auch Wilhelm Tell ein Mörder. Das ist Formaljustiz, meine Damen und Herren, und das lehnen wir als Partei und das lehne ich persönlich ab. Ich sollte mich dann heute noch schämen, wegen Heimtücke einmal zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden zu sein. Das liegt alles auf demselben Gebiet. Wir sehen in dem Minderheitsbericht ein Wiederaufleben der Praktiken, wie sie sich ab 1920 geltend gemacht haben, nämlich durch persönliche Diffamierung politische Gegner auszuschalten.

Meine Damen und Herren! Ich bin aus allen diesen Gründen weder als Senator noch als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Bremens in der Lage, die Berechtigung des Minderheitsberichtes einzusehen, und die Bürgerschaft aber ist gut beraten, und sie leistet damit meiner Ansicht nach nicht nur einen politischen sondern auch Bremen einen Dienst, wenn sie den Minderheitsbericht ablehnt und den Mehrheitsbericht mit großer Mehrheit annimmt. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident: Ein derartiger Antrag kann doch wohl kaum gestellt werden. Herr Senator. Wir können doch nur sagen: Die Bürgerschaft nimmt die Berichte entgegen. (Widerspruch links.)

Herr Stockhinger (SPD.) zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Ich beantrage,

daß Sie den Bericht der Mehrheit zur Abstimmung bringen mit der Frage, ob die Bürgerschaft bereit ist, sich diesem Bericht anzuschließen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Wer mit dem Antrag des Herrn Stockhinger einverstanden ist — das ist beschlossen. Wer dafür ist, daß die Bürgerschaft sich dem Bericht der Mehrheit anschließt — das ist ebenfalls beschlossen.

Dann noch eins. Herr Wellbrock! Herr Degener hat mich vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß Sie ihn durch Zuruf einen Schmierfinken genannt haben.

Herr Wellbrock (SPD.): Herr Präsident! Ich habe nicht gesagt „Schmierfink“, sondern „Schmutzfink“ (Heiterkeit). Ich habe damit nur sagen wollen, daß ich die ganze Sache mit dem Minderheitsbericht als Schmutzfinkerei ansehe. Jedenfalls habe ich Herrn Degener damit nicht gemeint. Aber wenn Herr Degener sich den Schuh anziehen will — — —

Präsident: Sie wollten also kein Mitglied des Hauses als Schmutzfinken bezeichnen?

Herr Wellbrock (SPD.): Nein, das war nicht meine Absicht. Wenn Sie aber Wert darauf legen, dann nehme ich das zurück.

Präsident: Gut, dann ist die Angelegenheit damit erledigt.

Präsident: Ich lasse jetzt über den

Dringlichkeitsantrag betr. Bremer Freimarkt
des Herrn Stockhinger abstimmen.

(Wortlaut siehe Seite 329)

Wer für die Dringlichkeit ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das ist einstimmig beschlossen.

Herr Stockhinger (SPD.): Nachdem interfraktionell die Zustimmung aller Parteien beschlossen wurde, erübrigt sich jede Begründung des Antrages.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. Das ist einstimmig beschlossen.

III. Mitteilung des Senats vom 22. 8. 1947:

1. Aufhebung des Gesetzes über die Mitwirkung des Staatsanwalts in bürgerlichen Rechtssachen.

Präsident: Da dieses Gesetz vom Länderrat beschlossen ist, erübrigt sich die Beschlussfassung der Bürgerschaft. Die Bürgerschaft hat keine Bedenken.

2. Aufhebung des Gesetzes zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten.

Präsident: Auch dieses Gesetz ist vom Länderrat beschlossen, so daß eine Beschlussfassung durch die Bürgerschaft sich erübrigt. Die Bürgerschaft hat gegen den Inhalt keine Bedenken.

IV. Mitteilung des Senats vom 25. August 1947:

Zulassungsverfahren für Prüflingenieure der Baustatik.

Die Vorlage wird angenommen.

V. Mitteilung des Senats vom 3. September 1947:

Gründung eines Deichverbandes am linken Weserufer.

Die Vorlage wird angenommen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Herr Senator Theil bittet in einem Schreiben vom 24. 9. 47, daß der Ausschuss wegen der Brückenkatastrophe noch einmal zusammenkommt.

Ich bitte daher die Herren, die diesem Ausschuss angehört haben, am kommenden Montag um 9 Uhr in mein Zimmer zu kommen. Ich lasse nochmals durch die Kanzlei feststellen, wer die Herren sind, und lasse die Einladungen telefonisch ergehen.

Ferner sind Zweifel darüber aufgetaucht, ob während der Zeit, wo die Bürgerschaft nicht tagt, während der Übergangszeit bis zur Neuwahl, die Deputationen bis zur Wiederwahl der Deputationen weiterbestehen. Ich vermute die Auffassung, daß die Deputationen nach wie vor in ihren Ämtern weiter zu belassen sind, bis sie neu gewählt worden sind. Das ist eine alte Praxis. Aber wenn darüber Zweifel bestehen sollten, dann müßten wir das gesetzlich regeln.

Da ist mir eben ein Zettel heraufgereicht worden, daß ich bekanntgeben möchte, daß, wer nach Schluß der Sitzung mit dem Autobus nach Bremerhaven fahren will, sich beeilen möge, da der Bus sofort wegfährt.

Meine Damen und Herren! Wenn keine außerordentlich wichtigen Senatsvorlagen zu erledigen sind, oder sonstige unvorhergesehene Verhältnisse eintreten, die eine weitere Bürgerschaftssitzung notwendig machen, wird dieses die letzte Sitzung vor den Neuwahlen gewesen sein. Unter dieser Voraussetzung gestatten Sie mir noch einige Worte:

Die erste gewählte Bürgerschaft nach der Kapitulation hat nur ein Jahr existiert. Während dieses Jahres ist gute und erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Dank der verständnisvollen Zusammenarbeit der Fraktionen konnte manche Klippe überwunden werden und zu einheitlichen Beschlüssen in der Bürgerschaft führen. Das beste Beispiel hierfür boten die letzten Verhandlungen über die Verfassung. In der gleichen Weise haben wir heute unter Mitwirkung aller Parteien die Haushaltsgesetze und die Haushalte des Landes Bremen, der Freien Hansestadt Bremen und den Außerordentlichen Haushalt verabschiedet. Alle Senatsvorlagen wurden von der Bürgerschaft gebilligt. Die vielen eingebrachten Anträge, kleinen Anfragen und Interpellationen zeugten von einer regen parlamentarischen Tätigkeit, gefragt von dem Geiste unserer Vaterstadt, um dem Lande Bremen zu dienen.

Dem großen Geschick unseres Bürgermeisters Kaisen ist es zu verdanken, daß wir niemals irgendeine Reibung oder Trübung zwischen dem Präsidium der Bürgerschaft und dem Senat erfahren haben. Ich will wünschen, daß das auch in Zukunft so bleiben wird. Ich weiß nicht, wer von Ihnen nach der Wahl aus der Bürgerschaft ausscheiden wird. Das eine ist aber zu erwarten: die neue Bürgerschaft wird ein anderes Gesicht erhalten. Ich hoffe, daß die kommende Bürgerschaft es ebensogut verstehen wird, das bremische Staatsschiff durch die Brandung zu bringen, wie wir es getan haben.

Ich danke allen Mitgliedern dieses Hauses, insbesondere den Damen und Herren des Vorstandes und den Herren Fraktionsvorsitzenden, für die Unterstützung bei der Ausübung meines Amtes. Durch Ihre Mitarbeit und Hilfe war es mir möglich, die Verhandlungen der Bürgerschaft immer zu einem guten Ende zu führen. Ferner danke ich dem Senat für seine vornehme und loyale Haltung gegenüber der Bürgerschaft. Die Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft waren stets offen und ehrlich getragen von

der ersten Sorge, der bremischen Bevölkerung in dieser schweren Notzeit zu helfen. Ich danke auch den Herren Vertretern der Presse und des Rundfunks, die den Verhandlungen der Bürgerschaft immer das größte Interesse entgegengebracht haben.

Meine Damen und Herren! Wir stehen mitten im Wahlkampf. Führen Sie den Kampf meinerwegen scharf, führen Sie ihn aber sachlich und ritterlich, damit ein Ergebnis herbeigeführt wird zum Wohle Bremens.

Seien Sie sich immer bewußt, daß die Parteien keinen Selbstzweck haben, sondern dem Ganzen dienen müssen, wenn sie die ihnen geschichtlich gestellte Aufgabe richtig erfüllen wollen. Wird dieser Grundsatz verlassen, dann tragen wir nicht zu einer Klärung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze bei, sondern treiben erneut eine Verwirrungspolitik, die sich so nachteilig und furchtbar für das deutsche Volk ausgewirkt haben.

Klarheit und Wahrheit soll und muß oberstes Gesetz im politischen Leben sein.

Persönlich, meine Damen und Herren, wünsche ich Ihnen das allerbeste Wohlergehen.

Herr Bote (BDV.): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen am Ende der Arbeit unserer Bürgerschaft, und zwar zunächst der parlamentarischen Arbeit hier, und darum glaube ich, daß es notwendig ist, einen Dank auszusprechen. Und ich darf wohl in Ihrer aller Namen unserem verehrten Herrn Präsidenten und seinen Mitarbeitern unseren herzlichsten Dank für die loyale und kameradschaftliche Geschäftsführung aussprechen, die er im Laufe der Verhandlungen hier in der Bürgerschaft geübt hat. Unter seiner Leitung hat Bremen seinen alten Ruf behalten, daß in dem Parlament sachliche und ruhige Arbeit geleistet wird, und dieses bremische Parlament sticht wohlthuend von allen übrigen deutschen Parlamenten ab. Und das ist mit das Verdienst unseres verehrten Herrn Präsidenten, für das ich ihm nochmals herzlichen Dank ausspreche. (Beifall.)

Präsident: Ich danke Herrn Bote für die freundlichen Worte und möchte damit die heutige Sitzung schließen.

Schluß der Sitzung 18.15 Uhr.



